

Jahresbericht 2004



Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden
Direktor: Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

Postanschrift:
01062 Dresden

Sitz:
Tillichbau der TU Dresden
Helmholtzstraße 6
01069 Dresden

Tel.: 0351 463 32802
Fax: 0351 463 36079

Mail:
hait@rcs.urz.tu-dresden.de

Internet:
www.hait.tu-dresden.de

Inhalt

1.	Das Hannah-Arendt-Institut	4
1.1	Allgemeine Präsentation	4
1.2	Ereignisse und inhaltliche Schwerpunkte	4
	Darstellung in englisch, tschechisch, polnisch, französisch und russisch	6
2.	Neuerscheinungen	10
2.1	Schriften des Hannah-Arendt-Instituts	10
2.2	Berichte und Studien	11
2.3	Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“	13
2.4	Polnische Reihe	13
2.5	Einzelveröffentlichungen	14
3.	Forschungsprojekte	16
3.1	Theoretische und konzeptionelle Grundlagen der Diktatur- und Freiheitsforschung	16
3.2	Autoritäre und totalitäre Diktaturen	17
3.3	Herausforderungen der Demokratie, politischer Extremismus	20
3.4	Sachsen unter zwei Diktaturen	22
4.	Arbeitstagungen und Konferenzen	24
5.	Öffentliche Vorträge und Hannah-Arendt-Seminar	39
6.	Ausgewählte Pressestimmen	40
7.	Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	44
7.1	Vorstellung	44
7.2	Lehrtätigkeit	53
7.3	Veröffentlichungen	54
7.4	Vorträge	57
8.	Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	61
9.	Bibliothek	62
10.	EDV und Internet	62
11.	Gremien	63
12.	Personal und Finanzen	63

1. Das-Hannah-Arendt-Institut

1.1 Allgemeine Präsentation

Die Idee zur Einrichtung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden wurzelt in der beinahe 60jährigen, doppelten Diktaturerfahrung Ostdeutschlands und im aufklärerischen Impuls der friedlichen Revolution von 1989/90. Kurz nach der deutschen Vereinigung und der Gründung des Freistaates Sachsen fasste der Landtag den Beschluss zum Aufbau des Instituts. 1993 konnte es seine Arbeit aufnehmen. Die Namensgebung ist Referenz an die deutsch-amerikanische Philosophin und Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt (1906–1975), die mit ihrem Werk eindringlich vor Augen geführt hat, dass Diktaturen mit totalitärem Verfügungsanspruch die Substanz des Politischen schlechthin zerstören.

Die Satzung vom 5. April 1995 umreißt die Leitidee des Hannah-Arendt-Instituts: Seine Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden „in interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren; zeitgeschichtliche Forschung und Dokumentation unter besonderer Berücksichtigung totalitärer Systeme und Strukturen sowie des Widerstandes von Bewegungen, Gruppen, Parteien und Organisationen sowie von Einzelpersonlichkeiten gegen Gewaltherrschaft zu betreiben und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; zu Einzelfragen der regionalen und überregionalen Zeitgeschichte gutachterlich Stellung zu nehmen und sich für Initiativen einzusetzen, die dem Entstehen totalitärer Strukturen entgegenwirken; das Andenken an die Opfer der NS-Diktatur und des SED-Regimes bewahren zu helfen und durch wissenschaftliche Untersuchungen zu unterstützen.“

Das Hannah-Arendt-Institut betreibt empirische Diktaturforschung in theoriebildender Absicht. Es widmet sich vor allem der systematischen Untersuchung des Kommunismus und des Nationalsozialismus. Als Weltanschauungsdiktaturen haben sie das zwanzigste Jahrhundert entscheidend geprägt; ihre Folgen sind Hypothesen für Gegenwart und Zukunft. Den Forschungen liegt eine Konzeptualisierung totalitärer Herrschaft zugrunde, die neben den ideologischen, politischen und repressiven Elementen dieser Jahrhundertphänomene auch das komplexe Beziehungsgefüge von Diktatur, Gesellschaft, Ökonomie und Kultur zum Gegenstand der Analyse macht. Vergleichende Perspektiven auf andere staatssozialisti-

sche Systeme ergänzen die Untersuchungen zur SED-Diktatur. Ein Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Geschichte Sachsens in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen und der Entstehung des Freistaates in der friedlichen Revolution von 1989/90. Die kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus in Geschichte und Gegenwart ist Bestandteil der Tätigkeit der Dresdner Forschungseinrichtung.

Das Hannah-Arendt-Institut versteht es als seine Aufgabe, zu einer Sichtweise diktatorischer Herrschaft beizutragen, die den charakteristischen, prinzipiell unlimitierten Versuch der Steuerung und Kontrolle von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuum ebenso umgreift wie die soziale und ökonomische Bedingtheit der jeweiligen Regimes.

1.2 Ereignisse und inhaltliche Schwerpunkte

Wer die Substanz des Totalitären zu erfassen sucht, kann sich diesem Ziel nur mittels vergleichender Untersuchungen auf breiter Grundlage nähern. Auch wenn man den Begriff des Totalitarismus in erster Linie mit jenen Bewegungen und Regimes verbindet, die von den Pionieren der Totalitarismusforschung wie Waldemar Gurian, Hannah Arendt, Luigi Sturzo oder Carl J. Friedrich als Inkarnation des Totalitarismus im engeren Sinne angesehen wurden, sind umfassende Vergleiche mit einer breiten Palette von Diktaturen/Autokratien sowie freiheitlichen Ordnungsformen unerlässlich. Ein Institut für Totalitarismusforschung, das sich nicht mit der Anhäufung empirischer Befunde zu beliebigen, als „totalitär“ etikettierten Phänomenen begnügt, sondern darüber hinaus eine theoriebildende Absicht verfolgt, seine historisch-politischen Untersuchungsgegenstände in einen Werthorizont stellt und zu politisch verwertbaren Empfehlungen im Sinne einer Totalitarismusvermeidungsforschung gelangen will, kann sich daher nicht ausschließlich mit den beiden deutschen Diktaturen beschäftigen.

Diesen Überlegungen folgend, hat sich das thematische Profil des Instituts im Berichtsjahr unter Wahrung seiner Kernkompetenzen und bisherigen zentralen Arbeitsbereiche auf vier Feldern erweitert:

Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts wird das Spektrum autokratischer Systeme der Zwischen- und Nachkriegszeit stärker in den Blick genommen. Hierzu zählen die eher autoritären Rechtsdiktaturen eines Piłsudski, Mussolini (in den Jah-

ren bis 1935), Dollfuß oder Franco ebenso wie die in ihren Herrschaftsstrukturen und Legitimitätsquellen vielfältigen Linksdiktaturen des sowjetischen Satellitengürtels.

Das Institut widmet sich mit höherer Intensität der Erforschung der Bestandsvoraussetzungen freiheitlicher Ordnungsformen. Schwerpunkte bilden die Transformation von autokratischen zu freiheitlich-demokratischen Systemen und die Faktoren ihrer Konsolidierung/Dekonsolidierung ebenso wie die kulturellen Quellen, aus denen Verfassungsstaaten schöpfen.

Besondere Aufmerksamkeit soll der Rolle ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten gewidmet werden. Der Umgang mit ihnen lässt wesentliche Rückschlüsse auf die Herrschaftsstruktur politischer Systeme und den Grad der Offenheit, Autonomie und Zivilität einer Gesellschaft zu.

Bei der Erforschung der Diktaturen der Zwischenkriegszeit und der Prozesse der Regimetransformationen soll den Staaten Ostmitteleuropas hohe Aufmerksamkeit zukommen. Durch die Weiterentwicklung der Kontakte zu polnischen, tschechischen und ungarischen Forschungseinrichtungen, die intensive Nutzung von Zweigstellen des Hannah-Arendt-Instituts in Polen und Tschechien und die erfolgreiche Umsetzung des von der Europäischen Union finanzierten Wissenstransfers im Bereich der Transitologie sind dafür günstige organisatorische Voraussetzungen geschaffen worden. Durch die Intensivierung der Forschungsbemühungen im ostmitteleuropäischen Raum leistet das Hannah-Arendt-Institut einen Beitrag zur Strukturierung des Europäischen Forschungsraumes gemäß den Empfehlungen der Europäischen Kommission.

Die Ostmitteleuropa betreffenden Aktivitäten bedürfen einer engen Vernetzung mit dem westeuropäischen Forschungsraum. Mit dem Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen zu ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen muss daher eine Intensivierung der entsprechenden Kontakte zu westlichen Zentren einhergehen. Diesem Ziel dienen u. a. Kooperationsvorhaben mit den Universitäten in Paris (Nanterre), Birmingham und Washington D. C. Der Pflege weiterer Kontakte dienen international besetzte Symposien. Diese Bemühungen werden auf thematischer Ebene von Forschungen zu den kulturellen Voraussetzungen freiheitlicher Verfassungsstaaten getragen. Das Institut greift damit zugleich die Impulse der neueren Kulturalismusdebatte auf.

Im Frühjahr 2004 wurde eine enge Zusammenarbeit des Hannah-Arendt-Instituts mit der Soziologischen Fakultät der Hochschule Wałbrzych/Waldenburg und dem assoziierten Europäischen Forschungszentrum Schloss Fürstenstein (etwa 80 km östlich von Görlitz) vereinbart. Geplant sind gemeinsame Tagungen und wissenschaftliche Studien. Auf Schloss Fürstenstein stehen dem Hannah-Arendt-Institut Räume für die Durchführung von Forschungsvorhaben zur Verfügung. Eine ähnliche Vereinbarung konnte mit der Karls-Universität Prag getroffen werden. Auf diese Weise sind die organisatorischen Voraussetzungen für eine Intensivierung der wissenschaftlichen Arbeit im ostmitteleuropäischen Raum verbessert worden.

Dies gilt auch und insbesondere für das große Forschungsvorhaben, das die Europäische Kommission (Marie-Curie-Programm) dem Hannah-Arendt-Institut im Sommer 2004 bewilligt hat. Im Laufe von vier Jahren soll das Institut in die Lage versetzt werden, seine Fähigkeiten auf dem Gebiet der geschichtswissenschaftlichen Forschung für die gegenwartsorientierte Analyse von Prozessen der Demokratiekonsolidierung zu nutzen. Es ist beabsichtigt, die Entwicklungen im östlichen Deutschland mit denen Polens, Tschechiens und Russlands systematisch zu vergleichen. Hervorragend ausgewiesene Experten aus europäischen Wissenschaftszentren sollen nach Dresden kommen und den neuen Forschungsbereich gemeinsam mit den bereits am Hannah-Arendt-Institut arbeitenden Wissenschaftlern aufbauen. Das ehrgeizige Ziel besteht darin, das unweit des Dreiländerecks Deutschland/Polen/Tschechien gelegene Institut zu einem europaweit vernetzten, mit den besten amerikanischen Einrichtungen konkurrierenden Forschungs- und Politikberatungszentrum auf dem Gebiet der vergleichenden Transitions-/Konsolidierungsforschung zu entwickeln. Dieses soll Ausstrahlungskraft in den ostmitteleuropäischen, indirekt auch in den westeuropäischen, Forschungsraum gewinnen.

Als Forum wissenschaftlicher Diskussion steht dem Hannah-Arendt-Institut seit dem Frühjahr 2004 eine Institutszeitschrift zur Verfügung. „Totalitarismus und Demokratie“ erscheint zweimal jährlich im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

The Hannah Arendt Institute for Research on Totalitarianism

The idea which led to the establishment of the Hannah Arendt Institute of the Technical University of Dresden has its roots in East Germany's almost 60 years experience with two dictatorships and in the impulse to deal openly with the past brought about in the peaceful revolution of 1989/90. Shortly after the German reunification and the foundation of the Free State of Saxony, the *Landtag* passed a resolution to establish the Institute. In 1993 the Institute began operation. The name of the Institute is a reference to the German-American philosopher and political scientist Hannah Arendt (1906–1975), whose work demonstrates forcefully that the totalitarian claim on power is the destruction of political life itself. The Hannah Arendt Institute is engaged mainly in systematic research on Communism and National Socialism. As *Weltanschauung* dictatorships they fundamentally stamped the course of the 20th Century; the aftereffects have been challenges for the present and future. Comparative perspectives of other socialist systems of states complement research on the SED-dictatorship. The critical analysis of political extremism in the past and in the present, are part of this research establishment of Dresden.

The Institute focuses on the transformation of autocratic systems into free and democratic societies, as well as on the factors of their consolidation/deconsolidation and on the cultural sources from which constitutional states are derived. Special attention is to be devoted to ethnic, religious, and linguistic minorities.

Taking the two German dictatorships of the 20th Century as a starting point, the spectrum of more authoritarian legal dictatorships of Piłsudski, Mussolini (until 1935), Dollfuß, or Franco are examples of these systems.

With the increased research on the inter-war dictatorships, and the processes of regime transformation, the countries of Eastern-Central Europe are receiving greater attention. The rapidly developing contacts with Polish, Czech and Hungarian research establishments, the stronger involvement of Polish and Czech branches of the Hannah Arendt Institute, and the successful realisation of knowledge transfer in the field of *Transitologie* with European Union funding, helped to create favourable conditions for this kind of research. However, activities concerning Eastern-Central Europe need to be linked closely to the Western European sphere of research. Therefore, the improvement of academic relations with Eastern-Central European research establish-

ments has to be a concomitant of the intensification of relations with Western centres. Intended cooperation with the universities of Paris (Nanterre), Birmingham and Washington D.C. are conducive to this aim. In addition, symposiums with international guests contribute to the cultivation of a wider range of contacts. The intention is to develop the Hannah Arendt Institute, situated not far from the German-Polish-Czech triangle, into a research and policy counselling centre that is part of a European-wide network and will be able to compete with the best American establishments in the field of comparative transition and consolidation research. It is hoped that this centre will gain influence on both Eastern-Central European and, indirectly, on Western European spheres of research. Since spring 2004, the journal of the Hannah Arendt Institute is available as a platform for academic discussions. The journal "Totalitarianism and Democracy" is published twice a year by the publishing house Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Institut Hannah Arendtové pro výzkum totality

Myšlenka založit Institut Hannah Arendtové pro výzkum totality na Technické univerzitě v Drážďanech má své kořeny ve skoro 60-ti leté totalitní zkušenosti Východního Německa a v „osvěcenském“ impulsu pokojné revoluce 1989/90. Krátce po sjednocení Německa a založení Svobodného státu Sasko se zemský sněm rozhodl pro založení tohoto Institutu. V roce 1993 mohl začít se svou prací. Volba jména je poklonou německo-amerického filozofce a politoložce Hannah Arendtové (1906–1975), která svým dílem upozorňovala na skutečnost, že diktatury s totalitním nárokem naprosto ničí podstatu politiky. Institut Hannah Arendtové se věnuje především systematickému zkoumání komunismu a národního socialismu. Jako „světonázorové diktatury“ rozhodujícím způsobem ovlivnily 20. století; jejich důsledky jsou hypotékou pro naši přítomnost a budoucnost. Zkoumání diktatury SED je doplňováno srovnáváním s jinými systémy státního socialismu. Kritické zabývání se politickým extremismem v dějinách i v přítomnosti je také součástí drážďanského výzkumného ústavu.

Obsahová těžiště Institutu tvoří transformace autokratických systémů na svobodně demokratické systémy a faktory jejich konsolidace/dekonsolidace, právě tak jako kulturní prameny, ze kterých čerpají ústavní státy. Obzvláštní pozornost je věnována také roli etnických, náboženských a jazykových menšin.

Vycházej z obou německých diktatur 20. století se koncentrace obrací na spektrum autokratických systémů meziválečné a poválečné éry. K tomuto patří autoritářské diktatury např. Pilsudského, Mussoliniho (do roku 1935), Dollfuß či Franca.

Při výzkumu diktatur meziválečné doby a procesů transformace režimů je třeba věnovat obzvláštní pozornost státům východní Evropy. Dobré organizační podmínky pro to byly vytvořeny díky kontaktům s českými, maďarskými a polskými výzkumnými zařízeními, využívání filiálky Institutu Hannah Arendtové v Polsku a v České republice a úspěšné realizaci transferu vědomostí v oblasti tranzitologie, který je financovaný Evropskou unií. Aktivita, týkající se východní Evropy, potřebují ovšem úzké spojení se západoevropským výzkumným prostorem. Spolu s výstavbou vědeckých kontaktů k východoevropským vědeckým zařízením je třeba zintenzivnit také vztahy k západním vědeckým centrům. Tomuto cíli bude sloužit kooperace s univerzitou v Paříži (Nanterre), Birminghamu a Washingtonu D.C. Péči o další kontakty slouží převážně sympozia s mezinárodním zastoupením.

Sebevědomý cíl spočívá ve snaze, vytvořit z Institutu, který leží nedaleko polských a českých hranic, výzkumné a poradenské centrum v oblasti srovnávací tranzice a konsolidace s úzkými kontakty po celé Evropě a konkurující nejlepšími americkým vědeckým zařízeními. Toto centrum bude svou působností vyzařovat do východoevropského a nepřímo i do západoevropského prostoru. Jako fórum vědecké diskuze má Institut Hannah Arendtové pro výzkum totality od roku 2004 k dispozici časopis „Totalitarismus und Demokratie“, který vychází dvakrát ročně u nakladatelství Vandenhoeck&Ruprecht.

Institut do Badań nad Totalitaryzmem im. Hannah Arendt

Pomysł utworzenia Instytutu do Badań nad Totalitaryzmem im. Hannah Arendt na Uniwersytecie Technicznym w Dreźnie jest związany z prawie 60-letnim doświadczeniem Niemiec Wschodnich z dwoma dyktaturami oraz impulsem otwartego rozrachunku z przeszłością, początkiem którego była pokojowa rewolucja w 1989/90 roku. Wkrótce po zjednoczeniu Niemiec i utworzeniu Landu Saksonii, tamtejszy Landtag uchwalił rezolucję o utworzeniu instytutu. W 1993 roku Instytut im. Hannah Arendt podjął swoją pracę. Nazwa instytutu nawiązuje do niemiecko-amerykańskiego filozofa i politologa Hanny Arendt (1906–1975), która w swoich dziełach wyraźnie ukazała, że dyktatury

z roszczeniami totalitarnymi są same w sobie zagrożeniem dla sfery politycznej. Instytut im. Hannah Arendt zajmuje się przede wszystkim systematycznym porównaniem komunizmu i narodowego socjalizmu jako dyktatur, które odbiły swoje piętno na 20-tym wieku; ich skutki są hipoteką teraźniejszości oraz przyszłości. Perspektywy porównawcze innych systemów socjalistycznych uzupełniają badania na temat dyktatury SED. Do tematów, którymi zajmuje się instytut drezdeński, należy także krytyczna rozprawa z politycznym ekstremizmem w historii i teraźniejszości.

Do głównych tematów badawczych instytutu należy transformacja od systemów autorytarnych do systemów demokratycznych oraz faktory ich konsolidacji/dekonsolidacji, jak również źródła kulturowe, które prowadzą do powstania państw konstytucyjnych. Wyjątkowa uwaga zostanie poświęcona mniejszościom etnicznym, religijnym i językowym.

Koncentrując się głównie na dwóch niemieckich dyktaturach 20-go wieku, spektrum zostanie powiększone o systemy autorytarne okresu międzywojennego oraz powojennego. Należy tutaj zaliczyć rządy Pilsudskiego i Mussolini (do 1935 roku), Dollfuß czy Franco.

Przy badaniu dyktatur okresu międzywojennego oraz procesów transformacji systemowej należy zwrócić uwagę na państwa Europy Środkowo-Wschodniej. Dzięki dalszemu rozwojowi kontaktów z polskimi, czeskimi oraz węgierskimi instytutami partnerskimi, pracy w ramach filii Instytutu im. Hannah Arendt w Polsce i Czechach oraz realizacji projektu finansowanego przez Unię Europejską dotyczącego transferu wiedzy w dziedzinie konsolidacji i dekonsolidacji procesów demokracji zostały w tym celu stworzone idealne warunki.

Działalność dotycząca Europy Środkowo-Wschodniej wymaga ścisłego powiązania z zachodnioeuropejskim polem badawczym. Konieczny jest więc rozwój kontaktów z instytucjami zachodnioeuropejskimi. W tym celu została nawiązana współpraca z uniwersytetami w Paryżu (Nanterre), Birmingham i Waszyngtonem; zostały zaplanowane sympozja o charakterze międzynarodowym.

Instytut ten położony w pobliżu polsko-czesko-niemieckiego regionu granicznego zostanie połączony z ważnymi instytutami europejskimi i w ten sposób będzie on w stanie konkurować z najlepszymi amerykańskimi instytucjami badawczymi oraz doradczymi na polu badań porównawczych w dziedzinie konsolidacji. Od wiosny 2004 roku Instytut im. Hannah Arendt wydaje czasopismo naukowe „Totalitarismus und Demokratie” („Totalitaryzm i Demokracja”), ukazujące się dwa razy w roku w wydawnictwie Vandenhoeck & Ruprecht.

Institut Hannah Arendt de recherche sur le totalitarisme

La fondation de l'institut de recherche sur le totalitarisme, institut-Hannah-Arendt, rattaché à la Technische universität de Dresde remonte aux années soixante, au vécu de deux dictatures en Allemagne de l'Est et à l'impulsion éclairée de la Révolution pacifique de 1989–1990. Peu de temps après la réunification allemande et la fondation de l'Etat libre de Saxe, le Parlement décida de fonder l'institut. Son travail put commencer en 1993. Son nom lui fut donné en hommage à la philosophe et politologue germano-allemande, Hannah Arendt (1906–1975), qui mit en lumière avec insistance le fait que les dictatures, avec leur prétention au commandement, détruisent tout simplement la substance du politique. Les recherches de l'institut sont surtout consacrées à l'analyse systématique du communisme et du national-socialisme. En tant que dictatures idéologiques, elles ont marqué le vingtième siècle de manière décisive, leurs conséquences sont des hypothèses pour le présent et le futur. Des études comparées avec les autres systèmes socialistes complètent les analyses de la dictature instaurée par le SED. L'étude critique de l'extrémisme politique dans l'Histoire et dans le présent est une composante du domaine de recherche de l'institut dresdois.

Les points principaux de celle-ci sont la transformation des systèmes autocratiques en systèmes démocratiques, les facteurs de leur consolidation ou non et leurs origines culturelles, donnant naissance à des états constitutionnels. Une attention particulière est accordée au rôle ethnique, religieux et linguistique des minorités.

A partir des deux dictatures allemandes du vingtième siècle, l'accent est particulièrement mis sur la diversité des systèmes autocratiques de l'entre-deux guerres et de l'après guerre. A cela s'ajoutent les dictatures de droite plutôt autoritaires de Piłsudski, Mussolini (jusque 1935), Dollfuß et Franco.

Dans l'étude des dictatures de l'entre-deux guerres et des processus de transformation des régimes, les états de l'Europe de l'Est doivent particulièrement attirer notre attention. Par le développement de contacts avec des instituts polonais, tchèques et hongrois, l'utilisation des deux places de l'Institut Hannah Arendt en Pologne et en République tchèque et la mise en œuvre réussie des transferts de savoir, financés par l'Union Européenne, dans le domaine de la transitologie, des conditions d'organisation favorables ont été créées. Les activités concernées ont besoin d'un réseau étroit avec l'espace de recherche de l'Europe de l'Ouest. Une intensification des contacts appropriés avec les centres de recherche de l'Ouest doit accompagner la mise en place de relations scientifiques avec les instituts de l'Europe de l'Est. Des

projets de coopération avec les Universités de Nanterre (Paris), Birmingham et Washington D. C. servent ce but. Des congrès internationaux servent l'entretien d'autres contacts.

Le but ambitieux consiste en ceci: mettre en réseau la région du „triangle“, Allemagne, Pologne et République tchèque, à l'échelle européenne, et développer avec les meilleurs instituts américains concurrençant un centre de recherche et de consultation politique dans l'étude comparative sur la transition et la consolidation. Ce but doit gagner un espace de recherche par une force de rayonnement dans les pays de l'Europe de l'Est et, indirectement aussi, dans les pays de l'Europe de l'Ouest. En tant que forum de discussion scientifique, l'institut Hannah Arendt dispose d'une revue scientifique depuis le printemps 2004. *Totalitarismus und Demokratie* paraît deux fois par an chez la maison d'édition Vandenhoeck & Ruprecht, à Göttingen.

Институт им. Ханны Арендт по изучению вопросов тоталитаризма

Идея создания Института им. Ханны Арендт по изучению вопросов тоталитаризма при Дрезденском Техническом университете возникла благодаря почти 60-летнему, двойному опыту Восточной Германии в области диктатур, а также просветительскому импульсу мирной революции 1989/90 гг. Решение основать Институт было принято саксонским парламентом (Ландтагом) вскоре после объединения Германии и создания Свободной земли Саксонии. В 1993 г. Институт приступил к работе. Название является данью уважения перед немецко-американским философом и политологом Ханной Арендт (1906–1975 гг.), которая своими работами убедительно показала, что диктатуры с претензией на тоталитарное правление разрушают фундамент политики. Институт им. Ханны Арендт занимается прежде всего систематическим исследованием коммунизма и национал-социализма. Эти мировоззренческие диктатуры наложили заметный отпечаток на XX-ый век; их последствия являются своего рода ипотеками для настоящего и будущего. Исследования по диктатуре СЕПГ дополняются сопоставлением с социалистическими системами других государств. Помимо этого, составной частью деятельности дрезденского научно-исследовательского института является критический анализ политического экстремизма в историческом плане и в плане современности.

Основные проблемы, исследуемые институтом, – трансформация авторитарных систем в свободно-демократические системы, факторы их консолидации/деконсолидации, а также источники культур, из которых черпают свою идеологию конституционные государства. Особое внимание уделяется роли этнических, религиозных и языковых меньшинств.

Исходя из истории обеих немецких диктатур XX-ого века, Институт рассматривает в первую очередь спектр авторитарных систем в период между первой и второй мировой войной, а также в период после 1945 г. К ним относятся авторитарные диктатуры скорее правого толка, к которым можно отнести диктатуры Пилсудского, Муссолини (до 1935 г.), Дольфуса или Франко.

При исследовании диктатур периода между войнами и процессов трансформации режимов большое внимание следует уделять государствам Средневосточной Европы. Для этого были созданы хорошие организационные условия благодаря дальнейшему развитию контактов с польскими, чешскими и венгерскими институтами, а также интенсивному использованию филиалов Института им. Ханны Арендт в Польше и Чехии и успешному использованию накопленных знаний в области транзитологии, финансируемому Европейским Союзом. Активная деятельность, касающаяся Средневосточной Европы, требует тесной связи с западноевропейским научным пространством. Поэтому наряду с развитием научных связей со средне-восточными исследовательскими учреждениями следует более активно налаживать соответствующие отношения с западными центрами наук. Этой цели служит кооперация с университетами в Париже (Нантерр), Бирмингэме и Уошингтоне. Развитию других контактов содействуют симпозиумы на международном уровне.

Амбициозная цель состоит в том, чтобы из расположенного недалеко от границ с Польшей и Чехией института создать научно-исследовательский и политико-консультационный центр сравнительных исследований в области транзитологии и консолидации, который имел бы самые тесные контакты по всей Европе и соревновался бы с лучшими американскими научными заведениями. Задача центра – распространить свое влияние на средневосточное, а косвенно и на западноевропейское пространство. В качестве форума для научных дискуссий Институт им. Ханны Арендт с весны 2004 г. располагает своим журналом „Тоталитаризм и демократия“, который издается два

раза в год издательством „Vandenhoeck & Ruprecht“, г. Геттинген.



Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Sitz des Hannah-Arendt-Instituts

2. Neuerscheinungen

2.1 Schriften des Hannah-Arendt-Instituts



Michael Richter:
Die Bildung des Freistaates Sachsen
Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90. Mit 16 Abbildungen, 8 Karten und einem Dokumententeil auf CD (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 24)
Göttingen 2004
ISBN 3-525-36900-X

Am 3. Oktober 1990 verschwand die DDR von der politischen Landkarte. Stattdessen entstanden fünf neue Bundesländer. Der „Freistaat Sachsen“ trat nach Jahrzehnten der Nichtstaatlichkeit als „neues“ Land einer großer gewordenen Bundesrepublik Deutschland das Erbe seiner rund tausendjährigen Territorialgeschichte an. Möglich wurde dies durch die systemstürzende Kraft der friedlichen Revolution. Seit dem Herbst 1989 hatten immer mehr Menschen mit der Beseitigung der zentralistischen SED-Diktatur auch die Rückkehr zur dezentralen Länderstruktur gefordert. 1990 kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen um Einfluss auf die Neubildung Sachsens. Bundes- und DDR-Regierung, westliche Bun-

desländer und Bezirke, regionale Akteure, alte und neue Kräfte, aber auch die Bezirke untereinander, rangen um Einfluss auf die Landesbildung. In diesem Streit ging es nicht allein um Strukturen, sondern um Macht und Positionen im künftigen Freistaat. Maßgeblich daran beteiligt waren auch Sachsens Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern. Genau analysierend, bestens dokumentiert und einen kompagnienartigen Überblick bietend, wird erstmals die Entstehung eines neuen Bundeslandes aus historischer Sicht beschrieben.

Als Hintergrundinformation wird die Länderbildungspolitik beider deutscher Regierungen dabei in ihren Grundzügen gleich mitbehandelt. Die bislang ungewohnte Perspektive eines Fortgangs von Auseinandersetzungen der friedlichen Revolution bis zum Herbst der deutschen Einheit führt zu veränderten Sichtweisen auf den Systemgrenzen überschreitenden und im Sinne bundesdeutscher Orientierungen zugleich zielgerichteten Transformationsprozess.



Der Präsident des Sächsischen Landtags, Erich Iltgen, während seines Grußwortes zur Buchvorstellung



Buchpräsentation am 24. August 2004 im Foyer des Sächsischen Landtags



Thomas Widera:
Dresden 1945-1948
 Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft
 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts 25)

Göttingen 2004
 ISBN 3-525-36901-8

Dresden war jene Stadt in dem von sowjetischen Truppen besetzten Gebiet Deutschlands, in der die Funktionsmechanismen zur Durchsetzung einer politischen Herrschaft der deutschen Kommunisten nach Kriegsende exemplarisch sichtbar wurden. Die Großstadt mit der teilweise zerstörten Infrastruktur befand sich außerhalb des Einflusses der westlichen Alliierten und besaß einen ausdifferenzierten Verwaltungskörper sowie eine umfangreiche Industrie, auf die sich das Interesse der Besatzungsmacht richtete. Hier konnten frühzeitig die Anfänge einer Gesellschaftsordnung realisiert werden, die dem demokratisch-pluralistischen Politikmodell westlicher Prägung diametral entgegengesetzt war.

Die Studie untersucht die Entstehung neuer Strukturen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Der Blick richtet sich dabei hauptsächlich auf die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr unterstützten deutschen Kommunisten, aber auch auf die Sozialdemokratie und die nichtsozialistischen Parteien. Ausgeleuchtet wird das Spannungsfeld von untereinander teilweise nicht widerspruchsfreien Zielen wie der Überwindung der Nachkriegsnot und des Aufbaus einer leistungsfähigen Wirtschaft, der Entnazifizierung und des mit der Befestigung der kommunistischen Herrschaft einhergehenden Umbaus der Verwaltung und der beginnenden Umformung der Gesellschaft. Von besonderem Interesse sind die gewaltsame Ausschaltung alternativer Politikentwürfe und die Konflikte, die bei der Errichtung der neuen Diktatur ausgetragen wurden.

2.2 Berichte und Studien



Harald Schmid:
Antifaschismus und Judenverfolgung
 Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR
 (Berichte und Studien 43)

Göttingen 2004
 ISBN 3-89971-146-7

Die DDR wollte in der Systemauseinandersetzung mit der Bundesrepublik die bessere, die antifaschistische deutsche Republik sein. Doch die Realität stand zu diesem ideologischen Selbstbild in kontinuierlicher Spannung, denn Antifaschismus wurde in der diktatorisch geprägten Erinnerungskultur machtpolitisch buchstabiert. Als Beitrag zur kritischen Historisierung des SED-Antifaschismus untersucht der Autor den Umgang mit der NS-Judenverfolgung am Beispiel der öffentlichen Erinnerung an das Novemberpogrom von 1938. Er zeigt die wechselhafte Bedeutung dieses Datums im politischen Gedenkkalender der DDR. Die Studie arbeitet den Wandel der politischen Funktion des Gedenktages und der Akteure des Gedenkens heraus.



Thomas Widera (Hg.):
Pazifisten in Uniform
 Die Bausoldaten der DDR im Spannungsfeld der SED-Politik
 1964-1989
 (Berichte und Studien 44)

Göttingen 2004
 ISBN 3-89971-180-7

„Pazifisten in Uniform“ ist ein Buch über die Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee – ein Buch über Menschen in der DDR, die sich mutig und couragiert der herrschenden SED widersetzen. Die Autoren der fünf Beiträge stellen verschiedene Facetten der damit verbundenen Aktivitäten und Konflikte vor, die sich nicht allein auf die Bausoldatendienstzeit beschränkten: Diese Auseinandersetzungen der Wehrdienstverweigerer und Bausoldaten wurden für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR von grundlegender Bedeutung.



Tim Fauth:
Deutsche Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939 bis 1941
(Berichte und Studien 45)

Göttingen 2004
ISBN 3-89971-181-5

Am Nachmittag des 15. März 1939 marschierten deutsche Truppen in Prag ein – das Ende der Tschechoslowakei war markiert. Das sechs Jahre währende Protektorat Böhmen und Mähren hat die historische Forschung bislang vor allem unter politischen Gesichtspunkten beschäftigt. Weitgehend vernachlässigt blieben dagegen die kulturellen Vorstellungen der deutschen Besatzer.

Ins Zentrum der vorliegenden Studie stellt der Autor das Instrumentarium nationalsozialistischer Kulturpolitik. Mit Hilfe von Zensur und Propaganda, Durchdringung der Kulturwirtschaft und polizeilicher Sanktion suchten die Verantwortlichen in der Behörde des Reichsprotektors während der ersten zwei Jahre die Kontrolle über den Kultursektor zu gewinnen. Im Spannungsfeld von Kompetenzstreitigkeiten und wachsendem Personalmangel schwankte die Politik konzeptionslos zwischen willkürlicher Repressionspraxis und dem Erziehungsanspruch zum Reichsgedanken; sie stellte deshalb – wie sich zeigen sollte – ein wenig erfolgversprechendes Unterfangen dar.



Matthias Piefel:
Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879-1914
(Berichte und Studien 46)

Göttingen 2004
ISBN 3-89971-187-4

In keinem anderen Bundesstaat des Deutschen Kaiserreiches konnte sich der Antisemitismus als politische Kraft so erfolgreich behaupten wie im Königreich Sachsen. Die antisemitischen Wortführer vermochten es, den desillusionierten und orientierungslosen Mittelstand, der in der sächsischen Zwei-Lager-Politik von „Kartell-

parteien“ und Sozialdemokratie keine politische Heimat fand, für ihre Ziele zu vereinnahmen. Als schließlich die starren Strukturen in Bewegung gerieten, verlor der Antisemitismus als politisches Programm seine Anziehungskraft.

Die Studie ist der erste Versuch, den politischen Antisemitismus im Königreich Sachsen als Ganzes in den Blick zu nehmen. Ausgehend von seiner Entstehung, über seine Blütezeit bis hin zu seinem Niedergang beleuchtet der Autor die Entwicklung des Antisemitismus in Sachsen. Er geht dabei auf die unterschiedlichen Strömungen der Bewegung ein und stellt ihre Protagonisten ausführlich vor.



Mike Schmeitzner:
Im Schatten der FDJ
Die Junge Union in Sachsen
1945-1950
mit einem autobiographischen
Essay von Wolfgang Marcus
(Berichte und Studien 47)

Göttingen 2004
ISBN 3-89971-201-3

Zwischen 1946 und 1989 existierte in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (SBZ) und in der DDR nur eine einzige Einheitsjugendorganisation – die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Sie befand sich von Anfang an unter der personalpolitischen und später auch unter der ideologischen Kontrolle der KPD/SED. Ungeachtet dieser offensichtlichen Uniformität konnten sich in den ersten Jahren nach Kriegsende Jugendvertretungen der „bürgerlichen“ Parteien CDU und LDP entwickeln, die allerdings nie den Charakter von Jugendorganisationen annehmen durften und 1949/50 der kommunistischen Gleichschaltung zum Opfer fielen. Die Studie untersucht am Beispiel der „Jungen Union“ der CDU Sachsen exemplarisch den Weg christlicher Jugendlicher aus dem „Dritten Reich“ in die SBZ. Dabei kommen die Bedeutung der kirchlichen Sozialisation der jungen Akteure ebenso zur Sprache wie ihr Verhältnis zur FDJ und zur älteren Führung der eigenen Partei sowie ihre Bemühungen um eigene Interessenvertretungen und politisch-programmatische Entwürfe. Abgerundet wird die Studie durch den autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus – einem ihrer frühen Protagonisten.

2.3 Institutszeitschrift: „Totalitarismus und Demokratie“



Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine neue Zeitschrift, die sich als Forum der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Sys-

teme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus sind historisch-politische, sozialpsychologische und kulturelle Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen zu ergründen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlich-demokratischer Gesellschaften fördern. Die Zeitschrift versteht sich als ein Ort interdisziplinären Austauschs zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

1. Jahrgang 2004, Heft 1

Themenschwerpunkt:

Herausforderungen der Demokratie

Aufsätze:

Hans-Peter Schwarz

Charismatische (Ver-)Führer

Patrick Moreau

Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: Ein unaufhaltsamer Niedergang?

Leonid Luks

Eurasien aus neototalitärer Sicht – Zur Renaissance einer Ideologie im heutigen Russland

Uwe Backes

Organisierte Extremismen im vereinten Deutschland – Gefahrenpotentiale im Vergleich

Hans-Gerd Jaschke

Die Zukunft der „streitbaren Demokratie“

1. Jahrgang 2004, Heft 2

Themenschwerpunkt: Totalitarismus – Konzepte, Denkformen, Herrschaftspraktiken

Aufsätze:

Jürgen Gebhardt

Was heißt totalitär?

Wolfgang Merkel

Totalitäre Regimes

Hermann Lübke

Tugendterror – Höhere Moral als Quelle politischer Gewalt

Klemens von Klemperer

Zur Frage eines ästhetischen Faschismus

Berichte und Diskussionen:

Lothar Fritze

Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Totalitarismusforschung?

2.4 Polnische Reihe



Od nacjonalistycznych konfrontacji do porozumienia europejskiego

Rola Kościołów w dziejowej drodze Niemiec i Polski w XIX i XX wieku

Pod redakcją Gerharda Besier

(Seria Instytutu im. Hannah Arendt do Badań nad Totalitaryzmem i Książańskiego Instytutu Naukowo-Badawczego 1), Wałbrzych 2004

Von der nationalistischen Konfrontation zur europäischen Verständigung

Die Rolle der Kirchen beim Weg Deutschlands und Polens im 19. und 20. Jahrhundert

Gerhard Besier (Hg.)

(Reihe des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und des Europäischen Forschungszentrums Schloss Fürstenstein), Wałbrzych 2004

Sposoby zachowań pod dyktaturą komunistyczną oraz trudności przy reorientacji po 1989 roku można zrekonstruować tylko wtedy, jeżeli nie zostaną zlekceważone wywierające na nie wpływ tradycje i motywacje w nawiązaniu do wcześniejszej historii. Na szczególną uwagę zasługuje tutaj różnorodność wyrażania się poczucia świadomości narodowej i kultury religijnej. W Polsce problemy te odzwierciedlały się w stanowisku świeckich

i biskupów katolickich wobec wstąpienia do Unii Europejskiej. Szczególnie dzięki wkładowi papieża Jana Pawła II, od 1997 roku episkopat dokonał zwrotu w kierunku Europy i przystąpienia Polski do wspólnoty. (...)

Za tymi dyskusjami kryje się „rozbieżność czasowa“, która jest zauważalna zwłaszcza przy porównywaniu Polski i Niemiec. Dla Niemiec koniec wojny oznaczał ostateczny koniec polityki nacjonalistycznej i głęboki kryzys tożsamości narodowej, podczas gdy Polsce przyniósł on urzeczywistnienie idei jednolitego państwa i umocnił związek poczucia świadomości narodowej i katolicyzmu jako tożsamości Polski pod rządami komunistycznymi. Z drugiej strony, w XIX wieku podkreślenie niemieckiej tożsamości narodowej stało w ścisłym związku z adekwatnymi intencjami w Europie środkowo-wschodniej. Ponieważ „niemieckie tworzenie państwa narodowego pod pruskim przywództwem żyło z przeszkadzania polskiego państwa narodowego, z perspektywy Wschodu musiało się ono jawić nie tylko jako proces zjednoczeniowy, lecz także ekspansyjny“.

Die Verhaltensweisen unter der kommunistischen Herrschaft und Schwierigkeiten bei der Neuorientierung nach 1989 sind nur dann angemessen zu erschließen, wenn die prägenden Traditionen und Motivationen im Zusammenhang der früheren Geschichte nicht ausgeblendet werden. Besondere Beachtung verdient dabei die unterschiedliche Ausprägung des Nationalbewusstseins und der religiösen Kultur. In Polen wurden diese Probleme bei der Einstellung der katholischen Laien und Bischöfe zum Beitritt zur Europäischen Union deutlich. Besonders durch den Einsatz von Papst Johannes Paul II. hat der Episkopat seit 1997 eine Wendung hin zu Europa und für den Beitritt Polens zur Gemeinschaft vollzogen. (...)

Hinter dieser Diskussion steht eine Ungleichzeitigkeit, die besonders beim Vergleich Polens mit Deutschland deutlich wird. Für Deutschland bedeutete das Ende des Zweiten Weltkrieges das definitive Ende nationalistischer Politik und eine tiefgreifende Krise des Nationalbewusstseins, während es für Polen die Verwirklichung des national einheitlichen Staates brachte und das Nationalbewusstsein in Verbindung mit dem Katholizismus die Identität Polens unter dem Kommunismus gewährleistete. Andererseits stand im 19. Jahrhundert die Betonung des deutschen Nationalbewusstseins in engem Zusammenhang mit entsprechenden Intentionen in Ostmitteleuropa. Aber „die deutsche Nationalstaatsbildung unter preußischer Regie lebte von der Verhinderung der polnischen Nationalstaatsbildung, so dass sie aus Ost-

perspektive nicht nur als Einigungs-, sondern auch als Expansionsprozess erscheinen muss“.

2.5 Einzelveröffentlichungen



Gerhard Besier:
Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland
Die Faszination des Totalitären.
Unter Mitwirkung von Francesca Piombo

München (dva) 2004
ISBN 3-421-05814-8

Seit zwei Jahren hat die katholische Kirche die Akten aus dem Geheimarchiv freigegeben, die die Beziehung des Vatikans zum Nationalsozialismus in der Zeit zwischen 1923 und 1939 dokumentieren. Die Autoren haben als erste Nichtkatholiken das Material gesichtet und



Buchvorstellung am 16. November 2004 in München; am Pult Prof. Dr. Horst Möller

werfen ein neues Licht auf das problematische Verhältnis.

Pius XI. (1922–1939) und Pius XII. (1939–1958) standen unter dem Generalverdacht, zu den Verbrechen der Nazis und zu dem europaweiten Judenmord geschwiegen zu haben. Der geheimnisumwobene Vatikan hat nun die Archive geöffnet. Jetzt wird klar, wie religiös-politischer Machterhalt der Weltkirche und ihr entschiedener Antibolschewismus ihr diplomatisches Handeln bestimmten. Auf der anderen Seite standen seelsorgerische Motive und das Bemühen, Schlimmeres zu verhindern. Noch nie wurde diese Doppelgesichtigkeit der katholischen Kirche gegenüber dem NS-Regime so deutlich belegt.



Lothar Fritze:
Verführung und Anpassung
Zur Logik der Weltanschauungsdiktaturen
(Beiträge zur Politischen Wissenschaft 133)

Berlin (Duncker & Humblot)
2004
ISBN 3-428-11255-5

Über Jahrhunderte hinweg haben Menschen aus tradierten religiösen Texten und deren Interpretationen Antworten auf existentielle Fragen bezogen: nach dem Sinn ihres Lebens, nach dem moralischen Guten, nach einer ethisch legitimen gesellschaftlichen Ordnung, nach einer Hoffnung angesichts der Endlichkeit des Daseins. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und kritisches Denken haben die Glaubwürdigkeit der religiösen Erzählungen in Zweifel gezogen und damit vor allem ihre Wirksamkeit als Sinn- und Heilsspende verblasen lassen.

Aus diesen Zusammenhängen erklärt der Autor die enorme Wirkmächtigkeit sowohl der kommunistischen als auch der nationalsozialistischen Weltanschauung sowie den – im doppelten Sinne – ungeheuren „Erfolg“ der Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts. Weder der Kommunismus noch der Nationalsozialismus wurden zwar mit der Absicht ins Werk gesetzt, das für den modernen Menschen charakteristische Verlangen nach Sinn, Gewissheit und Zuversicht zu stillen, beide gewannen aber auch deshalb Zustimmung, weil sie weltanschaulich gestützte Bewegungen verkörperten, an denen zu partizipieren dem einzelnen die Befriedigung unbefriedigter Bedürfnisse versprach.

Als Diktaturen mit säkularen Weltanschauungen vermochten sie zwar letztlich nur Ersatzlösungen anzubieten. Ausschlaggebend für ihren Überzeugungserfolg war jedoch, dass sie Lösungswege für Probleme vorschlugen, die die Massen umtrieben. Sie gaben – so die forschungsleitende Hypothese – dem Streben vieler Einzelner Richtung und Sinn und entsprachen dem Bedürfnis nach Gemeinschaft und Wir-Gefühl. Diese Möglichkeit, existentielle Sehnsüchte von Menschen in Zustimmung zu einer politischen Programmatik zu transformieren, liegt gleichsam in der Logik von Weltanschauungsdiktaturen. Dem Verständnis dieser „Logik“ ist dieses Buch gewidmet.

Dabei versucht der Autor, um einer Gefahr zu entgehen, idealtypische Kennzeichnungen, wie sie aus dem totalitarismustheoretischen Denken bekannt sind, unvermittelt auf die Realität anzuwenden, und zum anderen der verbreiteten Neigung zu widerstehen, die soziale Praxis des diktatorischen Sozialismus ausschließlich durch ihre Defizite und Missstände zu charakterisieren.



Lothar Fritze:
Die Tötung Unschuldiger
Ein Dogma auf dem Prüfstand
(Ideen & Argumente)

Berlin/New York (de Gruyter)
2004
ISBN 3-11-018148-7

Gilt das Verbot der Tötung Unschuldiger absolut oder darf selbst diese fundamentale Moralnorm unter Ausnahmefällen verletzt werden? Wir leben in einer Welt voller Gefahren. Das Leben von Menschen wird bedroht durch verbrecherische Diktatoren, terroristische Anschläge, technische Havarien und Katastrophen verschiedener Art. Dürfen solche Gefahren notfalls auch dann bekämpft werden, wenn dabei Unschuldige getötet werden müssen oder ihr Tod in Kauf genommen werden muss?

Das Buch gibt eine moralphilosophische Antwort auf diese politisch, ethisch und rechtlich umstrittene Frage. Lothar Fritze analysiert das Rechtsdogma der Nichtabwägungsfähigkeit menschlichen Lebens und fragt, wie sich das Verbot der Tötung Unschuldiger mit der verbreiteten moralischen Intuition vereinbaren lässt, wonach in Extremfällen durchaus einige wenige unschuldige Menschen geopfert werden dürfen, um sehr viele andere Unschuldige zu retten.

3. Forschungsprojekte

3.1 Theoretische und konzeptionelle Grundlagen der Diktatur- und Freiheitsforschung

Wort- und Begriffsgeschichte der politischen Extreme

Die Gegenüberstellung der „Extreme“ mit der „Mäßigung“ verbürgenden „Mitte“ entspringt einer altehrwürdigen ideengeschichtlichen Tradition, die maßgeblich von Aristoteles begründet worden ist. Mit der Antithese sind zahlreiche negative Verfassungsbegriffe eng verknüpft – in der Gegenwart insbesondere die des „Extremismus“ und „Totalitarismus“.

Die Studie von *Uwe Backes* verfolgt die Wort- und Begriffsgeschichte dieser und bedeutungsverwandter Formeln von der Antike bis in unsere Zeit. Sie orientiert sich methodisch an den Beiträgen des von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck begründeten Projekts der „Historisch-politischen Grundbegriffe“. Begriffsgeschichte wird nicht als philosophische „Höhenwanderung“ betrieben, sondern soll über das klassisch gewordene Repertoire der Ideengeschichte hinaus die politische Sprache der verschiedenen Epochen an ihren diversen sozialen Orten aufsuchen und sie in den jeweiligen historischen Kontext einordnen. Alle Gattungen politischen Schrifttums geraten dabei in den Blick. Beachtung finden sowohl politische Mehrheitsströmungen als auch politische Subkulturen, es sei denn, sie waren von ganz untergeordneter Bedeutung.

Der zeitliche Schwerpunkt der Darstellung liegt auf dem 19. und 20. Jahrhundert. Die vorherliegenden Epochen werden als Vorgeschichte betrachtet, sofern sie für das Verständnis der Phänomene des 19. und 20. Jahrhundert wesentlich erscheinen. Im Zentrum steht der Aristotelismus mit seinen Auswirkungen auf die norditalienischen Stadtstaaten, die Reformation, die englische Revolution, den frühen Liberalismus und die demokratischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts. Thematische Schwerpunkte der neueren Zeit bilden die Französische Revolution, das „juste milieu“ Louis Philippes, die vormärzlichen Liberalen und Demokraten in Deutschland, der amerikanische Bürgerkrieg, der Hindunationalismus im britischen Empire, die russischen Revolutionen von 1917, der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus.

Totalitäres Denken

Das von *Uwe Backes* und *Lothar Fritze* entwickelte Projekt soll den Prozess der Konzeptualisierung „Totalitären Denkens“ rekonstruieren. Schwerpunkte bilden die frühen Konzeptbildungen der zwanziger und dreißiger Jahre, die wissenschaftliche Verdichtung in der Religionsphänomenologie und im Kritischen Rationalismus sowie die Entwicklung dieser beiden „Schulen“ bis in die Gegenwart.

Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa war geeignet, eine lange vor diesem Zusammenbruch gewachsene Überzeugung zu bestätigen – die Überzeugung, in den Ländern des sogenannten realen Sozialismus werde versucht, ein Gesellschaftsmodell zu etablieren, das nicht wirklich zu realisieren oder jedenfalls auf Dauer nicht überlebensfähig und damit – sofern überhaupt wünschenswert – in einem bestimmten Sinne utopisch sei. Da sich sowohl die Führer der jeweils herrschenden marxistisch-leninistischen Einheitsparteien als auch ihre Ideologen zur legitimatorischen Abstützung ihres Herrschafts- und Führungsanspruchs auf die Lehre von Karl Marx (und Friedrich Engels) beriefen, liegt es nahe, das Marxsche Denken erneut einer kritischen Sichtung zu unterziehen.

Im Mittelpunkt der von *Lothar Fritze* geplanten Monographie steht die Frage nach dem Charakter des utopischen Denkens von Marx. Darin werden zunächst die Grundzüge der Marxschen Geschichtstheorie (soweit für das Thema relevant) dargestellt, und es wird versucht, das Verhältnis dieser Theorie zum utopischen Denken zu klären. Einer kurz gefassten Entschlüsselung der Anatomie der Marxschen Geschichtstheorie folgt eine Kritik dieser Theorie, wobei eine Reihe von Fehlern, die Marx unterlaufen sind, benannt und diskutiert werden. Danach werden die spezifische Natur dieser Geschichtstheorie sowie mit ihr verbundene Implikationen nochmals herausgearbeitet und Einwände, die man gegen die Marxsche Theorie häufig erhebt, kritisch beleuchtet.

Totalitarismuskonzepte der deutschen Linken

Eine auf den Kalten Krieg als vermeintlichen Ursprung der Totalitarismuskussion fixierte Sichtweise unterschlägt deren auf die 1920er Jahre zurück reichende Ge-

schichte. Übersehen wird in diesem Kontext zudem, dass neben liberalen, konservativen und konfessionell geprägten Konzepten auch Entwürfe einer weit gefächerten Linken entstanden, die kaum mit „Feindbildern“ des Kalten Krieges in Verbindung gebracht werden können. Das mit Lenins Machterringung verbundene Schisma der Arbeiterbewegung bildete dabei einen fruchtbaren Ausgangspunkt für alle späteren Diskussionen über Demokratie und (Partei-)Diktatur.

Was die deutsche Linke betrifft, so beteiligten sich an der unmittelbar nach 1917 einsetzenden Debatte über das bolschewistische Diktaturmodell sowohl führende sozialdemokratische Theoretiker als auch Rätekommunisten, Anarchisten und kommunistische Renegaten. Die fundamentale Kritik, die beide Richtungen an Lenins und später an Stalins Partei- und Staatsmodell übten, zielte von Anfang an auf den Einparteistaat der Kommunisten, in dem politische und soziale Autonomie sukzessive ausgeschaltet und dem totalen Säuberungswillen eines kleinen Führungszentrums unterworfen wurde. Im Zuge der „Machtergreifungen“ der italienischen Faschisten und der deutschen Nationalsozialisten spielten vergleichende Aspekte eine immer größere Rolle.

Am Beispiel von Vertretern linker deutscher Strömungen geht das unter der Ägide *Mike Schmeitzners* auf den Weg gebrachte Forschungsprojekt folgenden Fragen nach: Welche Rolle spielte der Marxismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen für die Entstehung spezifisch linker Totalitarismuskonzepte? Wie groß war der Anteil von Gläubigkeit und Faszination mit Blick auf die kommunistische Lehre (besonders bei Renegaten)? In welcher Weise beeinflusste die politische Entwicklung (spanischer Bürgerkrieg, Hitler-Stalin-Pakt, Tod Hitlers und Stalins) das Denken der Protagonisten? Wie bedeutsam waren linke Totalitarismuskonzepte für die zeitgenössischen Diskussionen? Bieten sie Anknüpfungspunkte für die heutige Forschung?

3.2 Autoritäre und totalitäre Diktaturen

Die Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts

Gerhard Besier stellt die kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts vor. In einem methodisch multiperspektivischen Zugriff finden ereignis-, personen-, sozial-, kultur-, wirtschafts-, rechts- und ideologiegeschichtliche Perspektiven Berücksichtigung. Es werden vergleichende Betrachtungen zwischen den autoritären und totalitä-

ren Systemen vorgenommen und dabei die Deutungsmuster wie die Möglichkeiten und Grenzen des diktaturvergleichenden Untersuchungsansatzes erörtert. Weitere Gegenstände sind die Bedeutung von Mythen, Symbolen, Ritualen, der Personenkult und die den Diktaturformen zugrundeliegenden Überzeugungssysteme. Schließlich werden die verschiedenen Formen der „transición“, des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie, bedacht.

Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive

Im Unterschied zu Deutschland besitzen andere Länder hoch emotional aufgeladene Freiheitstraditionen. Sie bilden kulturelle Sinnggebungssysteme mit Vorstellungen, Bedeutungen, Symbolen und Ritualen, die der Bevölkerung in Gestalt kommunikativen Handelns zur Verfügung stehen. Das Projekt (*Gerhard Besier/Gerhard Lindemann*) zielt keineswegs darauf, die Freiheitstraditionen anderer Völker einfach zu kopieren. Vielmehr soll durch ihre zunächst akademische Rezeption – und einer solchen im Rahmen der politischen Bildung – der Diskurs über unser Freiheitsverständnis belebt und kultiviert werden.

Kommunale Fürsorgepolitik 1914–1918

Am Beispiel der Stadt Dresden geht das Projekt (*Carsten Schmidt*) der Frage nach, inwieweit die vielfältigen Fürsorgemaßnahmen der Kommunen die Aufrechterhaltung der „Heimatfront“ während des Ersten Weltkrieges gewährleisten konnten, welche politischen Motive die Parteien im einzelnen damit verfolgten und welche Bedeutung dabei dem Übergang vom „Munizipalsozialismus“ zum „Kriegssozialismus“ zukam.

Die Kirchen und das Dritte Reich, 1937–1939

Gerhard Besier führt seine auf breiter Quellengrundlage beruhenden Forschungen für die Jahre 1937–1939 fort.

Graf Galeazzo Ciano

Graf Galeazzo Ciano (geb. 1903, gest. Jan. 1944) nahm 1922 am „Marsch auf Rom“ teil und begab sich 1925 in die Politik. 1930 heiratete er Edda Mussolini, eine Tochter des Duce, und wurde 1936 zum Außenminister befördert. 1939 begründete er mit dem deutschen Außenminister Ribbentrop den „Stahlpakt“ zwischen Deutschland und Italien. Aufgrund seiner Zweifel, den Krieg zu gewinnen, schloss er sich 1943 in der Sitzung des Faschistischen Großrats vom 24./25. Juli dem Antrag Grandis an, der Mussolini zu Fall brachte. Nach missglückter Flucht über Deutschland wurde er verhaftet und nach Verona überführt, wo ihn ein Sondergericht zum Tode verurteilte. Die Rettungsversuche seiner Frau scheiterten; im Januar 1944 wurde er hingerichtet. Das Biographieprojekt *Grazia Francesca Piombos* beleuchtet den Charakter Cianos als frühen Faschisten, späteren Mitläufer und schließlich Zweifler an der Politik des Faschismus.

Die Protokolle der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (Juni 1945–Dez. 1948)

Das wissenschaftliche Editionsprojekt (Hg. *Gerhard Bessler/Gerhard Lindemann*) mit ausführlichem Apparat (insbes. Verweise auf und breite Zitate aus Referenzdokumenten aus kirchlichen und staatlichen Archivalien) erscheint voraussichtlich 2005 bei Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen. Die Altpreußische Union bestand aus Teil- bzw. bald Gliedkirchen mit Schwerpunkt auf der SBZ. Die Dokumente geben vor allem Aufschluss über die innerkirchliche Neuordnung, die Situation des gesamtdeutschen Protestantismus im beginnenden Kalten Krieg und den einsetzenden Stalinisierungsprozess in der SBZ.

Manfred von Ardenne – Wissenschaftler in drei Diktaturen

Zu den profilbestimmenden Forschungsschwerpunkten des Hannah-Arendt-Instituts gehört der Bereich „Ideologische, ökonomische, soziale und kulturelle Dimensionen von Weltanschauungsdiktaturen“. Die unter einem solchen Titel subsumierten Aspekte lassen sich in ihrer gegenseitigen Verflechtung nicht nur am Beispiel von Institutionen, bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen oder gar Eliten untersuchen, sondern ebenso am einzelnen Individuum – eine Analyse des „Menschen in

der Diktatur“ in des Wortes eigentlichem Sinne. Dieser von *Gerhard Barkleit* in seinem Biographieprojekt verfolgte Ansatz sollte besonders erfolgversprechend sein, wenn es sich dabei um eine außergewöhnliche Persönlichkeit von herausragender Bedeutung handelt, die in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens agierte.

Baron Manfred von Ardenne war eine solche Persönlichkeit, die sowohl in Wissenschaft und Forschung als auch in der Politik Zeichen setzte. Der 1907 in Hamburg geborene Sohn eines Offiziers legte nie das Abitur ab, studierte dennoch vier Semester Physik, Chemie und Mathematik an der Berliner Universität, meldete als Sechzehnjähriger sein erstes Patent an und gründete als Einundzwanzigjähriger in Berlin-Lichterfelde ein Forschungslaboratorium mit mehreren Mitarbeitern. Er gilt als Erfinder des elektronischen Fernsehens. Im „Dritten Reich“ beschäftigte er sich vor allem mit Nachrichtentechnik, leistete jedoch auch wesentliche Beiträge zur Entwicklung der Radartechnik und der Elektronenmikroskopie. Nach der Entdeckung der Kernspaltung wandte er sich auch kernphysikalischen Problemen zu. Im Januar 1945 wurde er in den Reichsforschungsrat berufen.

Vom Mai 1945 bis zum März 1955 lebte und arbeitete er in der Sowjetunion. Er gründete in Suchumi am Schwarzen Meer ein Forschungsinstitut, in das er sämtliche Messgeräte und Anlagen aus seinem Lichterfelder Laboratorium einbrachte. Aufgabe dieses Instituts war es, Verfahren zur industriellen Isotopentrennung zu entwickeln. Der Beitrag Ardenne zur Entwicklung der sowjetischen Atombombe wird auch heute noch unterschiedlich beurteilt. Er selbst äußerte sich durchaus widersprüchlich.

Bei der Rückkehr nach Deutschland entschied er sich deshalb für die DDR, weil er nur unter dieser Voraussetzung das Institutsinventar mitnehmen durfte, das auch in der Sowjetunion sein privater Besitz geblieben war. In Dresden gründete er 1955 ein neues Forschungsinstitut. In einem System, das dem Privateigentum generell ablehnend, demjenigen an Produktionsmitteln sogar feindlich gegenüberstand, bewies er ein weiteres Mal seine unternehmerischen Fähigkeiten, indem er dieses private Forschungsinstitut mit 1989 immerhin 500 Beschäftigten nicht nur aufbaute und am Leben erhielt, sondern es zu einer der führenden Forschungseinrichtungen der DDR entwickelte. Schwerpunkte der stets anwendungsorientierten Forschung waren die Grundlagen physikalischer Hochtechnologien, insbesondere Elektronenstrahl-, Vakuumbeschichtungs- und Plasmatechnologien sowie biomedizinische Forschung und Technik. In den 1960er

Jahren wandte sich Manfred von Ardenne verstärkt medizinischen Problemen zu und begann mit der Entwicklung einer völlig neuartigen Methode zur Behandlung von Krebstumoren. Die große Spannweite seiner wissenschaftlichen Interessen veranlasste vor allem Journalisten, in ihm einen der letzten großen Universalgelehrten des 20. Jahrhunderts zu sehen. Manfred von Ardenne, in der DDR hochgeehrt und vor allem in der Ulbricht-Ära von beträchtlichem Einfluss, begnügte sich nicht damit, die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der SED mitzugestalten, sondern äußerte sich auch zu Fragen von globaler politischer Bedeutung. Die Berufung in den Forschungsrat der DDR und die Wahl zum Abgeordneten der Volkskammer sowie öffentliche Warnungen vor dem Inferno eines Atomkrieges in den 1950er Jahren und eine Studie „Sternenkrieg“ als Stellungnahme zum SDI-Projekt der USA im Jahre 1985 stehen beispielhaft für diese Facette seiner Persönlichkeit.

Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien

Eine wissenschaftlichen Standards genügende Untersuchung über Jugendliche, die während der SED-Diktatur in ihrer beruflichen Entwicklung massiv behindert wurden, liegt bislang nicht vor. Nichtzulassung zum Abitur bzw. Studium gehörte ebenso zu den repressiven Maßnahmen wie der Ausschluss von jeglicher Berufsausbildung (Zeugen Jehovas) bzw. das Abdrängen in nicht gewünschte und wenig attraktive Berufe. Ziel der Untersuchung *Tina Kwiatkowskis* ist eine differenzierte Darstellung von Ursachen und Methoden von Benachteiligung und Verfolgung, verbunden mit Aussagen zu Ausmaß und Konsequenzen von Versuchen, sich dieser Benachteiligung zu widersetzen. Darüber hinaus sollen die Folgen dieser Benachteiligung für die berufliche und persönliche Entwicklung der Betroffenen untersucht werden.

Kollaboration von Ärzten mit der DDR-Staatssicherheit

Trotz zahlreicher Publikationen über die Staatssicherheit als „wichtiges Instrument zur Sicherung des Machtmonopols der SED“ stellt eine weitgehend flächendeckende Erforschung von IM-Verstrickungen einer ganzen Berufsgruppe über den Zeitraum von 1950 bis 1989 nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts *Francesca Weils* steht deshalb eine umfassende empirische Analyse der inoffi-

ziellen Mitarbeit von Medizinern für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.

Ärzte bieten sich für eine solche Untersuchung aufgrund der Besonderheiten ihrer Berufsgruppe geradezu an. Nach einer eher untypischen, weil weniger radikalen Entnazifizierung in der SBZ, die sich aus dem Ärztebedarf in der Nachkriegszeit ergab, standen gerade sie als bildungsbürgerlich geprägte Gruppierung mit tradiertem „Standesbewusstsein“ dem Anspruch der SED an eine „sozialistische Ärzteschaft“ vorerst kritisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass viele Mediziner die DDR bis zum Mauerbau 1961 verließen, hielt es das MfS der DDR augenscheinlich für nötig und dennoch auch für machbar, Ärzte für eine inoffizielle Mitarbeit zu gewinnen. In diesem Zusammenhang gilt es vor allem der Frage nachzugehen, ob und inwieweit sich Mediziner aufgrund ihres spezifischen Berufsethos als resistenter gegenüber den Werbungen der Staatssicherheit erwiesen als Angehörige anderer Berufe.

Da Mediziner auf zahlreichen und unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern beschäftigt waren, können durch das Forschungsprojekt zudem deren IM-Verstrickungen in den verschiedenen Institutionen des DDR-Gesundheitswesens sowie in staatlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und Sporteinrichtungen erfasst und dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten festgehalten werden. Ärzte praktizierten nicht nur in Ambulanzen und Polikliniken, städtischen, konfessionellen und privaten Krankenhäusern, Privatpraxen, Betrieben, als Bezirks- und Kreisärzte, sondern sie lehrten an Universitäten bzw. arbeiteten praktisch in den Universitätskliniken oder theoretisch in der medizinischen Forschung. Ärzte waren zudem sowohl in den Haftanstalten und im Haftkrankenhaus der DDR als auch in Armeekrankenhäusern tätig. Sie betreuten außerdem Athleten in den zahlreichen Sportclubs, aber auch und in noch weitaus größerem Umfang an den entsprechenden Bildungs- und Forschungsstätten des DDR-Hochleistungssports. Nicht zuletzt verfügte die Staatssicherheit der DDR über einen eigenen medizinischen Dienst. Demzufolge bietet das Thema die Chance, der Frage nachzugehen, inwieweit das MfS die Entwicklung des DDR-Gesundheitswesens und darüber hinaus die anderer gesellschaftlicher Institutionen nachhaltig beeinflusst hat. Außerdem lässt sich auf diese Weise eine Antwort auf die Frage finden, inwieweit die Staatssicherheit dazu beitragen konnte, die traditionell konservative Ärzteschaft in die Umsetzung der Partei- und Staatspolitik aktiv einzubeziehen.

Untersucht werden sollen im Hinblick auf die IM-Durchdringung sowohl quantitativ als auch anhand von exemplarischen Fallstudien individueller IM-Karrieren nicht nur die einzelnen o.g. Tätigkeitsfelder, sondern ebenfalls bestimmte Zeiträume bzw. Phasen. Dabei rücken ebenfalls Motivationen, Tätigkeitsbereiche, Aufgabenfelder, Kategorien von inoffiziellen Mitarbeitern unter den Ärzten sowie die Quantität und Qualität ihrer abgefassten Berichte und deren Folgen bzw. Konsequenzen für Kollegen, Patienten ebenso wie auch für Verwandte und Bekannte in Ost- und Westdeutschland in den Mittelpunkt der Analyse.

Es ist nicht zuletzt vorgesehen, ehemalige inoffizielle Mitarbeiter für Interviews zu gewinnen, um ihre heutige Perspektive auf die damalige inoffizielle Tätigkeit zu erfragen und mit der früheren aktenkundigen Haltung zu vergleichen. Dadurch kann die qualitative Auswertung wesentlich ergänzt bzw. vertieft werden.

Zur Vorgeschichte der Vertreibung: Minderheitenproblematik, Nationalismus und Etatismus im deutsch-polnischen Grenzraum vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1945

Ziel des Forschungsprojektes *Mike Schmeitzners* ist die Untersuchung der vielschichtigen Etappen der deutsch-polnischen Konfliktgemeinschaft in Posen seit der Teilung Polens und der damit verbundenen nationalen Radikalisierung beider Volksgruppen. Darüber hinaus wird die deutsche und polnische Regierungspolitik beleuchtet, die zwischen 1939 und 1945 schließlich in eine beidseitige Katastrophe mündete.

3.3 Herausforderungen der Demokratie, politischer Extremismus

Vorurteilsforschung in historischer und aktueller Absicht

Auf der Grundlage neuester Ergebnisse der Vorurteilsforschung sollen in dem Projekt (Leitung: *Gerhard Bessler*) historische wie aktuelle Problemkonstellationen einer sozialpsychologischen Interpretation zugeführt werden. Sowohl die Akklamation von Diktaturen durch keineswegs totalitär gesonnene Menschen als auch die rasche Umorientierung hin zur Demokratie lässt sich auf diese Weise erklären. Zudem bieten die sozialpsychologischen Theorieansätze Interpretationsmöglichkeiten für

die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten beim Vereinigungsprozess und für die Kreation neuer, nunmehr gemeinsamer deutsch-deutscher Feindbilder.

Vergleichende Extremismusforschung

Der Vergleich der politischen Extremismen in ihren ideologisch zum Teil disparaten Ausprägungen (Kommunismus, Anarchismus, Ultrationalismus, Rassismus, politisch-religiöse Fundamentalismen) ist von der Forschung vielfach vernachlässigt worden. Die Reihe der Publikationen zum Thema wird fortgesetzt. Dabei wird der vielfach als „dritter Totalitarismus“ titulierte Islamismus systematisch in die Betrachtung einbezogen.

Jahrbuch Extremismus & Demokratie

Gemeinsam mit Eckhard Jesse gibt *Uwe Backes* das Jahrbuch Extremismus & Demokratie heraus. In dem Ende 2004 erschienenen Werk stehen – wie in den Jahren zuvor – Entwicklungen des Links- und Rechtsextremismus sowie des politisch-religiösen Fundamentalismus in Deutschland im Mittelpunkt.

Kommunismus nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“

Mit dem „Groupe de recherche sur le communisme en Europe occidentale“ (GRCOE, Universität Paris X und CNRS) und einer Anzahl assoziierter Forscher wurde 2003 eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Angestrebt wird u. a. eine Bilanz zur Entwicklung und gegenwärtigen Bedeutung (post-)kommunistischer Organisationen seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ in Europa (vom Atlantik bis zum Ural). Neben diversen Länderstudien sollen vergleichende Analysen die Erfolgs- und Misserfolgsbedingungen unter sich wandelnden politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen („Gelegenheitsstrukturen“) erhellen.

Demokratiekonsolidierung und -dekonsolidierung in mittel-/osteuropäischen Transitionsgesellschaften

Im Rahmen des von der EU geförderten Projekts werden die Prozesse der Demokratiekonsolidierung/-dekonsolidierung im östlichen Deutschland mit denen Polens, Tschechiens und Russlands systematisch verglichen. Die Untersuchung umfasst die drei zentralen Felder der Transformation: politische Institutionen, gesellschaftliche Akteure und Einstellungen der Bevölkerung. Extremistischen Orientierungen und Strategien wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Parteiverbote in europäischen Demokratien

Claudia Günther untersucht in ihrer Dissertation die Frage, welche Rolle Parteiverbote als Mittel zur Bekämpfung des politischen Extremismus in verschiedenen europäischen Demokratien spielen. Nach der Datierung der demokratischen Transformation werden drei Ländergruppen gebildet und systematisch miteinander verglichen. Die staatsrechtliche Verankerung des Instruments und dessen Handhabung seitens der zuständigen staatlichen Instanzen werden ebenso untersucht wie die entsprechenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen.

„History after the fall“ – Historischer Revisionismus in postkommunistischen Ländern

Unter der Leitung des Open Society Archive der Central European University in Budapest und in Kooperation mit vier weiteren europäischen Instituten (The Romanian Institute for Recent History, Fundacia Academia Civica, beide Bukarest, KARTA Center in Warschau und Institut für Zeitgeschichte in Prag) geht das Hannah-Arendt-Institut (verantwortlich: *Gerhard Besier*) mit Mitteln der Europäischen Union der Frage nach, wie in Ländern des ehemaligen Ostblocks Geschichtsforschung mit Blick auf das vorausgegangene kommunistische Herrschaftssystem betrieben wird und ob hierbei möglicherweise ein postkommunistischer Antikommunismus zum Tragen kommt, der die Wahrnehmung der jüngeren Vergangenheit filtert. Die Ergebnisse dieser Recherchen werden der Öffentlichkeit in Ausstellungen und zwei Veröffentlichungen präsentiert.

Linksextremisten im Internet

Arnd Reinhardt setzt sich in dem von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Promotionsprojekt (Beginn: April 2003) mit der Nutzung der Strukturen des Internets durch Linksextremisten auseinander. Die Betrachtung des Themas erfolgt unter zwei Gesichtspunkten. Zum einen wird eine Datenbank linksextremistischer Internetseiten erstellt, die Rückschlüsse über die Zusammenarbeit bzw. Nicht-Zusammenarbeit sowie die Bedeutung und den Einfluss verschiedener linker Gruppen ermöglichen soll. Außerdem soll versucht werden, anhand der gesammelten Daten eine Übersichtskarte des Linksextremismus im Internet zu erstellen. Zum anderen werden bedeutende Internetprojekte des linksextremistischen Spektrum exemplarisch vorgestellt, ihre Außenwirkungen und Zielvorstellungen analysiert. Abschließend wird die Internetnutzung von Linksextremisten mit denen von Rechtsextremisten systematisch verglichen.

Deutsche und polnische Ostpolitik – Tradition mit Zukunft? Eine vergleichende Analyse der Debatten beiderseits der Oder und Neiße, 1946–1989

Katarzyna Stokłosa analysiert in ihrem Forschungsprojekt deutsche und polnische Debatten über die Ostpolitik der Jahre 1946 bis 1989. Es werden Antworten auf folgende Fragen gesucht: Wodurch zeichneten sich die Debatten über die Ostpolitik im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland aus? Wie verliefen die Debatten über die Nachbarschaftspolitik mit den östlichen Ländern unter den Bedingungen der totalitären Regimes der DDR und der VR Polen? Welche Position(en) bezüglich der Ostpolitik wurde(n) innerhalb der SED und der PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) vertreten? Inwieweit sind die heutigen Interessenunterschiede zwischen Deutschland und Polen bezüglich der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn auf die in der Vergangenheit geführten Debatten zurückzuführen? Ist eine Kontinuität in den Debatten über die Ostpolitik festzustellen?

3.4 Sachsen unter zwei Diktaturen

Jüdisches Leben und Antisemitismus in Sachsen (1871–1945)

Als neues Projekt hat *Clemens Vollnhals* eine epochenübergreifende Studie begonnen, die als eine methodisch innovative Beziehungsgeschichte angelegt ist. Sie soll einerseits die Entwicklung des jüdischen Lebens in Sachsen seit der Reichsgründung nachzeichnen und damit ein Forschungsdesiderat schließen. Andererseits soll sie die Ausbreitung und die Wandlungsprozesse des Antisemitismus analysieren. Die Ergebnisse sollen in einer monographischen Übersichtsdarstellung für ein breiteres Publikum zusammengefasst werden. Für die Darstellung bedarf es aufgrund der großen Kriegsverluste in den Archiven umfangreicher und zeitraubender Recherchen.

Im Kontext des Projekts entstand die Magisterarbeit von Matthias Piefel „Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914“, die im Oktober 2004 als Band 46 in der Institutsreihe „Berichte und Studien“ erschienen ist.

Sachsen in der NS-Zeit

Clemens Vollnhals setzt seine Studien zur völkischen Bewegung und zum Aufstieg der NSDAP in Sachsen fort. Im Umfeld dieses Projekts konnte im Berichtsjahr ein interdisziplinäres Kooperationsvorhaben zum Abschluss gebracht werden. Der umfangreiche Sammelband „Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur“ ist im Manuskript abgeschlossen und wird von *Clemens Vollnhals* gemeinsam mit dem Dresdner Germanisten Prof. Dr. Walter Schmitz herausgegeben.

Diktaturdurchsetzung in Sachsen, 1945–1952

Die von *Mike Schmeitzner* betriebenen Forschungen auf Landesebene können als weitgehend beendet betrachtet werden. Eine Studie *Rainer Behrings* zur Diktaturdurchsetzung in Chemnitz wird 2005 abgeschlossen und in eine Buchveröffentlichung münden.

Jugend zwischen den Diktaturen

Mike Schmeitzner hat 2003 in Zusammenarbeit mit Prof. Wolfgang Marcus eine Studie zur Geschichte der christlichen Jugend in den demokratischen Anfängen nach 1945 begonnen, die 2004 abgeschlossen wurde (s. o. S. 6). Darin wird auch das widerständige Verhalten im NS-Regime behandelt.

Entkommunisierung der Sächsischen Polizei

Der Fulbright-Stipendiat *Edward Hamelrath* (University of Memphis, Tennessee) untersucht den Personalaustausch in den sächsischen Polizeibehörden im Zuge der Konstituierung des Freistaates Sachsen und der Restrukturierung des Öffentlichen Dienstes.

Von der SED zur PDS. Das Beispiel Dresden

Die Erasmusstipendiatin *Anne Lainault* (Universität Strasbourg) hat eine Untersuchung über die Umbrüche innerhalb der SED während der Friedlichen Revolution abgeschlossen.

Bausoldaten und Friedliche Revolution

Im Zentrum der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Untersuchung *Thomas Wideras* stehen die DDR-Bausoldaten. Die der Untersuchung zugrunde liegende These lautet, dass eine Analyse der Kriegsdienstverweigerungsbewegung grundlegend für das Verständnis des friedlichen Charakters der Revolution von 1989 ist. Die Bausoldaten waren Teil der Bewegung zur Verweigerung des Kriegsdienstes und gemeinsam mit ihren Familien, Angehörigen und Freunden Träger friedensethischer Positionen innerhalb einer umfassend militarisierten Gesellschaft. In ihren von verschiedenen Traditionen geprägten Wertvorstellungen wird die gesamte Bandbreite des lebensweltlich, religiös und politisch begründeten Aufbegehrens gegen das Wahrheitsmonopol der SED sichtbar, das schließlich in eine unabhängige Friedensbewegung einfluss. In dem Projekt soll die Funktion der Bausoldaten als Multiplikatoren des Prinzips der Gewaltlosigkeit untersucht und in verschiedenen Längs- und Querschnitten die Frage nach den Wirkungsmechanismen der Verbreitung solcher Gedanken in der DDR beantwortet werden.

Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90. Darstellung und Dokumentation

Ausgehend von den Herbstforderungen nach Föderalisierung wird die Herausbildung Sachsens bis zur Bildung der Regierung Biedenkopf im Herbst 1990 auf allen relevanten politischen Ebenen beschrieben. Die besondere Aufmerksamkeit der Darstellung *Michael Richters* gilt dem durchgängigen Konflikt um Legitimität und Kompetenz im Länderbildungsprozess. Die Darstellung wird durch einen Dokumententeil ergänzt (abgeschlossen 2004, s. o. S. 4).

Die friedliche Revolution in Sachsen

Vor dem Hintergrund der internationalen wie nationalen Entwicklungen der Jahre 1989/90 untersucht *Michael Richter* die Geschichte der friedlichen Revolution in-

nerhalb der Grenzen des heutigen Freistaates Sachsen auf den Handlungsebenen Kommunen, Kreise, Bezirke und Land (Entstehung). Der Fokus liegt dabei auf der Beschreibung des Entmachtungsprozesses der herrschenden Staatspartei und der Durchsetzung freiheitlich-demokratischer Strukturen. In diesem Zusammenhang wird auch die Rolle der bisherigen Blockparteien analysiert. Im Spannungsfeld von voice, exit und loyalty soll die Bedeutung der Bevölkerung und der neuen politischen Gruppierungen in Beziehung zueinander bestimmt werden. Untersucht wird, welche Aussagen sich aus dem Verhalten der SED während des Umbruchprozesses über deren Herrschaftssystem vor dem Zusammenbruch treffen lassen und welche Bedeutung die Charakterisierung der Diktatur vor Beginn des Umbruchs umgekehrt für die Bewertung des Transitionsprozesses hat. Wurde eine totalitäre Diktatur durch eine freiheitlich-demokratische Revolution hinweggefegt oder lediglich ein modernes Staatswesen in ein anderes transformiert?

4. Arbeitstagungen, Konferenzen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Vertreibung gemeinsam erinnern? Anstoß zu einer gesamteuropäischen Diskussion
Dresden, 2. Juni 2004

Vertreibungen waren bis zur politischen Wende Anfang der neunziger Jahre nahezu ein Tabu und wurden im Kontext der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen nur wenig behandelt. Seit Mitte der neunziger Jahre bemühen sich deutsche, polnische und tschechische Wissenschaftler um die Aufarbeitung dieses Themas. Die Ergebnisse der Arbeit kommen in gemeinsamen Veröffentlichungen der deutschen und polnischen, in kleinerem Ausmaß auch der deutschen und tschechischen Wissenschaftler zum Ausdruck. Trotzdem wird von Wissenschaftlern wie Politikern noch immer die Frage gestellt, ob eine europäische Aufarbeitung der Vertreibung und eine gemeinsame Erinnerung an die Vergangenheit möglich sei. Sollte an die Vertreibungen national oder europäisch erinnert werden?

Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion stand die Frage, wie das Thema Vertreibungen in Zukunft behandelt werden soll. Ist ein nationales oder ein europäisches Zentrum der richtige Ort für die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte? Wurde in den Grenzregionen, in denen Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg am schmerzhaftesten waren, wie in der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenzregion, bereits Versöhnung erreicht? Welche Rolle spielen die Medien beim besseren Verständnis der in den Nachbarländern geführten Debatten zum Thema Vertreibung?

Gerhard Besier, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, eröffnete die Podiumsdiskussion mit einem kurzen Überblick über die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts mussten in Europa zwischen 60 und 80 Millionen Menschen ihre Heimat vorübergehend oder für immer verlassen. Mittel- und Osteuropa, darunter auch Deutschland, wurde von diesen Ereignissen am meisten betroffen. Über das Ziel einer angemessenen Erinnerungskultur zu den Vertreibungen bestehe kein Dissens, wohl aber darüber, wie diese zu erreichen sei.

In den kurzen Statements vor Beginn der eigentlichen Diskussion skizzierten die Gäste auf dem Podium ihre Position zum Thema. *Angelica Schwall-Düren*, SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Bundesverband e. V., stellte die Idee

des europäischen Netzwerkes dar. Zahlreiche bereits existierende wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Aktivitäten, die sich mit dem Thema „Vertreibung“ beschäftigen, sollen stärker miteinander verknüpft werden. *Maria Michalk*, CDU-Bundestagsabgeordnete, plädierte dagegen für nationale Gedenkstätten als Ort zur Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte. Über ihre Struktur müsse noch nachgedacht werden.

Kazimierz Wóycicki, Direktor des Polnischen Instituts Leipzig, legte in seinem Statement dar, welche Rolle der Begriff des Opfers und des Täters in der deutsch-polnischen Vertreibungsdebatte gespielt hat. Seiner Auffassung nach werden sowohl in Deutschland als auch in Polen die Deutschen immer häufiger als Opfer (des Faschismus und des Kommunismus) und immer seltener als Täter dargestellt.

Grenzregionen als Ort direkter Begegnung zwischen zwei oder mehreren Nationalitäten sind Laboratorien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dr. *Kristina Kaiserová* von der Universität Ústí nad Labem nannte in ihrem Statement viele positive Beispiele dafür, dass sich die Nachbarschaft in der deutsch-tschechischen Grenzregion friedlich gestaltet und gegenseitige Vorurteile und Stereotype immer mehr abgebaut werden. Dank dieser Entwicklung sei diese Grenzregion ein geeigneter Ort für die Aufarbeitung des Themas „Vertreibung“.

Im Streit um das von Erika Steinbach und dem Bund der Vertriebenen initiierte Zentrum gegen Vertreibungen hatten deutsche und polnische Medien einen negativen Einfluss auf die Empfindungen unter der Bevölkerung beider Länder. *Stephen Bastos* vom Mitteleuropa-Programm der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin betrachtete in seinem Statement beide Seiten kritisch. Während polnische Medien in der Anfangsphase der Debatte über das Zentrum gegen Vertreibung die Position Erika Steinbachs als diejenige ganz Deutschlands präsentierten und Unruhe unter der Bevölkerung stifteten, seien in deutschen Medien polnische Ängste bezüglich des nationalen Zentrums viel zu wenig erläutert worden. Stephen Bastos stellte auch fest, dass in der Vertreibungsdebatte die Ergebnisse deutsch-polnischer Forschungen auf diesem Gebiet viel stärker berücksichtigt werden sollten. Prof. Dr. *Matthias Theodor Vogt*, Direktor des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen, stellte in seinem abschließendem Statement fest, dass nur offene Gespräche, die nicht mehr von Tabus geprägt seien, zur Verständigung in Fragen der Vertreibung führen könnten. Auf diese Weise würden Erfahrungen aus



Vertreibung gemeinsam erinnern? Podiumsdiskussion mit Dr. Angelica Schwall-Düren, Stephen Bastos, Dr. Kazimierz Wóycicki, Dr. Katarzyna Stokłosa, Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt, Dr. Kristina Kaiserová, Maria Michalk, MdB (v.l.n.r.)

der Geschichte der europäischen Vertreibungen für die Zukunft fruchtbar gemacht.

Nach den kurzen Statements wurde unter Leitung von *Katarzyna Stokłosa* eine Diskussion geführt, in der verschiedene Positionen bezüglich der Aufarbeitung des Themas „Vertreibung“ deutlich wurden. Auch wenn am Ende der Diskussionsrunde keine eindeutige Antwort auf die Frage stand, ob das Thema „Vertreibung“ in Zukunft national oder europäisch aufgearbeitet werden sollte, wurde doch unter Beweis gestellt, dass man auch über schwierige Themen, bei denen zahlreiche Meinungsunterschiede herrschen, aufgeschlossen und ohne Tabus diskutieren kann.

Katarzyna Stokłosa

Aufarbeitung der Diktaturen in Europa (Vortragsreihe)

Das 20. Jahrhundert war in beinahe ganz Europa durch Diktaturen und deren Überwindung gekennzeichnet. Die Charakterzüge und die Funktionsweise totalitärer Regimes können häufig nur durch Betrachtungen, die sowohl auf Systemvergleiche (Faschismus – Kommunismus) als auch Ländervergleiche (Westeuropa, Südeuropa und Ostmitteleuropa) zielen, richtig entschlüsselt und beurteilt werden. Diese Vergleiche, die wegen der Zugehörigkeit der europäischen Länder zu zwei unterschiedlichen Blöcken und der Erfahrungen eines faschistischen

bzw. kommunistischen Systems lange Zeit nahezu unmöglich waren, eröffnen heute neue Perspektiven und werden erfolgreich durchgeführt.

Mit der Vorlesungsreihe „Diktaturaufarbeitung in Europa“ verfolgt das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung sein im letzten Jahr vorgenommenes Ziel, den Diktaturenvergleich auf die Länder Ostmitteleuropas und Südeuropas auszudehnen. Folgende Fragen wurden im Rahmen der Vorlesungsreihe behandelt:

- Wie geht man heute mit verschiedenen Arten der Diktatur in Europa um?
- Gibt es Unterschiede in der Aufarbeitung der Diktaturen in Ost- und Westeuropa?
- Inwieweit hat der Regimewechsel in den Ländern des ehemaligen Ostblocks (revolutionär oder evolutionär) den späteren Umgang mit den Diktaturen beeinflusst?
- Inwieweit lassen die Archivbestände und der Zugang zu ihnen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Diktaturen zu?
- Welche Konzepte der Nationalgeschichte in West- und Osteuropa spielen bei der Aufarbeitung der Geschichte der Diktaturen eine Rolle?
- Wie wird die Aufarbeitung der Diktaturen durch die Gesellschaften postautoritärer Systeme wahrgenommen?

Im Jahr 2004 fanden folgende drei Vorträge in Dresden statt:



Prof. Dr. Stefan Troebst (Leipzig)

30. Juni 2004: Prof. Dr. Stefan Troebst (Stellvertreter der Direktor des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig): „Aufbau des Sozialismus“ statt Bürgerkrieg: Politische Flüchtlinge aus Griechenland in Dresden und Radebeul 1949–1989

7. Oktober 2004: Dr. Xosé-Manoel Núñez (Universität Santiago de Compostela): Die Diktatur vergessen, um die Nation zu retten. Diktaturaufarbeitung in Spanien

24. November 2004: Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Direktor des Willy Brandt Zentrums in Wrocław): Diktaturaufarbeitung in Polen

Prof. Dr. *Stefan Troebst* referierte über politische Flüchtlinge aus Griechenland, die 1949/1950 ins Land Sachsen kamen. Die Opfer des Bürgerkriegs zwischen griechischen Royalisten und Republikanern standen nun vor der Aufgabe, sich in die Gesellschaft der DDR zu integrieren. Unter den Bedingungen des totalitären Staatsregimes war das Ziel nicht leicht zu verwirklichen, wie Stefan Troebst am Beispiel Dresdens und Radebeuls darstellte. Dr. *Xosé-Manoel Núñez* stellte den spanischen nationalistischen Diskurs seit dem Tod Francos dar und lieferte zahlreiche Beweise dafür, dass der Franquismus in Spanien noch nicht aufgearbeitet worden ist, sondern kontinuierlich vergessen wird. Dr. *Krzysztof Ruchniewicz* machte in seinem Vortrag deutlich, dass in Ostmit- und Westeuropa zahlreiche Parallelen mit Blick auf

die jeweilige Diktaturerfahrung und das historische Gedächtnis zu finden sind.

Katarzyna Stokłosa

*Besuch der Hochschule Wałbrzych (Waldenburg) und des Europäischen Forschungszentrums Schloss Fürstenstein
27.–28. August 2004*

Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts besuchten das neugegründete Forschungszentrum Schloss Fürstenstein, um die im Vorfeld vereinbarte Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Hochschule Wałbrzych inhaltlich auszugestalten und organisatorische Fragen einer Außenstelle des Instituts zu klären.

Wałbrzych liegt im sogenannten Dreiländereck: in der Grenzregion zwischen Polen, Deutschland und Tschechien. Das Schloss Fürstenstein ist das größte Schloss in Niederschlesien und das drittgrößte in Polen. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss wegen seiner malerischen Lage und reichen Ausstattung „die Perle Schlesiens“ genannt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs



Schloss Fürstenstein (Zamek Książ) bei Wałbrzych (Polen), Sitz des Europäischen Forschungszentrums



Prof. Gerhard Besier, Piotr Kruczkowski, Stadtpräsident (Bürgermeister) von Wałbrzych, und Dr. Jerzy Tutaj (v.l.n.r.) auf der Veranstaltung im Rathaus von Wałbrzych

ges befand sich das Schloss zuerst in den Händen der Roten Armee und danach der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Zahlreiche Schätze von hohem kulturellen Wert verschwanden. Erst im Jahre 1956 begannen mit Mitteln des Bezirkskonservators in Wrocław die Sicherungsarbeiten zur Rettung des Schlosses. Im Jahre 1991 wurde die Gesellschaft „Zamek Książ“, die der Stadt Wałbrzych unterstellt ist, ins Leben gerufen. Im Jahre 2004 wurde auf Initiative des Stadtpräsidenten und des Dekans der Soziologischen Fakultät der Hochschule Wałbrzych das Europäische Forschungszentrum gegründet.

Gemeinsam mit dem Dekan der Soziologischen Fakultät, Dr. Jerzy Tutaj, trafen die Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts im Rathaus den Stadtpräsidenten von Wałbrzych. Dieser stellte das Europäische Forschungszentrum im Schloss Fürstenstein vor. In der Region, in der sich deutsche, polnische und tschechische Kultur treffen und gegenseitig beeinflussen, entsteht ein Insti-

tut, in dem grenzüberschreitende Forschungsprojekte durchgeführt werden. Prof. Gerhard Besier bekräftigte bei dieser Gelegenheit die Absicht, durch die Eröffnung einer Außenstelle des Hannah-Arendt-Instituts im Europäischen Forschungszentrum Schloss Fürstenstein einen Beitrag zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit und zur Intensivierung der deutsch-polnischen Beziehungen zu leisten.

Katarzyna Stokłosa

Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich

Dresden, 9. – 11. September 2004

Extremistische Parteien konnten in den letzten Jahrzehnten auch in alteingesessenen demokratischen Verfassungsstaaten Wahlerfolge verbuchen. In neu gegründeten Demokratien stellt ihr zum Teil beträchtlicher Einfluss – wie die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vom September 2004 gezeigt haben – vielfach ein Indiz für eine unzureichende Konsolidierung des politischen Systems dar. Solcher aktuellen Ereignisse bedarf es indes nicht, um sich eingehend mit Extremismen in demokratischen Verfassungsstaaten zu beschäftigen, ist die Verankerung freiheitlich-demokratischer Wertorientierungen und Verhaltensformen in offenen Gesellschaften doch kein unverlierbarer Besitz, sondern ein stets neu anzueignendes Gut.

Nach zwei Konferenzen des Hannah-Arendt-Instituts, die sich in Folge mit der Entwicklung kommunistischer und rechtsextremer Ideologien auseinandergesetzt hatten, galt die in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Lehrstuhl Politische Systeme/Politische Institutionen der TU Chemnitz und der Ad hoc-Gruppe Politischer Extremismus der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft organisierte Tagung dem systematischen Vergleich extremistischer Ideologien, ungeachtet ihres divergierenden, vielfach gegensätzlichen Inhalts. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf strukturelle Gemeinsamkeiten, ideologische Innovationsbemühungen und neue programmatische Synthesen gelegt.

Uwe Backes (Dresden) eröffnete die Veranstaltung mit einem Beitrag zur Begriffsgeschichte und den begrifflich-systematischen Grundlagen des politischen Extremismus. Er zog eine geistesgeschichtliche Verbindungslinie von der aristotelischen Mischverfassungslehre zum liberalen Verfassungsprogramm mit der Unterscheidung einer Mäßigung verbürgenden Mitte von den freiheitsbedrohenden Extremen der „Rechten“ und „Linken“. Angesichts des Aufstiegs neuer totalitärer Bewegungen sei das Extremismuskonzept von Anhängern des liberal-demokratischen Systems wie dem italienischen Antifaschisten Luigi Sturzo und dem deutschen Staatsrechtslehrer Karl Loewenstein entfaltet und nach dem Zweiten Weltkrieg von amerikanischen Soziologen wie Edward Shils und Seymour M. Lipset analytisch weiterentwickelt worden. „Extremismus“ firmierte als Antithese der pluralistischen Demokratie. In den sechziger Jahren fand das Konzept Eingang in die neu entstehenden deutschen Sozialwissenschaften, die sich der Thematik angesichts der Renaissance des Marxismus/Anarchismus (Neue Linke) und des Ultrationalismus (NPD) annahmen.

Nicht der Begriff „Extremismus“, sondern „Populismus“ stand im Mittelpunkt des Referats von *Florian Hartleb* (Passau). Populismus könne, müsse aber nicht extremistisch sein. Als Definitionsmerkmal nannte er die Antiposition zum politischen „Establishment“, das Besetzen mobilisierungsfähiger Themen und deren Simplifizierung, den Transport von Mitleids- und Solidaritätseffekten mit den Methoden der modernen Mediendemokratie und das Bedienen von Anti-Parteien-Affekten. Die häufig zu beobachtende Labilität populistischer Formatio-



Vortrag von Dr. Viola Neu auf der Tagung: Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich

nen führte Hartleb auf die Schlüsselstellung charismatischer Führer zurück. Fielen diese aus, drohe der Kollaps.

Populismen sind auch in den neuen Demokratien Ostmitteleuropas keine Seltenheit. *Tom Thieme* (Chemnitz) führte in seinem Modell zur ideologisch-programmatischen Einordnung der dortigen extremistischen Parteien einen von Michael Minkenberg und Timm Beichelt entwickelten Ansatz fort, der die Auswirkungen von Modernisierungs- und Transformationsprozessen als Schwerpunkte behandelt. Als historische Bestimmungsfaktoren nannte er die jeweiligen Nationalismustraditionen sowie das Erbe des Realsozialismus. Als aktuelle Einflussgrößen unterschied er kulturelle, politische, soziale und wirtschaftliche Transformationsvariablen sowie die Auswirkungen der Globalisierung. Nach Thieme sind in den von ihm untersuchten Staaten Polen, Tschechien und Ungarn kaum reine Formen von Links- und Rechtsextremismus zu finden. Statt dessen durchmischten sich klassische „rechte“ und „linke“ Elemente. Gerade die erfolgreichen Formen seien durch eine ideologische Mixtur gekennzeichnet. Tendenziell linksextreme Parteien reicherten ihre Programmatik mit nationalistischen Ideologemen an, tendenziell rechtsextreme mit sozialistisch-antikapitalistischen. Eine „radikal antidemokratische Politik“ sei durch die Vergangenheit delegitimiert, doch dienten deren angebliche „positive Seiten“ als Anknüpfungspunkte simplifizierend-populistischer Politikangebote.

Neue ideologische Fusionen im postsowjetischen russischen Antidemokratismus standen im Mittelpunkt des Vortrags von *Andreas Umland* (Oxford). Die Russische Nationale Einheit (RNE) stufte er als „mimetischen Faschismus“ ein, da sie lediglich Formen und Symbole der NSDAP und des italienischen Faschismus imitiere. Dagegen handle es sich bei der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) insofern um ein Eigengewächs, als diese ein im russischen nationalistischen Denken wiederkehrendes Muster propagiere: den sogenannten „Gang nach Süden“ beziehungsweise „Osten“. Das Ziel besteht in der Reinigung und Verjüngung Russlands mittels Expansion: Innenpolitische Probleme sollen durch außenpolitische Anstrengungen bewältigt werden. Der Führer der LDPR, Žirinovskij, träume von der Annexion der Türkei und Afghanistans. Umland ordnete diese und andere Parteien in ein Koordinatensystem mit den bipolaren Achsen Revolution/Restauration und Egalitarismus/Antiegalitarismus ein. Für Diskussionsstoff sorgte die Tatsache, dass die russischen Kommunisten auf diese Weise in erheblichem Umfang zu „Rechtsextremisten“

mutierten und man „Restauration“ sowohl auf den Realsozialismus als auch auf das Zarenreich beziehen kann.

Viola Neu (Berlin) stellte eine Extremismus-Skala vor, mittels derer bei Extremismen unterschiedlichster Couleur verbreitete Einstellungen und Denkweisen ermittelt werden können. Deren Items wurden in mehreren aufwändigen Befragungen der Konrad-Adenauer-Stiftung getestet und erwiesen sich als valide. Demnach sind Elitenkritik und Verschwörungstheorien in der Gesellschaft weit verbreitet. Als harte Extremisten im Sinne der Skala erwies sich jedoch nur ein kleiner Prozentsatz. Dies entspreche der Normalität vieler Demokratien. Zudem zeige sich, dass diese Personengruppe nicht automatisch extremistische Parteien bevorzuge, sondern auch demokratischen Parteien ihre Stimme gebe. Indes ist fraglich, in welchem Maße sich die bekundete Wahlabsicht mit der tatsächlichen Stimmabgabe deckt.

Patrick Moreau (Paris) und *Eva Steinborn* (Dresden) beleuchteten gemeinsam aktuelle Tendenzen radikaler Globalisierungskritik weltweit. Während Moreau die international nur schwer zu überschauende globalisierungskritische Szene mittels der Internetpräsentationen besonders aktiver Gruppierungen veranschaulichte, setzte sich Steinborn mit Schriften (z. B. „Empire“ von Hardt/Negri) auseinander, die in der Szene Kultstatus genießen. Beide Referenten betonten die Buntscheckigkeit globalisierungskritischer Netzwerke, zeigten aber auch die Bedeutung linksextremer und zum Teil linksterroristischer Einflüsse auf.

Einen breiten Überblick zur Entwicklung des politischen Extremismus in Westeuropa vermittelte das Referat *Cas Mudde* (Antwerpen). Er schlug vor, zwischen Radikalismus und Extremismus terminologisch zu unterscheiden. Als extremistisch könnten jene Organisationen gelten, die antidemokratisch im Sinne der Ablehnung des Prinzips der Volkssouveränität seien. Mit dem Attribut „radikal“ hingegen ließen sich antiliberalen Konzepte im Sinne der Negation des Pluralismus und gewaltkontrollierender Institutionen erfassen. So könne etwa zwischen rechtsextremen Parteien, die diese Institutionen unangestastet ließen, aber antidemokratisch seien, und rechtsradikalen Formationen unterschieden werden, die das liberale Verfassungsprogramm ablehnten, aber „Demokratie“ im Sinne des Prinzips „one man, one vote“ akzeptierten. Für den linken Flügel des politischen Spektrums nahm Mudde zusätzlich Differenzierungen nach der Art vor, wie kommunistische Parteien in Europa mit der 1989 erfahrenen Krise des Kommunismus umgehen: Entweder erlebten sie erstens einen Wandel hin zu einer demokratisch-sozialistischen oder zweitens einer sozial-

demokratischen Partei. Drittens gaben einige ihre unabhängige Existenz auf und wurden Teil einer neuen Partei, wie das Eingliedern der niederländischen Kommunisten in die Partei der Grünen Linken zeige. Viertens schließlich ließen sich Parteien unterscheiden, die dem kommunistischen Lager ungebrochene Loyalität bekundeten. Linksradikale Parteien, die den Sozialismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf demokratische Weise verwirklicht sehen wollten und mit Anti-Establishment-Slogans (Stimme dagegen!) und populistischen Weltbildern aufwarteten, seien weit erfolgreicher als linksextremistische Parteien.

Armin Pfahl-Traugher (Brühl) fragte nach ideologischen Schnittmengen zwischen rechtsextremen, linksextremen und islamistischen Akteuren in Deutschland. Über denstrukturelle Gemeinsamkeiten hinaus sah er vor allem im Antiamerikanismus und Antizionismus programmatische Überschneidungen. Da diese jedoch aus unterschiedlichen Geschichtsbildern und Wirklichkeitsperzeptionen resultierten, seien sie wohl kaum dazu angetan, neue dauerhafte Allianzen zu begründen. Zu dem von manchen Journalisten beschworenen Zusammenwirken von Islamisten und Rechtsextremisten könne es schon deswegen nicht kommen, weil säkularer Nationalismus und religiöser Fundamentalismus unvereinbar seien und wechselseitige Feindbilder begründeten.

Mit den ideologischen Grundlagen des Islamismus/Djihadismus setzte sich *Herbert Müller* (Stuttgart) auseinander. Im Zentrum des Vortrags stand das politische Denken des Begründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Banna. Einige seiner Schriften genießen bis heute bei Islamisten kanonische Geltung. Ein politisches Konzept, das das Leben der Bürger in allen Sphären nach den Regeln religiöser Gesetze gestalten wolle und keine weltanschauliche Neutralität des Staates kenne, weise unübersehbar totalitäre Züge auf.

Der islamistische Terrorismus hat eine internationale Debatte um einen „neuen“, eine Höchstzahl an Opfern in Kauf nehmenden Terrorismus ausgelöst. *Monika Prützel-Thomas* (Cambridge) begegnete solchen Etikettierungen in ihrem Vortrag mit Skepsis. Bei der Sichtung der Argumente hob sie eher das Verbindende als das Trennende gegenüber herkömmlichen Formen hervor. Dabei ließ sie die Entwicklung des Djihadismus seit der Islamischen Revolution 1979 im Iran und dem Afghanistan-Krieg Revue passieren. Sowohl den unerschütterlichen Glauben an ein heilbringendes Utopia als auch die Bereitschaft zu dessen notfalls gewaltsamer Verbreitung hätten Männer wie Osama bin Laden mit vielen anderen Terroristen gemeinsam. Auch dass ethnische Konflikte

in anderen Ländern oft als Anknüpfungspunkt für das Streben nach Etablierung der religiösen Heilslehre dienten, sei nicht neu. Höhere Bedeutung als der Frage nach dem ideologischen Hintergrund komme derjenigen nach den Waffen zu, über die Terroristen verfügten. Seit einigen Jahren wachse die Gefahr, dass Terrorgruppen in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln gelangten.

Die Tagung schloss mit dem Referat *Johannes Urbans* (Chemnitz). Er nahm die aktuelle Terrorismusdebatte zum Anlass, um eine umfassende Systematik der Terrorismusbekämpfung zu entwickeln. Da Deutschland im Unterschied zu den USA, Frankreich und Spanien bislang nicht zur Zielscheibe islamistischer Terroristen geworden sei, werde die hiesige Diskussion um Möglichkeiten wirksamer Gegenwehr nicht nachdrücklich genug geführt. In seinem Ziele-Strategien-Modell suchte Urban sowohl der Vielfalt der Ansatzpunkte von Terrorismusbekämpfung als auch den bei der Analyse zu beachtenden logischen Ebenen Rechnung zu tragen. Auf diese Weise sei es möglich, potentielle Maßnahmen in den jeweiligen strategischen Kontext einzuordnen und ihre Effektivität mit Blick auf die Erreichung bestimmter Ziele der Terrorismusbekämpfung zu evaluieren.

Claudia Günther

Konferenz und Hannah-Arendt-Forum: Pluralismus, Fundamentalismus und die Freiheit der Religion. Über Formen bürgerlicher Koexistenz im kulturellen Dissens
Dresden, 30. September–3. Oktober 2004

In der Zeit vom 30. September bis zum 3. Oktober konferierten auf Einladung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung zwanzig international renommierte Referenten und weitere interessierte Fachwissenschaftler in Dresden, um sich zum Thema *Pluralismus, Fundamentalismus und die Freiheit der Religion* auszutauschen. Die von *Hermann Lübke*, Professor für Philosophie und Politische Theorie an der Universität Zürich, und Professor *Gerhard Besier*, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts, gemeinsam veranstaltete Tagung widmete sich dem interdisziplinären Diskurs *über Formen bürgerlicher Koexistenz im kulturellen Dissens* – wie der Untertitel der Konferenz lautete. Das diesjährige Hannah-Arendt-Forum war in Gestalt eines abendlichen Vortrages zum Gesamtthema, den Hermann Lübke bestritt, in die Veranstaltung integriert. Sowohl Gerhard Besier, der die Konferenz eröffnete, als auch *Monika Medick-Krakau*, Prorektorin der Technischen Universität Dresden, die ein Grußwort anlässlich des Forums

sprach, betonten die gesellschaftliche Relevanz und Aktualität des Themas. Besier verwies auf die Bedeutung, die der Religion in der Deutung der Gesamtwirklichkeit zukomme. Religion träte allerdings zunehmend in verschiedenen Erscheinungsformen zutage. Es könne durchaus von einer Renaissance der Religion gesprochen werden. Die Ursache dieses Wiederauflebens sei die Unersetzlichkeit religiöser Funktionen bei gleichzeitiger Pluralisierung der Gesellschaft. Den in den Verfassungen verankerten Freiheitsrechten komme immer stärkere Bedeutung zu. Medick-Krakau bezog sich in ihrer Grußadresse auf den Untertitel der Veranstaltung. Sie erinnerte zudem daran, dass die Differenzierung zwischen öffentlichem und privatem Bereich, die der Religion erlaube, mit der Moderne zu koexistieren, historisch relativ neu sei. Der Fundamentalismus verkörpere einen Angriff auf die Moderne, bediene sich jedoch zur Durchsetzung seiner Ziele ihrer Techniken. Differenzierte religionswissenschaftliche und -historische, theologische, politikwissenschaftliche, religionssoziologische, philosophische, juristische und islamwissenschaftliche Zugänge zur Thematik wurden von den Teilnehmern gesucht und in der Diskussion ertragbringend miteinander verknüpft. Aus reisepraktischen Gründen fand die Zusammenkunft am ersten und letzten Tag im Treff-Hotel, an den beiden anderen Tagen in einem für die Thematik durchaus symbolträchtigen Ort, dem Dresdner Rathaus, statt. Ein kulturelles Rahmenprogramm rundete die, wie die Teilnehmer bekundeten, gelungene Konferenz ab.

Gastgeber Professor *Hermann Lübke* wies in seinem Beitrag im Rahmen des Hannah-Arendt-Forums darauf hin, dass sich die freie Welt selbst gefährde, wenn sie sich auf modernitätsgefährdende Kräfte einlasse. Staatlich aufgezwungene Aufklärung im Kantschen Sinne könne in diesem Zusammenhang nicht der richtige Weg der Auseinandersetzung sein. Lübke trug mit Verve ein „Plädoyer gegen jegliche Diskursromantik“ im Hinblick auf religiösen Fundamentalismus vor. Religiöser Fundamentalismus stelle ein Phänomen der Überkompensation eines verletzten Selbstwertgefühls dar. Eine Ordnung der Koexistenz habe die gegenseitige Anerkennung von anderen Weltzugängen und die demokratische Selbstbestimmung des Gemeinwesens zur unabdingbaren Voraussetzung.

In zeithistorischer Perspektive wurde nach der Funktion von Religion in den autoritären und totalitären Diktaturen Europas einerseits und in den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits gefragt.

Klaus-Georg Riegel, Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Universität Trier, stellte den Marxismus-Leninismus



Prof. Dr. Monika Medick-Krakau, Prorektorin der TU Dresden

als politische Religion heraus. Verschiedene Merkmale seien für die politische Religion der „leninistischen Anstaltskirche“ kennzeichnend: eine universelle und innerweltliche Erlösungsdoktrin, die Durchführung eines gigantischen Experiments revolutionärer Politik, die Ausrichtung auf einen Führer als Spitze der Moralelite, der exklusive Anspruch auf Identifikation mit dem System und eine weit verbreitete Vernichtungsmetaphorik. Diese Kennzeichen äußerten sich vor allem in der Semantik und in Form von Ritualen. Riegel belegte seine These mit zahlreichen Beispielen aus Literatur- und Sachquellen.

Claus-Ekkehard Bärsch, Düsseldorf, sprach über das Thema seines Buches ‚Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler‘ und plädierte für die Einführung einer Religionspolitologie. Er ergänzte seinen Überblick mit einigen Überlegungen zu dem „religiös-deutschen Tabu“-Begriff „Volksgemeinschaft“, der während des Nationalsozialismus vom Volk selbst ausgefüllt worden sei. Im Topos „Drittes Reich“ sah Bärsch den Versuch, den trinitarischen Aspekt des Geistes auf die Ebene des Volkes zu verlegen, der sich aus der Rezeption mystischen Gedankengutes herleite. In diesem Zusammenhang sei auch die nationalsozialisti-



Prof. Gilbert Merlio, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Hannah-Arendt-Instituts

sche Auffassung von „Rasse“ zu nennen. Die Begriffsvorstellung wurzele in mystischer Tradition und sei als Erscheinungsbild der „Volksseele“ verstanden worden.

Gilbert Merlio, Professor für Germanistik an der Sorbonne in Paris, berichtete in einem fundierten Vortrag von der Konfrontation der französischen Kultur mit totalitären Ideologien in den 20er bis 40er Jahren und der Rolle, die dem Laizismus und der Religion dabei zukam. Die Frage danach, ob es einen genuin französischen Faschismus gegeben habe, beantwortete er mit einem eindeutigen Ja. Konjunkturelle und strukturelle Gründe seien dafür verantwortlich gewesen, dass dieser die Macht vor dem Krieg nicht erlangen konnte. Ein fundamentalistischer Katholizismus sei wesentlicher Bestandteil der Entwicklungen gewesen, doch sei die Trennung von Kirche und Staat, die durch den Schutzwall des Laizismus verbürgt worden sei, nie ernsthaft in Frage gestellt worden. In Frankreich habe nicht ein messianischer Totalitarismus, sondern ein rückwärtsgewandter Traditionalismus vorgeherrscht.

Gerhard Besier stellte Erkenntnisse seiner neuesten Forschungsarbeit zur berufsständischen Ordnung in Verbindung mit autoritären Diktaturen zur Diskussion. In seinem Referat behandelte er Ansätze zur Herausbildung einer „klassenfreien“ katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Der politische Katholizismus sei eine vitale Kraft gewesen,

die sich einerseits in der katholischen Parteibildung, andererseits aber auch in antidemokratisch-rechtsautoritären Tendenzen entladen habe. Unter Berufung auf das Gedankenmodell des dritten Weges favorisierte Rom eine gegenaufklärerisch gewendete absolute Monarchie des christlichen Glaubens, die sich in einer klassenfreien, berufsständisch organisierten Gesellschaftsordnung niederschlagen sollte. Dieser ideale katholische Ständestaat leitete seine autokratischen Tendenzen von der Vorstellung der Königsherrschaft Christi ab. Die gegen die Moderne gerichtete Abwehrbewegung wurde – allerdings nur aus zweiter Hand belegt – seitens des Vatikans als „katholischer Totalitarismus“ bezeichnet. Errichtung einer mittelalterlichen Christianitas mit modernen Mitteln war das Programm des auf Ordnung, Ruhe und Gehorsam ausgerichteten katholischen Ständestaats, dessen Begründung sich aus dem universellen Anspruch des Katholizismus herleitete. Österreich ist ein Beispiel für die geschichtswirksame Rezeption dieser Ideen und die Restaurationsbewegung katholischer Staaten in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Auch Portugal gab sich während des Salazarismus im sogenannten Estado Novo eine berufsständisch verfasste Ordnung.

Aus zeitgenössischer Perspektive wurde die Rolle der Religion in den USA und in der EU behandelt. Im europäischen Rahmen fanden Frankreich und Deutschland besondere Beachtung.

Markus Vinzent, H. G. Wood Professor of Theology an der Universität Birmingham, der für einen ausgeweiteten Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eintrat, stellte Ergebnisse seiner breit angelegten empirischen Studie vor, die der Frage der multikulturellen europäischen Identität und ihrer Nicht-Vermittlung im Schulunterricht von acht europäischen Ländern (Italien, Spanien, Großbritannien, Schweden, Deutschland, Finnland, Griechenland und Frankreich) nachging. Aus der Analyse von Lehrplänen und Schulbüchern der Fächer Religionskunde, Geschichte sowie Sprache und Literatur leitete Vinzent Trends ab, die in der europaweiten Neuformulierung von Lehrplänen Berücksichtigung finden sollen. Allgemein herrsche eine geringe Reflexionsstufe gegenüber pluraler Kultur vor. Auch zeichne sich eine Umkehrung des ansonsten häufig vorhandenen Nord-Süd-Gefälles ab.

Der Soziologe *Michael Zöller*, Universität Bayreuth, verwendete den plakativen Vergleich Religion als Wettbewerb, um die religiöse Kultur der USA zu umschreiben. In seinen Studien traf der Referent auf eine nichtsäkularisierte Religionskultur in den Vereinigten Staaten. Er zeichnete zunächst die allmähliche Entwicklung zu einer



Prof. Hermann Lübke auf dem Hannah-Arendt-Forum 2004

religiösen Gesellschaft nach. Der institutionalisierte religiöse Wettbewerb finde sich verstärkt innerhalb des protestantischen Spektrums, wo die Integrations- und Akkreditierungsfunktion religiöser Zugehörigkeit besonders ausgeprägt sei und es je nach Konjunktur zum Austausch von Marktanteilen komme. Die amerikanische Entwicklung sei kein Sonderweg, sondern Vorreiter des Zeitgeistes.

Derek Davis, Direktor des J. M. Dawson Institute of Church-State Studies in Waco (Texas), erläuterte die Vielschichtigkeit von Religion und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika anhand der Begriffe Trennung, Integration und Akkommodation. Angereichert mit zahlreichen Beispielen höchst richtiger Entscheidungen wurde nahegelegt, dass das amerikanische System als ein drei voneinander unterschiedene, aber miteinander verbundene Regeln umfassendes Gefüge verstanden werden muss: Trennung von Kirche und Staat, Integration von Religion und Politik und Akkommodation der Zivilreligion. Alle Regeln, Gewohnheiten und Praktiken, die das einzigartige Verhältnis von Religion und Staat in den USA konturieren, können vorrangig, wenn auch nicht immer ausschließlich, einer dieser drei von Davis vorgeschlagenen Kategorien zugeordnet werden.

Manfred Brocker aus Köln, Otto von Freising-Gastprofessor der Universität Eichstätt, referierte über europäische Missverständnisse angesichts der öffentlichen Präsenz von Religion in den USA. Mit zahlreichen Zitaten, die vor allem dem deutschen protestantischen Spektrum entstammten, belegte er die in diesem Milieu vorrangige Interpretation, der Irakkrieg sei religiös motiviert. Dem stellte er Ausschnitte von politischen Reden aus den Vereinigten Staaten entgegen. Seine These lautete, dass besonders die Republikaner sich aus wahlstrategischen Überlegungen bestimmter evangelikaler Schlüsselwörter bedienen, um Wähler des religiösen Lagers an sich zu binden. Durch das Abrufen zivilreligiöser Bestände käme es zur beabsichtigten Mobilisierung evangelikaler Kreise, die wahlentscheidend werden könne.

Bassam Tibi, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der Universität Göttingen, Islamologe an der Universität St. Gallen und Forschungs-Professor an der Harvard University, bezog zu einer höchst aktuellen Problematik Stellung. Er versuchte, die Türkei zwischen Europa, verstanden im Sinne des vielbeschworenen christlichen Abendlandes, und Islamismus zu verorten. Der ausgewiesene Islamexperte machte einen erheblichen Verwestlichungsbedarf der bisher noch nicht über



Prof. Bassam Tibi (rechts), links Dr. Lothar Fritze (HAIT)

ihre Identität übereingekommenen Türkei aus. Nicht die Kopenhagener Kriterien, sondern der Grad der Europäisierung solle daher als Aufnahmemaßstab für einen EU-Beitritt herangezogen werden. Infolge seines persönlichen Erfahrungshintergrundes plädierte er für das Modell einer privilegierten Partnerschaft.

Hermann Weber, Professor für öffentliches Recht in Frankfurt, schilderte das deutsche „Kooperationsmodell“ von Staat und Amtskirchen in seinen Auswirkungen auf religiöse Pluralität und gelebte Religionsfreiheit. Der Verfassungswortlaut biete keinen Anhaltspunkt für ein Staatskirchenrecht. Nur Religionsfreiheit und religiöse Vereinigungsfreiheit seien gewährleistet. Der Kooperationsstatus besitze Vorteilscharakter und stelle „im internationalen Vergleich ein ziemlich singuläres Modell“ dar, das religiöse Minderheiten tendenziell in ihrer Religionsfreiheit beeinträchtige. Dies werde besonders deutlich in der Monopolisierung der Sektenpolitik durch die Amtskirchen, weshalb Weber die Überprüfung und Beseitigung dieser Praxis vorschlug. Durch einen Übergang von einem Staatskirchenrecht zu einem noch zu entwickelnden Religionsverfassungsrecht möchte der Jurist vom Prinzip der Bevorzugung zum Prinzip der Eingliederung überwechseln.

Der Rechtswissenschaftler *Hans Michael Heinig*, Universität Heidelberg, informierte die Konferenzteilnehmer über die „Untiefen und Tiefen der Verfassungsexegese“. Sein Vortrag widmete sich dem deutschen und europäischen Religionsrecht zwischen der Sicherung freiheitlicher Vielfalt und der Abwehr fundamentalistischer Bedrohung. Der Strukturwandel der Religion in der Spätmoderne müsse in der Verfassung zu einem normativen Pluralismusgebot führen. Ein exklusives Vorrangsrecht für christliche Kirchen betrachtete er daher als

überholt. Heinig betonte den Ambivalenzcharakter von Religion, der sich in deren gleichzeitiger sozialkonstruktiver und -destruktiver Wirkung bemerkbar mache. Was unter Religion zu verstehen sei, könne nur der Grundrechtsnehmer selbst entscheiden. Um jedoch die Grundrechte Dritter zu schützen sei ein Paradigmenwechsel hin zum Gefahrenabwehrrecht nötig. Dies sei zum Teil auch schon in ersten Tendenzen greifbar.

Alois Müller, Philosophieprofessor aus Zürich, verglich die Zivilreligion in Amerika mit derjenigen in Europa. Trotz ihres amphibischen Charakters besitze Zivilreligion vier Qualitäten. Sie sei ein religiöses Recht, verkörpere höchste Werte, diene als transkonfessioneller Brückenschlag und sei eine Bürgerreligion. In Anlehnung an Robert N. Bellah argumentierte Müller, dass Zivilreligion die Reaktion auf eine Bewährungszeit sei. Nach dem 11. September befinde sich die westliche Welt, so seine These, in einer vierten Bewährungszeit. Zivilreligion, die die politischen Verpflichtungen einer Bürgerschaft bündele, sei keinesfalls pazifistisch, sie berge vielmehr die Möglichkeit der moralischen Begründung von Kriegsführung in sich. In der NATO erblickte Müller den Ansatz einer atlantischen Zivilreligion, die auf der Erinnerung an den Holocaust gründe. Zivilreligion als Bürgerreligion sei ein überdenkenswertes Modell für die Europäische Union.

Der Religionssoziologe *Jean-Paul Willaime*, Paris, trug zur Klärung der Begriffe Laizismus und Laizität bei, die nicht äquivalent zu verstehen seien. Die sogenannte „französische Leidenschaft“ wirke sich auf das ostentative Bezeugen von Religionszugehörigkeit aus und führe vor allem im schulischen Umfeld zu kontroversen Situationen. Auch gebe es vorrangig in Finanzierungsfragen eine schleichende Tendenz zur Durchbrechung des Laizitätsgebotes. Die kämpferische Dimension des Laizismus trage dazu bei, dass sich Frankreich zunehmend von einer Integrations- zu einer Ausschlussgesellschaft entwickle und die in der Praxis angewendete Laizität den „Kult der Einheit der Nation“ gefährde.

Dr. *Jerzy Tutaj*, Kooperationspartner des Hannah-Arendt-Instituts und Soziologe an der Universität Wałbrzych (Polen), gab einen empirisch untermauerten Einblick in Religion und Religiosität der Polen vor und nach der politischen Wende. Zu Ostblockzeiten existierte eine „einseitige Trennung“, bei der staatliche Eingriffe in kirchliche Angelegenheiten an der Tagesordnung waren. Die Systemtransformation führte zu einer Pluralisierung, funktionellen Differenzierung und Individualisierung. Der Marxismus begünstigte die formelle Religiosität, wohingegen die subjektive Religiosität nach den

politischen Umbrüchen stark zugenommen hat. Bereits in den 1980er Jahren setzte ein Prozess der Entkirchlichung mit Mitglieder- und Zustimmungsverlusten für die katholische Kirche ein. Auf politischer Ebene sei es zu einem Bruch im Verhältnis von Kirche und Staat gekommen, da die Kirche als juristische Person anerkannt wurde und die diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan wieder aufgenommen wurden. Die bisherige Konfrontation Polens mit der Modernität ließe sich in Bezug auf Religion und Religiosität als Epoche historischer Hoffnungen und großer Enttäuschungen beschreiben.

In systematischer Perspektive konnte Wesentliches zur inhaltlichen Klärung der Vieldeutigkeit von Freiheit, Pluralismus und Fundamentalismus beigetragen werden.

Der Philosoph *Herbert Schnädelbach* fragte, ob monotheistische Offenbarungsreligionen als Quellen von Intoleranz und Gewalt angesehen werden können. In Bezugnahme auf Jan Assmanns Arbeiten verwies er auf den Status der Sekundarität des Monotheismus und den damit verbundenen Zwang zur internen als auch externen Grenzziehung. Einen Differenzierungsvorschlag bot er, indem er nicht ausschließlich von der irreführenden Scheidung zwischen wahr und falsch im Zusammenhang mosaischer Religion sprechen mochte, sondern vorschlug, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden. Auf kognitiver Ebene entspreche dem die Unterscheidung von wahr und irrig. Zur Beantwortung der gestellten Frage hob Schnädelbach hervor, dass es schwer möglich sei, Ursachen für den Gewaltcharakter der Religionen zu ergründen. Er behalf sich deshalb damit, politische, soziale und psychologische Funktionen zu benennen. Insbesondere die Verknüpfung von Wahrheit mit Macht führe zu Gewalt.

Charles H. Lippy, Experte für religiösen Pluralismus von der University of Tennessee in Chattanooga, schilderte in seinem aufschlussreichen Vortrag „Pluralism Comes of Age“ Probleme aus US-amerikanischer Sicht. Ausgehend von zwei feststehenden Wendungen, zum ersten, dass die USA eine christliche Nation seien, und zum zweiten, dass es ein neues religiöses Amerika gäbe, stellte er diesen Aussagen den empirischen Befund eines ständig wachsenden religiösen Pluralismus gegenüber. Im Nachvollzug der historischen Entwicklung, die die USA zum Zufluchtsort für verschiedenste religiöse Gruppierungen werden ließ, habe sich ein „symphonischer Pluralismus“ herausgebildet, der einen expansiven Charakter in sich trage. Im Zuge der radikalen Individualisierung sei es zu einer Parallelentwicklung im Bereich des Pluralismus gekommen, die es durch individu-

elles Design einer „Supermarktreigion“ potentiell erlaube, dass so viele Religionen wie Individuen bestünden.

Der Islamwissenschaftler *Tilman Seidensticker* von der Universität Jena ging der Frage nach, wie stichhaltig religiöse Begründungen des Terrors durch Islamisten sind. Am Beispiel der Begründung der Polygamie aus dem Koran verwies Seidensticker auf die Suggestivität von aus dem Zusammenhang gerissenen Interpretationen. Der Begriff Dschihad sei nicht mit Terror identisch, da er sich ursprünglich nur auf den militärischen Aspekt beziehen habe. Die Ausweitung des Dschihad auf die Zivilbevölkerung werde beispielsweise durch das Argument betrieben, Bürger finanzierten mit ihren Steuern das Militär. Der offensive Charakter des Dschihad komme jedoch erst zum Tragen, seitdem eine Perspektive auf Durchsetzbarkeit gegeben sei. Es herrsche eine negative Einschätzung der eigenen religiösen, politischen und sozialen Lage vor. Auch habe der Islam noch keine negativen historischen Erfahrungen mit der Verquickung von Religion und Macht gemacht.

Der Religionswissenschaftler *Joachim Süss*, Kultusministerium des Freistaates Thüringen, berichtete aus seiner Erfahrung über das Verhältnis von neureligiösen Bewegungen zum staatlichen Handeln. Seine Erwägungen zur Standortbestimmung öffentlich-rechtlicher Weltanschauungsarbeit gingen von der gesellschaftlichen Tatsache eines religiösen Pluralismus aus. Süss befand, der öffentliche Umgang mit der religiösen Pluralität sei nicht angemessen. Es müsse daher ein gesamtgesellschaftlicher Lernprozess initiiert werden. Ein überzogener Aktionismus in Form von Spiegelfechtereien konzentriere sich auf die massenmedial reproduzierten Deformationen und Beschädigungen innerhalb des Pluralismus und gebe ein falsches Bild wieder. Der einseitige Fokus auf Prävention sei fatal. Thüringen habe diesen deshalb wegen des Minderheitenschutzes aufgehoben und in den Lehrplänen eine Anbindung der jeweiligen religiösen Splittergruppen an ihre Mutterreligion vorgesehen. Auch gebe es seit kurzem die Möglichkeit zur professionellen Mediation religiöser Konflikte zwischen Eltern, Lehrern und Schülern.

Jürgen Kühling, Jurist und ehemaliger Bundesverfassungsrichter, versuchte abzuwägen, wie viel Religion eine offene Gesellschaft verträgt. Den Maßstab für die Verträglichkeit der Religion erblickte er in der durch die Verfassung gewährleisteten Grundordnung. Amtskirchliche Eingriffe in Freiheitsrechte, die beispielsweise durch das in Art. 140 GG verankerte Selbstverwaltungsrecht gedeckt werden und sich im Arbeitsrecht niederschlagen, seien höchst problematisch und bildeten letzte

Nachhutgefechte des kirchlichen Universalitätsanspruches. Der Staat verstoße gegen das Neutralitätsgebot, wenn er, wie zum Teil in den gesetzlichen Regelungen zum Kopftuchstreit geschehen, ungleichgewichtige Gesetze erlasse und einzelne religiöse Gruppen bevorteile. Mit der empirisch nachweisbaren Abnahme der Mitgliederzahlen der Amtskirchen und der allerdings zeitlich verzögert damit einhergehenden Abschwächung des amtskirchlichen Einflusses komme es zwangsläufig zu einer höheren staatlichen Neutralität. Auch sei bereits in Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes eine abnehmende Kirchenfreundlichkeit zu erkennen.

Ein umfangreicher Sammelband, dessen Erscheinen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht für 2005 geplant ist, wird die Tagungsergebnisse dokumentieren.

Hans Jörg Schmidt

Linke Totalitarismuskritik. Erklärungsmodelle und Strategien – Eine deutsche Bilanz

Meißen, 9.–11. November 2004

Der Titel der gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung (Dresden), dem Hannah-Arendt-Institut und der Kurt-Schumacher-Gesellschaft veranstalteten Tagung sei, so *Mike Schmeitzner* in seinen einleitenden Worten, interpretationsbedürftig. Es gehe weniger um eine linke Kritik am Totalitarismusbegriff oder den Totalitarismustheorien als vielmehr um eine linke Kritik an totalitären Herrschaftssystemen und -ideologien. Entsprechende Diskurse, Modelle und Strategien sollten deshalb im Mittelpunkt der Tagung stehen. Zudem gelte es, mit der Legende aufzuräumen, wonach Totalitarismuskritik und -theorien erst im Zuge des Kalten Krieges von liberalen, christlichen Demokraten oder Konservativen ins Spiel gebracht worden seien. Die Tagung habe den Zweck, spezifisch linke Kritiken und Konzepte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zu thematisieren.

Im ersten Teil der Tagung – „Frühe Klärungsversuche (1918 bis 1933)“ – referierte *Jürgen Zarusky* (München) über Karl Kautskys sozialistische Bolschewismus- und Totalitarismuskritik. Kautsky hätte sich selbst, so Zarusky, nur bedingt als einen Totalitarismuskritiker bezeichnet. Man müsse ihn in dieser Hinsicht als „Grenzfall“ einordnen, da er, der seit 1918 seine grundsätzliche Kritik am bolschewistischen Staatsmodell äußerte, auch später nur vereinzelt vergleichende Aspekte einbezog. Kautsky habe am Bolschewismus die Übertragung des diktatorischen Parteimodells auf Staat und Gesellschaft kritisiert, in deren Gefolge sich der erste Einparteistaat

des 20. Jahrhunderts etablieren konnte. Sein entscheidendes Verdienst bestehe darin, die Scheidelinie Demokratie-Diktatur in der innersozialdemokratischen Diskussion markiert zu haben.

Für einen differenzierten, nüchternen und unvoreingenommenen Vergleich von Faschismus und Bolschewismus habe sich – so *Uli Schöler* (Berlin) – der deutsch-russische Menschewist und Theoretiker Alexander Schiffrin eingesetzt. Schöler machte in seinem Vortrag u. a. am Beispiel der wirtschaftlichen Verfasstheit von Faschismus und Bolschewismus deutlich, dass Schiffrin weniger abstrakt-theoretische als vielmehr spezifisch-praktische Unterschiede und/oder Gemeinsamkeiten in beiden Diktaturen aufzufindig machen wollte.

Stephan Albrecht (Hamburg) stellte Hermann Hellers „konzeptionelle Grundlegungen einer starken Demokratie“ vor. Für den Juristen Heller bestand ein unmittelbarer Konnex zwischen einer rechtsstaatlichen Ordnung und der Freiheit einer Person. Den Erfolg Mussolinis und der faschistischen Bewegung in Italien führte er auf das Versagen der parlamentarischen Demokratie zurück. Gleichzeitig übte Heller scharfe und prinzipielle Kritik am Marxismus, da diesem kein demokratisches Grundkonzept zugrunde liege. Heller habe für eine starke, autoritäre Demokratie plädiert, die drei Wesensmerkmale aufweisen solle: eine autoritäre Überordnung des Staates über Gesellschaft und Wirtschaft, eine demokratische Quelle der Autorität sowie bestimmte Grenzen des autoritären Staates. In diesem Zusammenhang verwies der Referent auf Hermann Brochs bisher kaum beachtete Konzeption einer „totalitären Demokratie“, die auf einem „Zentralgesetz zum Schutz für die Menschenwürde“ basieren solle, das Angriffe auf die Menschenwürde und auf die Grundrechte unter Strafe stellt.



Prof. Stephan Albrecht (Hamburg) beim Vortrag

Im letzten Beitrag des ersten Panels beschäftigte sich *Michael Rudloff* (Leipzig) ausführlich mit der unkonventionellen und am Rande der Sozialdemokratie verorteten Zeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus“, die 1930 bis 1933 von vornehmlich religiösen und ethischen Sozialisten herausgegeben wurde. Rudloff machte in seinen Ausführungen deutlich, dass dieses Periodikum durchaus kein Einfallstor für Ideologen der Konservativen Revolution darstellte, wie jüngst behauptet. Vielmehr habe sich die Zeitschrift als äußerst fruchtbare und vielfältigen politischen Strömungen offenstehende Plattform verstanden. Zu den Autoren zählten so unterschiedliche Linke wie Alfred Meusel, Carlo Mierendorf, Theodor Haubach, Hermann Heller und Eduard Heimann, wobei sich letztere bereits einigen vergleichenden Aspekten von Bolschewismus und Faschismus zuwandten.

Das zweite Panel der Tagung befasste sich mit den unterschiedlichen „Konzeptualisierungen im Exil (1933 bis 1945)“. In seinem Vortrag reflektierte zunächst *Rainer Behring* (Köln) Rudolf Hilferdings und Curt Geyers „Option für den Westen“. Er zeigte am Beispiel der beiden Sozialdemokraten, dass für kritische Zeitgenossen bereits unmittelbar nach 1933 ein kausaler Zusammenhang zwischen totalitärer Innen- und Außenpolitik deutlich wurde und ein extrem expansiver Charakter des Nationalsozialismus zu erwarten war. Darüber hinaus legte Behring dar, dass für Hilferding und Geyer nur demokratische Staaten strukturell friedensfähig waren und das Postulat der Freiheit das des Sozialismus in den Hintergrund rückte. *Gerhard Besiers* (Dresden) Ausführungen über „Eduard Heimann an der New School for Social Research“ bildeten insofern eine inhaltliche Weiterführung, als dieser religiöse Sozialist den marxistischen Sozialismus ebenfalls für überwunden erklärte, und er die drei Großtotalitarismen mit dem Erklärungsmodell der „Politischen Religion“ zu fassen suchte. In seinen Ende der 30er Jahre englischsprachig erschienenen Werken habe er wiederholt auf religiöse Züge totalitärer Herrschaftspraktiken hingewiesen.

Demgegenüber stellten *Mike Schmeitzner* (Dresden) und *Mario Kessler* (Potsdam) in ihren Referaten mit Otto Rühle und Arthur Rosenberg zwei Vertreter der radikalen Linken vor, die sich im mexikanischen bzw. amerikanischen Exil auf jeweils spezifische Weise dem Totalitarismusthema näherten. Während der profilierte Rätekommunist Rühle sein Augenmerk besonders nach Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 1939 auf vergleichende Aspekte von Bolschewismus, Nationalsozialismus und Faschismus legte, mochte sich der Historiker und frühere KPD-Funktionär Rosenberg nur kurzzeitig



Bundesminister a. D. Hans Apel, Mike Schmeitzner (HAIT) und Christoph Wielepp (FES)

– nämlich 1940/41 – totalitarismustheoretischen Ansätzen zuwenden. Rühle hingegen, der sich bereits früh als Rätekommunist mit dem leninschen Modell auseinandergesetzt hatte, entwickelte zu dieser Zeit einen eigenen Merkmalskatalog für alle drei Großtotalitarismen, indem er neben der Uniformität und dem Einparteiensystem vor allem auf deren staatskapitalistischen Charakter abhob. *Clemens Vollnhals* (Dresden) verwies in seinen Ausführungen über den früheren Reichsleiter der KPD-Hochschulgruppen, Franz Borkenau, auf einen dritten Vertreter der radikalen Linken, der sich im Exil und unter dem Eindruck des Spanischen Bürgerkrieges und des Hitler-Stalin-Paktes völlig von der marxistischen Weltanschauung löste und eine Hochschulkarriere im Westen einschlug. In seinen Werken über Wilfredo Pareto, den Spanischen Bürgerkrieg und den „Totalitären Feind“ habe Borkenau einerseits eine scharfzüngige Vergleichsanalyse vorgelegt, andererseits jedoch viele pseudowissenschaftliche und spekulative Thesen verbreitet.

Anders als die vorgestellten Vertreter der sozialdemokratischen und radikalen Linken hätten sich nach Auffas-

sung *Alfons Söllners* (Chemnitz) die Wortführer der Frankfurter Schule mit ihrer „monomanischen Fixierung“ auf den Faschismus und Nationalsozialismus vergleichenden Analysen weitestgehend entzogen. Trotz dieser Ausrichtung ließen sich freilich Begriffsbestimmungen wie „totalitär“ oder „Totalitarismus“ in ihren Schriften durchweg nachweisen. Söllner stützte sich in seinem Vortrag vor allem auf das 1942 erstmals veröffentlichte Werk „Behemoth“ von Franz Leopold Neumann, welches den totalitären Charakter des Nationalsozialismus untersuchte und Themen wie Rassismus, Ideologie und Polykratie in den Mittelpunkt rückte.

Das dritte Panel „Theorie und Praxis im Kalten Krieg“ thematisierte in den ersten drei Beiträgen praktische Politik und Konzeptionen der sozialdemokratischen Politiker Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Waldemar von Knoeringen. In seinem Vortrag über Schumacher untersuchte *Mike Schmeitzner* (Dresden) den Totalitarismusbegriff des SPD-Nachkriegsvorsitzenden, dessen politische Intention und praktische Wirksamkeit. Dabei kam er zu dem Schluss, dass Schumacher zwar bereits vor 1933 eine ausgeprägt antiextremistische Haltung eingenommen hatte, sich jedoch erst unter dem Eindruck der Zwangsvereinigung von 1946 dem Totalitarismusansatz begrifflich und inhaltlich näherte. Ohne die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinem Erbe zu vernachlässigen, habe sich Schumachers Politik insbesondere seit 1947 gegen den „östlichen Totalitarismus“ gewandt. *Siegfried Heimanns* (Berlin) Ausführungen über Reuter konzentrierten sich hingegen auf die Erwartungshaltungen dieses deutschen Emigranten. Dessen Hoffnung, nach Kriegsende mit dem NS-System radikal zu brechen, hätte sich angesichts des heraufziehenden Kalten Krieges nur bedingt erfüllt. In der Diskussion vertrat vor allem *Tilman Fichter* (Berlin) die Auffassung, dass sich die Berliner Bevölkerung nach Passivität und Unterwerfung im „Dritten Reich“ nun unter Reuters Führung erstmals für die eigene Freiheit engagiert habe. Am Beispiel von Knoerings versuchte *Jürgen Maruhn* (München) sodann ethisch wie anthropologisch untermauerte Abgrenzungsversuche der sozialen Demokratie gegenüber Moskau nachzuweisen.

Abgerundet wurde dieses Panel mit einem Vortrag von *Uwe Backes* (Dresden) über „sozialdemokratische Totalitarismusforscher und ihre politischen Wirkungen“. Entlang der Lebensläufe von Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal konnte Backes den sukzessiven Übergang von revolutionär-marxistischen zu antitotalitären Haltungen vom Ausgang der 1920er bis Anfang der 1950er Jahre aufzeigen. Während Fraenkel als ursprünglicher Linkssozialdemokrat im amerikanischen Exil den Wan-

del schneller vollzogen habe, sei der vormalige KPD-Hochschulaktivist Löwenthal erst über mehrere Stationen („Neu Beginnen“, Londoner Exil) an diesen Punkt gelangt. Ausdrücklich würdigte Backes in diesem Zusammenhang Löwenthals Werk „Jenseits des Kapitalismus“, welches zum einen 1947 einen demokratisch-sozialistischen Weg markierte, zum anderen aber auch die totalitären Gegner Sowjetkommunismus und Faschismus vergleichend beschrieb. Abschließend beschäftigte sich Backes mit Löwenthals Theorien einer „totalitären Revolution“.

Das vierte und letzte Panel setzte sich inhaltlich mit „der deutschen Linken und der Umwälzung von 1989“ sowie mit einigen ihrer konkreten Folgen auseinander. In dem von *Dieter Dowe* (Bonn) moderierten Panel widmete sich *Bernd Faulenbach* (Bochum) zunächst den antitotalitären Haltungen der demokratischen Linken am Ausgang der Weimarer Republik sowie im Kalten Krieg, um später die Politik der sozialliberalen Koalition und die der SPD im Verlauf der 1980er Jahre näher zu beleuchten. Dabei stellte er fest, dass die demokratische Linke in dieser späten Phase einerseits an Grundwerten wie Freiheit und Demokratie festgehalten, aber andererseits in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu defensiv agiert habe. Sie sei deshalb von der friedlichen Umwälzung in der DDR einigermaßen überrascht worden. In der anschließenden Diskussion übten *Tilman Fichter* (Berlin) und *Ernst Eichengrün* (Königswinter) eine wesentlich massivere Kritik an dieser späten Haltung der SPD. Fichter betonte, dass die einseitige Fixierung der sogenannten Enkelgeneration auf den Nationalsozialismus und der „moralisierende Protestantismus“ dazu beigetragen hätten, das Freiheits- und Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen sowie die nationale Frage in den Hintergrund zu drängen. Im letzten Vortrag der Tagung, die der Potsdamer Historiker Mario Kessler im Plenum als ausgesprochen „offen und spannend“ würdigte, schilderte Bundesminister a. D. *Hans Apel* (Hamburg) seine Erfahrungen mit den praktischen Folgen der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit als Rostocker Professor und Aufsichtsratsvorsitzender.

Die Ergebnisse der Tagung werden 2005 in einem Sammelband publiziert.

Mike Schmeitzner/Carsten Schmidt

Ausgewählte Themen zur gemeinsamen tschechisch-deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert

Die von Martin Teplý gemeinsam mit dem Tschechischen Zentrum in Dresden organisierte Vortragsreihe soll Licht auf die Ursachen und Umstände der konfliktreichen Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen im 20. Jahrhundert werfen und auf diese Weise einen Beitrag zur deutsch-tschechischen Verständigung leisten. Angesehene Experten verschiedener tschechischer Institute konnten dafür gewonnen werden. Am 20. Oktober 2004 eröffnete *Dr. Petr Moree* (Karls-Universität Prag) den Vortragszyklus mit einem Referat über „Zwei Völker in Böhmen – Das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Böhmen“. Am 8. November sprach *Dr. Zdeněk Kučera* (Karls-Universität Prag) über den „Prager Frühling 1968“, und *Dr. Miroslav Mareš* (Masaryk-Universität Brunn) behandelte am 15. Dezember die „Politische Dimension von Ansprüchen der deutschen Minderheit in Tschechien“. Im Jahr 2005 wird die Vortragsreihe fortgesetzt.



Dr. Jerzy Tutaj (rechts) mit Prof. Gerhard Besier nach dem Hannah-Arendt-Seminar am 21. April 2004

5. Öffentliche Vorträge und Hannah-Arendt-Seminar

Öffentliche Vorträge in Dresden 2004:

1. Juni 2004 Prof. Dr. Hartmut Soell (Heidelberg, Biograph des zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland): Die Ostpolitik in der Ära Schmidt

15. Juni 2004 Prof. Dr. Anders Jarlert (Universität Lund): Politik der katholischen Kirche in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in den nordeuropäischen Ländern

14. Dezember 2004 Dr. Nikolai Mitrochin (Moskau): Die sowjetische Intelligenzija auf der Suche nach Gott: zwischen Lenin, der Ikone, dem „genetischen Gedächtnis“ und der fliegenden Untertasse 1956–1985

Im Jahr 2004 fanden sieben Sitzungen des institutsinternen Hannah-Arendt-Seminars statt. Es referierten:

3. Februar 2004 Prof. Dr. Frédéric Hartweg (Universität Strasbourg): Die politische Entwicklung Frankreichs während der 1920er/30er Jahre

10. März 2004 Dr. Michael Richter: Die friedliche Revolution in Sachsen

21. April 2004 Dr. Jerzy Tutaj (Universität Wałbrzych): Die polnisch-tschechische Grenzregion: Chancen und Barrieren der Zusammenarbeit

4. Mai 2004 Prof. Dr. Jerzy Myszor (Schlesische Universität Katowice): Die polnisch-deutschen Beziehungen in Polnisch-Schlesien im Zeitraum 1918–1926 aus der Sicht der Kirche

8. September 2004 Prof. Dr. Ludwig J. Cromme (Brandenburgische Technische Universität Cottbus): Ideologie und Wissenschaft. Ein Fallbeispiel aus der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes des DDR

16. November 2004 Dr. Aleksandr Sologubov (Universität Kaliningrad): Die Symbolik im Raum von Kaliningrad

23. November 2004 Prof. Witold Stankowski (Universität Krakau): Diskussion über das Problem der Lager für Deutsche in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg

6. Ausgewählte Pressestimmen

Sächsische Zeitung vom 25.8.2004

Selbstbewusste Rückschau

Nicht nur für Fachbibliotheken: Das gewichtige Buch
„Die Bildung des Freistaates Sachsen“

Von Wolfgang David

„Als Erstes wird jeder nachgucken, ob er drinsteht“, vermutete Sachsens früherer Regierungssprecher Michael Sagurna. Das Buch, auf das dies gemünzt war, behandelt die Wiedergeburt des Freistaates in den Jahren 1989/90. Am Dienstag erlebte es im Sächsischen Landtag vor etwa 80 Gästen Premiere. Vorgestellt wurde es nicht vom Autor, dem Historiker Michael Richter (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden), sondern durch Akteure der Ereignisse, über die es berichtet. Kurt Biedenkopf, ebenfalls geladen, hatte kurzfristig abgesagt.

Frappierend das Selbstbewusstsein, mit dem Sachsens politische Klasse Rückschau hält. Da ist von „atemberaubenden“ Entwicklungen und „spannenden Dramen“ die Rede und einem „einzigartigen sächsischen Weg“, auf dem, so Landtagspräsident Erich Iltgen, „nichts einer höheren Instanz“ überlassen, vielmehr alles erarbeitet worden sei. Weniger emphatisch Wissenschaftsminister Matthias Röbber, der die Herausbildung der östlichen Bundesländer „in der Logik des revolutionären Prozesses“ sieht. Da beide deutsche Diktaturen wie auch Sachsens alter Rivale Preußen zentralistisch verfasst waren, sei die Demokratiebewegung mit dem föderalen Gedanken gleichsam verschwistert gewesen.

Arnold Vaatz, der dem Kabinett Biedenkopf angehörte, gab dem Abend mit einem kraftvoll-eigensinnigen Vortrag das Gepräge. Bestrebt, die neuen Institutionen mit altem Personal zu füllen, habe die Regierung de Maizière die Revitalisierung der Räte der Bezirke betrieben. In erbitterten, mitunter auch trickreichen Auseinandersetzungen hätte ihr die Entwicklung hin zu einem Bundesland Sachsen abgerungen werden müssen. Aufschlussreich manche Bemerkung am Rande: Über Machtkämpfe zwischen den drei sächsischen Metropolen etwa oder Autonomiebestrebungen im Vogtland. Voller Genugtuung sprach Vaatz von Sachsens Vorreiterrolle und davon, dass die damals erworbene Autorität noch nicht verblasst sei. Auch sei es wohl ein Glücks-, aber kein Zufall gewesen, dass Biedenkopf in Sachsen Ministerpräsident wurde. Hier waren die Demonstranten ausdauernder, der Reinigungsprozess innerhalb der CDU war gründlicher, agierten die neuen politischen Kräfte ge-



Arnold Vaatz, MdB, bei seinem Vortrag zur Buchvorstellung „Die Bildung des Freistaates Sachsen“ am 25. August 2004 im Sächsischen Landtag

schlossener als in den benachbarten Ländern. Von denen übrigens keines „so ein Buch“ habe!

Tatsächlich handelt es sich um ein staunenswertes Unterfangen – und ein mutiges dazu: Denn die Materialfülle, die zu berücksichtigen war, wie die zeitliche Nähe zum Gegenstand machen es gegenüber Kritik verwundbarer. Gut, dass der Autor den Leser an seinen methodologischen Skrupeln teilhaben lässt. Befinden sich doch unter den Zeitzeugen, die er befragte, etliche mächtige und machtbewusste Männer. Bleibt zu hoffen, dass das Werk trotz seines enormen Umfangs nicht bloß die Regale der Fachbibliotheken zielt.

Geschichte

Viel Gestern – viel Morgen

Es wird enger: Historiker aus Dresden, Polen und Tschechien arbeiten gemeinsam

Von Oliver Reinhard

Die deutsch-polnischen Beziehungen schwanken traditionell zwischen Verstehen und Missverstehen. Im Privaten und öffentlichen Bereich, auch der Wissenschaft, nachgerade der Vergangenheitsarbeit. Man denke an den Ärger mancher Polen über das „Zentrum gegen Vertreibung“ und ihren Verdacht, man wollte in Polen an die Vertreibung der Deutschen im Jahr 1945 erinnern.

Es ist nur einer der Fälle, über die Katarzyna Stoklosa heftig den Kopf schütteln muss. „Das wurde von polnischen Medien so vermittelt, ist aber völlig falsch“, sagt die junge Historikerin. „Es sollte auf Basis eines Europäischen Netzwerks gemeinsam über europäische Vertreibungen geforscht werden. An so Absurdes wie einseitige Schuldzuweisungen hat niemand gedacht.“

Wenn Vertriebene auf Vertriebene folgen

Für die Polin ist der Skandal eine Art Alarmsignal dafür, dass auf beiden Seiten noch viel getan, viel Vergangenheit aufarbeitet werden muss. Aber auch nicht mehr als ein Signal. Sie hat in den letzten Jahren intensiv über das Verhältnis der Deutschen und Polen geforscht. „Das ist sehr viel besser, als es meist dargestellt wird.“ Schon seit der Grenzöffnung 1972 habe sich einiges getan. Zahllose Deutsche seien nach Polen gereist, in ihre alte Heimat. „Nach anfänglicher Skepsis haben die Polen erstaunt festgestellt, dass die meisten Deutschen ihre alte Heimat wirklich nur besuchen, aber nicht widerhaben wollten.“ Die Deutschen hätten umgekehrt begriffen,

dass große Teile der Polen in Pommern oder Schlesien ebenfalls nach 1945 vertrieben worden waren. Von der Sowjetunion, die sich Ostpolen einverleibt und die Bevölkerung „umgesiedelt“ hatte.

Solche Belege für das vorhandene Verständnis sind eine wichtige Voraussetzung für ihre Arbeit: Katarzyna Stoklosa ist am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (HAIT) so etwas wie die Koordinatorin der wissenschaftlichen Arbeit über und mit den Ländern Ostmitteleuropas. Diese Forschungsausrichtung hat sich der neue Institutsleiter Gerhard Besier zum Hauptziel genommen.

Am 1. Mai eröffnete das bislang vielleicht beeindruckendste vorläufige Ergebnis: ein HAIT-Büro in Walbrzych/Waldenburg, 80 Kilometer östlich Görlitz – erste Auslands-Außenstelle des Instituts. Drei Mitarbeiter werden dort über die Geschichte der dreifachen Grenzregion arbeiten, hauptsächlich die Zeit der Diktaturen im 20. Jahrhundert. Und zwar mietfrei, was angesichts klammer Forschungsetats nicht unerheblich ist. „Der Dekan der Soziologischen Fakultät in Waldenburg war von der Idee sehr angetan“, sagt Katarzyna Stoklosa. „Er hat der Stadt das Projekt vorgeschlagen und erreicht, dass wir Räume im Schloss Fürstenstein nutzen dürfen.“

So bald als möglich soll dort das erste gemeinsame Projekt vorbereitet werden, eine trinationale Tagung über „Die deutsch-polnisch-tschechische Grenzregion“ als „Politisches Modell einer grenzüberschreitenden offenen Gesellschaft“. Also als mögliches Vorbild für andere Grenzregionen in Europa.

Doch die Historikerin weiß auch: Die Arbeit wird auf Hindernisse sto-

ßen, gerade in der Bevölkerung. Etwa die Forschungen über Jozef Pilsudski. Vielen Polen gilt der Marschall, der 1918 den Staat nach 150 Jahren Nichtexistenz neu gründete, als Nationalheld. „Nicht aber als der Diktator, der er war“, sagt Katarzyna Stoklosa. Und breite Teile der Öffentlichkeit sehen ihre Nation immer noch als Opfer von Deutschland und der Sowjetunion. Wollen von Mitschuld oder Kollaboration nichts wissen, schon gar nicht von der teils intensiven Hilfe beim NS-Völkermord. Aber Katarzyna Stoklosa weiß, „dass nur in der gemeinsamen Arbeit von Polen und Deutschen unsere Chance liegt.“

Viel Zusammenarbeit in den Grenzregionen

Gleiches gilt für Tschechien – Stichworte Sudetendeutsche/ Benes-Vertreibungsdekrete. Auch in dieser Richtung gehen die gemeinsamen Anstrengungen voran. Zwar sind die noch nicht so weit gediehen wie die „Polen-Projekte“. Doch am HAIT sitzt bereits ein tschechischer Historiker, gab es Kooperations-Projekte, sind weitere in Vorbereitung. „Es existieren gerade in den Grenzregionen viele solcher Zusammenarbeiten“, sagt Katarzyna Stoklosa. „Leider erfährt die Öffentlichkeit meist nur wenig darüber.“ Geschichte ist immer auch ein Vermittlungsproblem, in mehrfacher Hinsicht.

Als am 1. Mai die HAIT-Außenstelle in Polen öffnete, war Dr. Katarzyna Stoklosa leider nicht dabei. Die Historikerin weilte schon wieder in Pecs, dem früheren Fünfkirchen, in Ungarn, im Auftrag des Instituts. Mitteleuropa, das ist eben eine Menge Raum, eine Menge Arbeit. Und eine Menge Zukunft.

sz-online vom 6. April 2004

Freiheitsforschung

Hannah-Arendt-Institut bringt eigene Zeitschrift heraus
Von Oliver Reinhard

Der Wert zeitgeschichtlicher Forschung ist begrenzt, wenn ihre Ergebnisse verbleiben, wo sie entstehen: hinter verschlossenen Türen, fernab der Öffentlichkeit. Das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hat nun einen weiteren Schritt „hinaus“ unternommen: Zusätzlich zu seinen Buchpublikationen gibt es nach beinahe zehn Jahren Anlauf endlich auch eine Zeitschrift heraus, deren erste Ausgabe dieser Tage erschien: „Totalitarismus und Demokratie“.

Die Zeitschrift will sich auseinander setzen mit historischen und gegenwärtigen Formen der Diktatur, der Autokratie, des Extremismus oder Fundamentalismus, politischen Religionen und modernen Diktaturen, wie Institutsleiter Gerhard Besier im Vorwort schreibt. Ausgangspunkt sind beide deutsche Diktaturen des 20. Jahrhunderts und im Blick weitere europäische und außereuropäische Systeme. Die Autoren beleuchten ihre „Untersuchungsobjekte“ in interdisziplinärer Perspektive; unter anderem aus Sicht von Historikern, Soziologen, Psychologen. In der ersten Ausgabe schreibt etwa Hans-Peter Schwarz über Impulse und Gefahren, die von charismatischen Führern ausgehen können. Uwe Backes analysiert organisierte Extremismen im vereinten Deutschland und Leonid Luks imperiale Strömungen im heutigen Russland. Weitere Essays und Buchrezensionen komplettieren die Zeitschrift, die zweimal jährlich erscheinen wird.

Gerhard Besier (Hg): Totalitarismus und Demokratie, Vandenhoeck & Ruprecht, 180 Seiten, 49 Euro p. A. (2 Bände)

Die Welt vom 6. Oktober 2004

Katholischer Totalitarismus

Die neu geöffneten Akten des Vatikan zeigen: Im Interesse der Kirche sprach Papst Pius XII. mit jedem Regime
Von Sven Felix Kellerhoff

„Die Welt soll sehen, dass wir alles versucht haben, um in Frieden mit Deutschland zu leben“, sagte der gerade gewählte, aber noch nicht eingeführte Papst Pius XII., bürgerlich Eugenio Pacelli, am 9. März 1939 zu den deutschen Kardinälen. Er fuhr fort: „Wenn die Regie-

rung die Beziehungen abbricht, gut – es wäre aber nicht klug, wenn wir von unserer Seite abbrechen.“

Die Kardinäle waren nach Rom gekommen, um den Nachfolger von Pius XI. zu bestimmen; die Wahl des Konklaves fiel auf Pacelli, den bisherigen Kardinalstaatssekretär und außenpolitischen Kopf im Vatikan. Diese Entscheidung musste den Kirchenvertretern weitsichtig erscheinen angesichts der politischen Verhältnisse in Europa: Die Demokratien England und Frankreich waren geschwächt, das Dritte Reich strotzte dagegen vor Kraft, auch das faschistische Italien war sehr selbstbewusst geworden, während die Sowjetunion ihren aggressiven Atheismus pflegte. Ein gewiefter, vorsichtiger Diplomat schien die Idealbesetzung für den Heiligen Stuhl.

Heute sieht man das vielfach anders. Die Rolle von Pius XII. im Zweiten Weltkrieg und seine Weigerung, den verfolgten Juden Europas beizustehen oder wenigstens den Holocaust öffentlich zu verurteilen, dominiert seit Rolf Hochhuths genial-bösem Schauspiel „Der Stellvertreter“ von 1963 das verbreitete Bild Pacellis. Andere Autoren haben nachgelegt, in Pius XII. „Hitlers Papst“ gesehen (John Cornwell) oder gleich das ganze Neue Testament für antisemitisch und revisionsbedürftig erklärt (Daniel Goldhagen).

An diesen harschen Urteilen trägt der heutige Vatikan eine Mitverantwortung. Denn seit Jahrzehnten erbitten Historiker vergeblich, Zugriff auf die diplomatischen Akten aus der Zeit 1933 bis 1945 zu bekommen, die in allen anderen europäischen Ländern längst zugänglich sind. Anfang 2003 hat der Heilige Stuhl endlich einige gesperrte Bestände freigegeben, freilich nur über die Beziehungen zu Deutschland und nur für die Zeit 1922 bis 1939.

Als erster Historiker hat der Neuseeländer Peter Godman diese Möglichkeit genutzt und schon im Frühjahr sein Buch „Der Vatikan und Hitler“ veröffentlicht (WELT vom 24.2.). Er korrigierte zu Recht manche Fehltritte über Pacelli, verbarg seine wichtige Einsichten allerdings hinter einer schlecht recherchierten und schlecht geschriebenen Darstellung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und Nationalsozialismus.

Nun legt Gerhard Besier, Kirchenhistoriker und Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden, zusammen mit seiner Kollegin Francesca Piombo die Ergebnisse der eigenen Recherchen in den neu zugänglichen Akten vor („Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären“.

Deutsche Verlagsanstalt, München. 415 S., 22,90 Euro). Der Autor mehrerer Bände über die komplizierten Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland im 20. Jahrhundert zeigt, dass es an der Sache vorbei geht, den Vatikan und seine Politik gegenüber Hitler-Deutschland an den Maßstäben der Nachkriegszeit zu messen, wie das Hochhuth, Cornwell und Goldhagen tun.

Nur aus dem zeitgenössischen Denken der katholischen Kirche wird Pacellis Verhalten vor und während seines Pontifikats verständlich. Besier und Piombo spannen den Bogen ihres Buchs weiter als Godman: Sie beginnen mit den Prägungen des jungen Kirchenfunktionärs Pacelli, verfolgen seine Tätigkeit als Nuntius für Bayern und danach für ganz Deutschland in den zwanziger Jahren und die politischen Ansichten Pius' XI., die den Rahmen für die vatikanische Politik in den dreißiger Jahren gaben.

Denn in der Tradition eines seit Jahrhunderten autoritär regierten Staates konnte dieser Papst mit den Ideen der Demokratie gar nichts anfangen. Für ihn zählte allein, wie sich eine Regierung zur „Königsherrschaft Christi“ stellte – einer „Herrschaft freilich, die sich nicht im vagen Raum des Spirituellen bewegte, sondern die stellvertretend und ganz konkret in dieser Welt von der Kirche ausgeübt wurde“ (Besier/Piombo).

Daher stand Pius XI. auch dem faschistischen Staat durchaus positiv gegenüber: „Der antiliberaler und monopolisierende Autoritarismus Mussolinis störte den

Papst so lange nicht, wie das Regime der Katholischen Aktion alle Freiheiten einräumte und der Kirche ihre Rechte über Familie und Erziehung garantierte.“

Gegenüber dem weit radikaleren nationalsozialistischen Regime mußte diese Neigung zum Autoritären, die sich übrigens in der heute kaum mehr vorstellbaren Begriffsbildung „katholischer Totalitarismus“ ausdrückte, den Vatikan automatisch in die Defensive führen. Hinzu kam, daß das Verhältnis zur deutschen Regierung seit dem Kulturkampf Bismarcks gespannt war. Die Sorge vor erneuten antikatholischen Maßnahmen saß in den dreißiger Jahren tief. Daher verfolgte auch Pacellis Nachfolger als Nuntius in Berlin, Cesare Orsenigo, eine sehr vorsichtige Politik gegenüber der NSDAP.

Angesichts der Quellenlage bricht die Darstellung von Besier und Piombo mit Kriegsbeginn ab. Antworten auf die von Hochhuth aufgeworfenen Fragen zu Pius XII. und dem Holocaust kann das Buch daher nicht geben. Einleuchtend ist freilich das Gesamturteil der Autoren über Eugenio Pacelli: „Ziel seiner Politik war eine Befestigung oder gar Erweiterung des Gestaltungsraumes für das katholische Leben in den betreffenden Ländern.“ Im „Interesse seiner Kirche und ihrer Gläubigen“ konnte er sich in den dreißiger Jahren mit der Pariser Volksfrontregierung ebenso verständigen wie mit der Roosevelt-Administration oder den Diktatoren Mussolini, Hitler und Franco. Gemessen an moralischen Maßstäben war dieses Verhalten der katholischen Kirche sicher verwerflich. Realpolitisch aber war es konsequent.

Religionsfreiheit und ihre Grenzen

Brisante Tagung am Hannah-Arendt-Institut diskutiert auch über den EU-Beitritt der Türkei

Dresden. Die totalitären Ideologien als Staatsdoktrinen beherrschen uns nicht mehr. Aber treten möglicherweise fundamentalistische Religionen an ihre Stelle, nachdem die Aufklärung hier gescheitert scheint? Solche Fragen warf der in Zürich lehrende Philosoph Hermann Lübke auf einer Tagung des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung auf, die am Sonntag zu Ende ging. In einem intensiven viertägigen Vortrags- und Diskussionsprogramm beleuchteten Experten die Rolle von Religionen im 20. Jahrhundert und in der Gegenwart. Pluralität und Koexistenz verschiedener Glaubensrichtungen sind nach Lübke die Voraussetzungen für religiösen Frieden.

Bedroht wurde und wird er nicht allein vom islamischen Fundamentalismus. So erinnerte Institutsdirektor

Gerhard Besier im historischen Teil an die Anfälligkeit des Papsttums gegenüber einem autoritären „Königtum Christi“ und der Vision eines katholischen Ständestaates. Das führte in katholisch dominierten Ländern wie Portugal, Spanien, Polen oder Österreich zu Sympathien mit diktatorischen Systemen. Der Kirchenhistoriker griff hier auf Erkenntnisse zurück, die in seinem soeben erschienenen Buch „Der Heilige Stuhl und Hitlerdeutschland“ niedergelegt sind.

Mit der Betrachtung des heutigen Verhältnisses von Staat und Amtskirchen hatte der Frankfurter Rechtsanwalt Hermann Weber eines der heikelsten Themen gewählt. Weber kam zu dem Schluss, dass es trotz der im Grundgesetz garantierten Gleichheit und Religionsfreiheit faktisch ein „Kooperationsmodell“ mit den großen Volkskirchen gibt. Allein schon

mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sind eine Reihe von Privilegien verbunden. Noch brisanter erschienen die Überlegungen des Heidelberger Juristen Michael Heinig über die Grenzen der Religionsfreiheit. Heinig ging einerseits sehr weit und sprach dem Staat das Recht ab, objektiv bestimmen zu wollen, was Religion sei und was nicht. Andererseits räumte er ein, dass Religionsfreiheit einschränkbar wird, wenn andere Grundrechte bedroht sind.

Kann ein europäischer Rechtsstaat also die islamische Scharia innerhalb hier lebender Religionsgemeinschaften verkräften, spitzte Bassam Tibi zu? Der aus Syrien stammende bekennende Moslem traf in seinem Vortrag über die Türkei ein aktuelles politisches Streitthema. Die Türkei sei sich über ihre Identität selbst nicht

im klaren, konstatierte er. Formal im Sinne des Staatsgründers Kemal Atatürk ein säkularer Staat, sei doch außerhalb der drei Zentren Izmir, Istanbul und Ankara eine „Entwestlichung“, fortschreitender Islamismus, ja eine neue Totalisierung zu beobachten. Tibi bezweifelte, ob ein EU-Beitritt der Türkei diese Kräfte domestizieren könnte.

Das Hannah-Arendt-Institut musste sich bis heute oft den Vorwurf mangelhafter öffentlicher Präsenz gefallen lassen. Bei einer solch interessanten Problematik und einer solchen Versammlung großer Namen stellt sich die Frage erneut, warum über den Vortrag von Hermann Lübke hinaus nicht der öffentliche Dialog gesucht wurde. Vieles hätte verdient gehabt, über den abgelegenen Sitzungssaal im Rathaus hinaus zu gelangen. Michael Bartsch

7. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

7.1 Vorstellung



apl. Prof. Dr. Uwe Backes Stellvertretender Direktor

Studium: Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik an der Universität Trier

Berufliche Stationen:

1988–1994 Akademischer Rat a. Z. Universität Bayreuth

1997/98 Feodor Lynen-Forschungs-

stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung am „Centre d’Etude pour la Vie Politique Française“ (CEVI-POF), Paris

Sommersemester 1998 Otto von Freising-Gastprofessor, Katholische Universität Eichstätt

1998/99 Heisenberg-Stipendiat der DFG

seit 1999 stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

Wintersemester 2000/2001 Gastprofessur an der Universität Paris-X: Nanterre

seit 2004 apl. Prof. an der Technischen Universität Dresden

Forschungsschwerpunkte:

Demokratietheorie, Ideologiegeschichte, vergleichende Extremismusforschung, autoritäre und totalitäre Diktaturen

Aktuelles Forschungsprojekt:

Begriffsgeschichte der politischen Extreme

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser im Lichte deutscher Erfahrung (zusammen mit Eckhard Jesse), 2. aktualisierte und erweiterte Auflage Opladen 1985.

Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen 1991.

Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (zusammen mit Eckhard Jesse), 4. völlig überarbeitete und aktualisierte Ausgabe Bonn 1996.

Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, im

Auftrag des B’nai B’rith/ München (zusammen mit Patrick Moreau), 2. erweiterte Auflage München 1994.

Schutz des Staates. Von der Autokratie zur „streitbaren Demokratie“, Opladen 1998.

Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz, Düsseldorf 2000.

„Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. mit Stephane Courtois, Köln/Weimar/Wien 2002.

(Hg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln/Weimar/Wien 2003.

Jahrbuch Extremismus und Demokratie. Hg. mit Eckhard Jesse, 1989 ff.



Dr. Gerhard Barkleit Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Beauftragter des Direktors für Personal- und Haushaltsangelegenheiten

Studium: Physik an der Technischen Universität Dresden

Berufliche Stationen:

1967–1973 Wissenschaftlicher Assistent an der Bergakademie Freiberg

1973–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf, im Zentrum für Forschung und Technologie Mikroelektronik Dresden und im Institut für Halbleiterphysik Frankfurt/Oder (Themenleiter, Gruppenleiter, Stellvertretender Abteilungsleiter; Arbeitsaufenthalte im Vereinigten Institut für Kernforschung Dubna bei Moskau)

1991/92 Wissenschaftsjournalist

seit Juli 1992 Mitwirkung am Aufbau des Hannah-Arendt-Instituts

seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts

Forschungsschwerpunkte:

Geschichte von Industrie, Technik und Naturwissenschaften in der SBZ/DDR; Hochtechnologien in Diktaturen

Aktuelles Forschungsprojekt:

Manfred von Ardenne. Wissenschaftler in 3 Diktaturen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

(Hg.): Hochschulpolitik. Die Erneuerung der sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993.

Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, Dresden 1995.

Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, Dresden 1996.

Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie (zusammen mit Anette Dunsch), Dresden 1998.

Hochtechnologien in der Zentralplanwirtschaft der DDR. Zum Dilemma der Mikroelektronik der DDR in den achtziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/1997, S. 18–24.

Mikrochips als „Wunderwaffe“ – Hochtechnologie in der Zentralplanwirtschaft der DDR. In: Dresdner Beiträge zur Geschichte der Technikwissenschaften, 25 (1998), S. 71–87.

Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000.



Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

Direktor, Professor für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden

wissenschaftlicher Werdegang:

1972 Erstes theol. Examen

1975 Promotion zum Dr. theol. in Tübingen

1978 Dipl.-Psych. in Tübingen

1982 Habilitation im Fach Kir-

chengeschichte in Bielefeld

1986 Promotion zum Dr. phil. in Geschichtswissenschaften an der FU Berlin

1972–1979 Assistent am Lehrstuhl Klaus Scholder (Tübingen)

1979/80 Wiss. Mitarbeiter an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

1980–1986 Rektor des Religionspädagogischen Instituts Loccum

1987–1992 Lehrstuhl für Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Kirchlichen Hochschule Berlin

1992–2003 Lehrstuhl für Historische Theologie und Konfessionskunde an der Universität Heidelberg

1997 Forschungspreis des Historischen Kollegs im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (München)

Seit Mitte April 2003 an der TU Dresden

Forschungsschwerpunkte:

Staat, Kirche und Gesellschaft in nationaler und internationaler Perspektive

Staatskirchen, Volkskirchen, Freikirchen und Sondergemeinschaften

Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Preußische Kirchenpolitik in der Bismarckära, Berlin/New York 1980.

Kriegsschulddiskussion nach 1918, Göttingen 1983.

Entnazifizierung und Selbstreinigung nach 1945, Göttingen 1986.

Der SED-Staat und die Kirche, 3 Bände, München/Berlin 1993–1995.

Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 3: Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937, Berlin/München 2001.

Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären. Unter Mitarbeit von Francesca Piombo, München 2004.

Herausgeber der Zeitschriften „Totalitarismus und Demokratie“, „Kirchliche Zeitgeschichte“ und „Religion–Staat–Gesellschaft“.



PD Dr. Lothar Fritze

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mitglied der Redaktion, Privatdozent an der Technischen Universität Chemnitz

Studium:

Betriebswirtschaft in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

Berufliche Stationen:

seit 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts

Forschungsschwerpunkte:

Probleme der angewandten Ethik

Totalitarismusforschung

DDR-Geschichte

Probleme des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses

Aktuelles Forschungsprojekt:

Utopisches Denken – Karl Marx und der Marxismus

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Innenansicht eines Ruins. Gedanken zum Untergang der DDR, München 1993.

Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse – Organisationsstrukturen – Funktionsmechanismen, München 1993.

Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Köln/Weimar/Wien 1997.

Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, Köln/Weimar/Wien 1998.

Essentialismus in der Totalitarismusforschung. Über Erscheinungsformen und Wege der Vermeidung. In: Achim Siegel (Hg.): Das Totalitarismuskonzept nach dem Ende des Kommunismus, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 143–166.

Der Westen im DDR-Alltag. Einwirkungen – Wahrnehmungen – Reaktionen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern. Hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 101–108, S. 114–115, S. 120–121.

„Ostalgic“ – Das Phänomen der rückwirkenden Verklärung der DDR-Wirklichkeit und seine Ursachen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern. Hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 479–510.

Die Tötung Unschuldiger. Ein Dogma auf dem Prüfstand, New York/Berlin 2004.

Verführung und Anpassung. Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur, Berlin 2004.



Claudia Günther, Doktorandin

Studium:

1998–2001 Grundstudium Politikwissenschaft (HF), Soziologie (NF), Wirtschafts- und Sozialgeschichte (NF) an der TU Dresden

2001–2004 Hauptstudium Politikwissenschaft an der FU Berlin; Diplomarbeit zum Thema: „Elektronische Demokratie in Deutschland:

Mehr Demokratie über das Internet?“

2002 Praktikum beim Bundesministerium des Innern; 2003 Praktikum bei der Bundeszentrale für politische Bildung; 2004 Mitarbeit Eurowahlkampf Projekt Dresden, Mobilisierung von Erst- und Zweitwählern zur Europawahl



Edward Hamelrath USA, Fulbright-Stipendiat

Studium:

BBA Marketing – Business, Mississippi State University, 1989; MA Moderne Europäische Geschichte, University of Nebraska at Omaha, 1993; BA Germanistik, University of Memphis, 2003; Doktorand, Moderne Europäische Geschichte,

University of Memphis, 1995–1998, ab 2002; Fulbright-Stipendiat 2003–2004



Dr. Andrzej Jan Kutylowski
Wissenschaftlicher Projektleiter

Studium:

1969–1974 Soziologie an der Universität Warschau

Berufliche Stationen:

1974–1978 Doktorand, Institut für Philosophie und Soziologie, Polnische Akademie der Wissen-

schaften, Warschau

1976–1980 European Consortium for Political Research/UNESCO-Stipendiat, Summer School in Social Science Data Analysis, Department of Government, Essex University

1978–1982 Postgraduate Fellowship, Institute for Advanced Studies, Wien

1983–1985 Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, Universität Hamburg, 1985 Promotion

1985 Visiting Research Fellow, Institute for Advanced Studies, Wien

1985/86 Visiting Assistant Professor, University of Waterloo, Ontario/Canada

1986–1988 Research Fellow (NAVF-Stipendiat), University of Oslo

1988–1991 Nordic Research Fellow, University of Copenhagen

1991/92 Adjunct Lecturer, University of Oslo

1993–2004 Associate Professor, Buskerud College, Hønefoss, Norwegen

Forschungsschwerpunkte:

Politisch-sozialer Wandel, Korruption, quantitative Methodologie, Intergruppenprozesse, Makrosoziologie, soziale Schichtung und Mobilität

Aktuelles Forschungsprojekt:
Demokratiekonsolidierung in Ostmitteleuropa

Ausgewählte Veröffentlichungen:
(Hg.): Poles on Poland. Nonviolence in the Polish Breakthrough, 1980–81, Oslo 1982.
Konflikt och Solidaritet i Polen. Sociologiska Analyser Inifran (zusammen mit M. Bertillon, K. Gerner und H. Wiberg), Stockholm 1983.
Linear Modelling of Dichotomous Response Relations with Sociological Applications, Wien 1985.
Analysis of symmetric cross-classifications. In: A. Decarli u. a. (Hg.): Statistical Modelling. Proceedings of the GLIM 89 and the 4th International Workshop on Statistical Modelling, New York 1989, S. 188–197.
Analysis of ordinal uniresponse data with log-linear models. In: S. Boelskifte (Hg.): Symposium i Anvendt Statistik, Kopenhagen 1994, S. 344–358.
Nonparametric latent factor analysis of occupational inventory data. In: J. Rost/R. Langeheine (Hg.): Applications of latent trait and latent class models in the social sciences, New York/Münster 1997, Kapitel 24.
Vergleichende Analyse von Korruptionsphänomena in Polen. In: ASK, 11 (2002), S. 91–108 (in polnisch).
(Hg.): Stefan Kurowski. Eseje z socjologii ekonomicznej 1955–1989, Warschau (in Vorbereitung).
Zjawiska korupcyjne i post-komunistyczna polityka, Warschau (in Vorbereitung).



Tina Kwiatkowski Promotionsstipendiatin

Studium:
1995–2002 Universität Augsburg;
1. Staatsexamen für Lehramt an Gymnasien in Bayern, Fächer: Deutsch, Geschichte

Aktuelles Forschungsprojekt:
Verfolgte Schüler

Veröffentlichung:
Nach Buchenwald. Die Beeinflussung Jugendlicher durch ihre Internierung im Speziallager Nr. 2, Buchenwald, München/Mering 2002.



Anne Lainault Frankreich, Erasmus-Stipendiatin

Studium:
Geschichte, Politikwissenschaft und deutsche Sprache an der Universität Strasbourg



PD Dr. Gerhard Lindemann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Privatdozent an der Universität Heidelberg, Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte an der Technischen Universität Dresden

Studium:
Evangelische Theologie in Göttingen, Heidelberg und Berlin

Berufliche Stationen:
1991–1992 Wiss. Mitarbeiter Kirchliche Hochschule Berlin
1992–1997 Vernehmung einer Assistentenstelle an der Theologischen Fakultät Heidelberg (Kirchengeschichte)
1997–2003 Wiss. Assistent an der Theologischen Fakultät Heidelberg (Kirchengeschichte)
seit 2003 Wiss. Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:
Kirchengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (insbes. Kirche in den Diktaturen in Deutschland und Ostmitteleuropa; Kirche und Antisemitismus; Theologische Wissenschaft im NS-Staat; Ökumene; Religionsfreiheit)

Aktuelle Forschungsprojekte:
Historische Freiheitsforschung in transatlantischer Perspektive: Historische Herausarbeitung europäischer und vor allem angloamerikanischer Freiheitstraditionen
Die Protokolle der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (ApU) (Juni 1945–Dez. 1948) (Editionsprojekt; gemeinsam mit Gerhard Besier)
Neutestamentliche Wissenschaft in der NS-Zeit

Ausgewählte Veröffentlichungen:
„Typisch jüdisch“. Die Stellung der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers zu Antijudaismus, Judenfeindschaft und Antisemitismus 1919–1949, Berlin 1998.

„Sauerteig im Kreis der gesamtchristlichen Ökumene“: Das Verhältnis zwischen der Christlichen Friedenskonferenz und dem Ökumenischen Rat der Kirchen. In: Bessier, Gerhard/Boyens, Armin/Lindemann, Gerhard, Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung. Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945–1990), Berlin 1999, S. 653–932.

Landesbischof August Marahrens (1885–1950) und die hannoversche Geschichtspolitik. In: KZG, 8 (1995), S. 396–425.

Christen jüdischer Herkunft als Gegenstand hannoverscher Kirchenpolitik im NS-Staat. In: Grosse, Heinrich W. u. a. (Hg.): Bewahren ohne Bekennen? Die hannoversche Landeskirche im Nationalsozialismus, Hannover 1996, S. 329–373.

Die Aktenüberlieferung der evangelischen Kirche in der DDR. In: Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer. Archive (Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ [13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages]. Hg. vom Deutschen Bundestag, VI), Baden-Baden 1999, S. 1015–1045.

Die preußisch-deutsche Reichsgründung 1870/71 und die polnische Minderheit. In: KZG, 15 (2002), S. 24–51.



Grazia Francesca Piombo M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium:
Germanistik, Anglistik, Romanistik an der Universität Heidelberg

Berufliche Stationen:
seit 1995 Redaktionelle Mitarbeit an der Zeitschrift „Kirchliche Zeitgeschichte“

seit 2000 Chefredaktion der Zeitschrift „Religion – Staat – Gesellschaft“

seit 2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkt:
Faschismusforschung (besonders Italien und Spanien), Totalitarismusforschung

Aktuelles Forschungsprojekt:
Graf Galeazzo Ciano



Arnd Reinhardt M.A.
Promotionsstipendiat

Studium:
Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, öffentliches Recht. Grundstudium an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, 1994–1997. Hauptstudium an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 1997–2001

Forschungsschwerpunkt:
Extremismusforschung

Aktuelles Forschungsprojekt:
Dissertation: „Linksextremisten im Internet“



Dr. Michael Richter Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Studium:
Evangelische Theologie in Ost-Berlin; Geschichte und Politische Wissenschaften in Hannover; Geschichte, Politische Wissenschaften und Evangelische Theologie in Bonn

Berufliche Stationen:
1986–1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin
1989–1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:
Geschichte der SBZ/DDR

Aktuelle Forschungsprojekte:
Die Bildung des Freistaates Sachsen 1989/90
Friedliche Revolution in Sachsen 1989/90

Ausgewählte Veröffentlichungen:
Die Ost-CDU. Zwischen Gleichschaltung und Widerstand 1948 bis 1952, Düsseldorf 1990.

Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 3. Auflage Dresden 1997. Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Köln/Weimar/Wien 1996.

„Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947 (Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei) (zusammen mit Mike Schmeitzner), Leipzig 1999.

Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90 (zusammen mit Erich Sobeslavsky), Köln/Weimar/Wien 1999.

Entscheidungstage in Sachsen. Berichte von Staatssicherheit und Volkspolizei über die friedliche Revolution im Bezirk Dresden. Eine Dokumentation (zusammen mit Erich Sobeslavsky). Hg. von der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Dresden 1999.

Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates (zusammen mit Sigrid Meuschel und Hartmut Zwahr), Dresden 1999.

Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90 (zusammen mit Martin Kupke) (Berichte und Studien 39), Dresden 2002.

Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates Sachsen 1989–1994, Dresden 2002.

Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.



Dr. Mike Schmeitzner M.A. Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mitglied der Redaktion

Studium:

Geschichte und Germanistik an der Technischen Universität Dresden

Berufliche Stationen:

seit 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts

Forschungsschwerpunkte:

Geschichte des Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, Weimarer Republik, Sachsen/Deutschland 1945–1952, friedliche Revolution 1989/90

Aktuelle Forschungsprojekte:

Instanzen der Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952

Sowjetische Militärtribunale 1941–1955

Christliche Jugend zwischen den Diktaturen

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen. Mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus, Göttingen 2004.

Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955. Hg. mit Andreas Hilger und Ute Schmidt, Köln/Weimar/Wien 2003.

Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952 (Schriften des HAIT 22). Hg. mit Rainer Behring, Köln/Weimar/Wien 2003.

Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (zusammen mit Stefan Donth), Köln/Weimar/Wien 2002.

Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hg. mit Andreas Hilger und Ute Schmidt, Dresden 2001.

Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Dresden 2001.

Alfred Fellisch 1884–1973. Eine politische Biographie, Köln/Weimar/Wien 2000.

„Einer von beiden muß so bald wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947 (Eine Expertise des Hannah-Arendt-Instituts im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei) (zusammen mit Michael Richter), Leipzig 1999.



Carsten Schmidt M.A. Wissenschaftliche Hilfskraft, Doktorand

Studium:

Neuere und Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Dresden

Berufliche Stationen:

seit Juni 2003 Wissenschaftliche Hilfskraft am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkt:

Politische Polizei in Demokratie und Diktatur 1918–1945
Erster Weltkrieg

Aktuelles Forschungsprojekt:

Sachsen im Ersten Weltkrieg

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Politische Polizei im Freistaat Sachsen. Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums Leipzig 1923–1933/34. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 74/75 (2003/2004), S. 323–348.



Hans Jörg Schmidt Doktorand

Studium: Evangelische Theologie, Germanistik, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Rijksuniversiteit Groningen (Niederlande)

Forschungsprojekt:

Kirchenpolitik als Deutschlandpolitik – deutsch-niederländische Beziehungen



Dr. Katarzyna Stokłosa

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium:

Kulturwissenschaften an der Europa Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder

Berufliche Stationen:

2001–2002 Interuniversity Center for Social Science Theory & Methodology (ICS) of the University of Groningen

2002–2003 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam

2003–2004 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

seit April 2004 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut

Forschungsschwerpunkte:

Deutsch-polnische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart

Transformation in Osteuropa

Europäische Grenzregionen

Deutsche und polnische Ostpolitik

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Geteilte Städte an Oder und Neiße. Frankfurt (Oder) – Slubice, Guben – Gubin und Görlitz – Zgorzelec, 1945–1995, mit Dagmara Jajesniak-Quast, Berlin 2000.

Nachbarschaft zwischen den Grenzstädten Görlitz und Zgorzelec in der Zeit der offenen Grenze (1972–1980). In: Görlitz – Von der mittelalterlichen Handelsstadt zur Grenzstadt an der Neiße, Görlitz/Zittau 2000, S. 255–262.

Okres pierwszego i drugiego otwarcia granicy polsko-niemieckiej w świadomości mieszkańców Gubina i Guben (Die erste und die zweite Grenzöffnung im Bewusstsein der Einwohner von Guben und Gubin). In: Leszkowicz-Baczynski, Jerzy (Hg.): Transgraniczność w perspektywie socjologicznej. Tom II Zielona Góra 2001, S. 379–397.

Die Oder-Neiße-Grenze im Bewusstsein der Einwohner von Guben und Gubin. In: Schultz, Helga (Hg.): Grenzen im Osten und ihre Überwindung, Berlin 2001, S. 113–134.

Integration durch Zwang 1948–1953. Die Oder-Neiße-Grenze und die mühsame Integration. In: Kleßmann, Christoph/Ciesla, Burghard/Hertle, Hans-Hermann (Hg.): Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 74–88.

Granica na Odrze i Nysie w świadomości mieszkańców Gubina i Guben (1945–1995) (Die Oder-Neiße-Grenze im Bewusstsein der Einwohner von Gubin und Guben [1945–1995]). In: Kurcz, Zbigniew (Hg.): Wybrane problemy życia społecznego na pograniczach Wrocław 2002, S. 79–95.

Grenzstädte in Ostmitteleuropa. Guben – Gubin 1945–1995, Berlin 2003.

Regional Identity and Cultural Co-operation in Uzhgorod as a Bridge Between Different Groups. In: Mats, Andrén (Hg.): Whither Europe? Migration, Citizenship and Identity, Göteborg 2003, S. 179–192.

Tożsamość regionalna w świadomości mieszkańców polsko-niemieckiego regionu granicznego (Die regionale Identität im Bewusstsein der Einwohner der deutsch-polnischen Grenzregion). In: Zielinska, Maria (Hg.): Transgraniczność w perspektywie socjologicznej. Komunikaty i komentarze. Tom II, Zielona Góra 2003, S. 35–46.

Polen, Deutsche oder Bewohner der deutsch-polnischen Grenzregion? Untersuchungen zur regionalen Identität. In: Breysach, Barbara/Paszek, Arkadiusz/Tölle, Alexan-

der (Hg.): Grenze – Granica. Interdisziplinäre Betrachtungen zu Barrieren, Kontinuitäten und Gedankenhorizonten aus deutsch-polnischer Perspektive, Berlin 2003, S. 337–359.

Laboratorien der Einigung. Grenzregionen am EU-East-End. In: Osteuropa, 54 (2004) 5–6, S. 496–506.

Identidad regional vs. Identidad nacional: dos regiones fronterizas de Europa Oriental durante el siglo XX. In: Universidad de Santiago de Compostela (Hg.): Memoria e identidades, Santiago de Compostela 2004, S. 850–863.



Petra Tallafuss

Wissenschaftliche Hilfskraft,
Doktorandin

Studium:

Evangelische Theologie, Germanistik und Erziehungswissenschaften an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Queen's University Kingston (Kanada)

Forschungsschwerpunkte:

Die deutsch-deutschen Beziehungen aus nordamerikanischer Perspektive
Geschichte und Sprachkultur deutschstämmiger Religionsgemeinschaften in den USA und Kanada



Martin Teplý M. A.

Doktorand

Studium:

Hussitische Theologie und Judaistik an der Hussitischen Theologischen Fakultät der Karls-Universität in Prag
Evangelische Theologie an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Karls-Universität in Prag

und an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg
Neuere und Neueste Geschichte an der Technischen Universität in Dresden

Forschungsschwerpunkte:

Kirchen und Religionsgemeinschaften in Mittel-/Osteuropa
Demokratiekonsolidierung in Mittel-/Osteuropa



Dr. Clemens Vollnhals M. A. Stellvertretender Direktor, Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Dresden

Studium:

Neuere und Neueste Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Berufliche Stationen:

1989–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, München

1992–1997 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

seit 1998 Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts

Forschungsschwerpunkte:

Konservative Revolution und NS-Bewegung, Entnazifizierung, Staatssicherheit und politische Justiz, kirchliche Zeitgeschichte

Aktuelle Forschungsprojekte:

Konservative Revolution und Nationalsozialismus Sachsen in der NS-Zeit (Arbeitstitel)

Staatssicherheit und politische Justiz in der Ära Honecker

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Evangelische Kirche und Entnazifizierung. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989.

Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen, München 1991.

(Hg.): Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Band 1: Die Wiedergründung der NSDAP, München 1992.

„In der DDR gibt es keine Zensur“. Die Evangelische Verlagsanstalt und die Praxis der Druckgenehmigung 1954–1989 (zusammen mit S. Bräuer), Leipzig 1995.

(Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 2. Auflage Berlin 1997.

Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 2. Auflage Berlin 2000.

Justiz im Dienste der Parteihegemonie. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Hg. mit Roger Engelmann, 2. Auflage Berlin 2000.

(Hg.): William L. Shirer: This is Berlin. Rundfunkreportagen aus Deutschland 1939–1940, Leipzig 1999.

Der Schein der Normalität. Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur. Hg. mit Jürgen Weber, München 2002.
(Hg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002.
(Hg.): Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg, Dresden 2003.
Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur. Hg. mit Gerhard Besier, Berlin 2003.



Dr. Francesca Weil
Stipendiatin

Studium:
1981–1985 Pädagogische Hochschule Leipzig
Abschluss: Diplomlehrer für Geschichte und Deutsch

Berufliche Stationen:
1985–1988 Forschungsstudium an der Pädagogischen Hochschule Leipzig/Fachbereich Geschichte (Promotion)
1988–1995 wissenschaftliche Assistenz an der PH Leipzig bzw. Universität Leipzig/Historisches Seminar
1996–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte/Universität Leipzig
seit 2003 Stipendiatin am HAIT Dresden

Forschungsschwerpunkte:
Widerstand und politische Verfolgung in der SBZ/DDR
Sozial- und Alltagsgeschichte der DDR
Diktaturenvergleich („Drittes Reich“, SBZ, DDR)
Geschichte des MfS der DDR

Aktuelles Forschungsprojekt:
Verstrickung von Ärzten in das IM-Netz und der Einfluss des MfS auf das Gesundheitswesen der DDR

Ausgewählte Veröffentlichungen:
Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära, Köln/Weimar/Wien 2000.
Zwischen Anpassung und Verweigerung. Zur Entwicklung sozialer Verhaltensmuster am Beispiel zweier sächsischer Betriebe zwischen 1970 und 1997. In: Deutschland Archiv, 31 (1998) 4, S. 547–563.
Betriebliches Sozialverhalten in der DDR der 70er und 80er Jahre am Beispiel zweier sächsischer Betriebe. In: Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 321–354.

Der Betrieb als sozialer Raum vor und nach 1989. Möglichkeiten und Grenzen der Interessenwahrnehmung von Arbeitnehmern sowie informelle Strategien und Verhaltensmuster im Alltagsleben. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, Band V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, Frankfurt a. M. 1999, S. 577–654. (zusammen mit Günther Heydemann)

Wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen in einem Leipziger Betrieb 1989/90. In: Müller, Werner/Mai, Gunther/Heydemann, Günther (Hg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90, Berlin 1999, S. 525–544.

Betrachtungen zum Frauenalltag in der DDR. Untersuchungen an zwei sächsischen Frauenbetrieben während der Honecker-Ära. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 179–197.

Annaberger Landräte im Spannungsfeld von kompetenter Amtsführung und parteipolitischer Indoktrination 1945–1961. In: Deutschland Archiv, 36 (2003) 2, S. 256–271.

Landräte im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation. Komparatistische Studie zum Kreis Annaberg (1933–1961). In: Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hg.): Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, 2. Auflage Bonn 2003, S. 117–149.



Dr. Thomas Widera Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Studium:
Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Soziologie an der Technischen Universität Dresden

Forschungsschwerpunkt:
Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

Aktuelles Forschungsprojekt:
Bausoldaten und Friedliche Revolution

Ausgewählte Veröffentlichungen:
Between occupation regime and struggle for survival: The economical and social situation in Dresden 1945. In: Jäger, Wolfram /Brebbia, Carlos A. (Hg.): The Revival of Dresden, Southampton 2000, S. 19–29.

Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Die Durchsetzung der Diktatur in Dresden 1945, Göttingen 2004.

(Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten der DDR im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989, Göttingen 2004.

7.2 Lehrtätigkeit

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Vorlesung: Stabilitätsprobleme politischer Systeme: von Aristoteles zur Gegenwart

2004 Sommersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Nicht-demokratische Systeme

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Seminar: Streitbare Demokratie: Theorie, Praxis, Kontroversen

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Die Geschichte des Freiheitsverständnisses in den USA

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Vorlesung: Die Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts – Teil 1

2004 Sommersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Religionsgemeinschaften in der DDR in der Ära Honecker

2004 Sommersemester: TU Dresden, Vorlesung: Die Deutschlandpolitik des Vatikan und die Rolle Eugenio Pacellis (1918–1948)

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Diktaturen in Europa aus unterschiedlicher nationaler Perspektive

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Vorlesung: Die Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts – Teil 2

PD Dr. Lothar Fritze

2003/04 Wintersemester: TU Chemnitz, Hauptseminar: Kritischer Rationalismus – eine Einführung für Politikwissenschaftler

2003/04 Wintersemester: TU Chemnitz, Hauptseminar: Soziale Gerechtigkeit

2004 Sommersemester: TU Chemnitz, Kolloquium: Begründung von Moralnormen

2004/05 Wintersemester: TU Chemnitz, Kolloquium: Begründung von Moralnormen (Fortsetzung)

PD Dr. Gerhard Lindemann

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar Geschichte: Geschichte des Freiheitsverständnisses in den USA (gemeinsam mit Prof. Besier)

2004 Sommersemester: TU Dresden, Hauptseminar Geschichte: Die Religionsgemeinschaften in der DDR in der Ära Honecker (gemeinsam mit Prof. Besier)

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Vorlesung: Pietismus und Aufklärung (KG IV/1)

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Seminar: Kirchengeschichtliche Grundthemen I

Dr. Mike Schmeitzner

2004 Sommersemester: TU Dresden, Proseminar: Deutschlandpolitik und Strafrecht: Zur Tätigkeit und Bedeutung Sowjetischer Militärtribunale in Deutschland 1945–1955

Dr. Katarzyna Stokłosa

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Diktaturen in Europa aus unterschiedlicher nationaler Perspektive

Dr. Clemens Vollnhals M.A.

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR

2003/04 Wintersemester: TU Dresden, Seminar: Sozialismus in einem halben Land. Die Deutsche Demokratische Republik 1945/49–1989

2004 Sommersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Repression und politische Verfolgung in der DDR

2004 Sommersemester: TU Dresden, Seminar: Die NS-Bewegung 1919 bis 1933

2004 Sommersemester: Karls-Universität Prag, Seminar: Die NS-Bewegung 1919 bis 1933

2004/05 Wintersemester: TU Dresden, Hauptseminar: Völkische Bewegung, Konservative Revolution und Nationalsozialismus (1871–1933)

2004/05 Wintersemester: Karls-Universität Prag, Seminar: Das Dritte Reich

Dr. Francesca Weil

2004/05 Wintersemester: Universität Leipzig, Übung: Zur Geschichte des MfS der DDR 1950–1989/90

7.3 Veröffentlichungen

1. Monographie

Besier, Gerhard/Piombo, Francesca: Der Heilige Stuhl und Hitler-Deutschland. Die Faszination des Totalitären, München 2004.

Fritze, Lothar: Die Tötung Unschuldiger. Ein Dogma auf dem Prüfstand, New York/Berlin 2004.

Fritze, Lothar: Verführung und Anpassung. Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur, Berlin 2004.

Richter, Michael: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.

Schmeitzner, Mike: Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen (mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang Marcus), Göttingen 2004.

Weil, Francesca: Entmachtung im Amt. Bürgermeister und Landräte im Kreis Annaberg 1930–1961, Köln/Weimar/Wien 2004.

Widera, Thomas: Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft. Die Durchsetzung der Diktatur in Dresden 1945–1948, Göttingen 2004.

2. Herausgebertätigkeit

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 16, Baden-Baden 2004.

Besier, Gerhard (Mitherausgeber): Journal of Church and State, 2004.

Besier, Gerhard (Hg.): Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Zeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft, Göttingen 2004.

Besier, Gerhard (Hg.): Od nacjonalistycznych konfrontacji do porozumienia europejskiego. Rola Kościoła w dziejowej drodze Niemiec i Polski w XIX i XX wieku (Polnische Reihe des Hannah-Arendt-Instituts), Wałbrzych 2004.

Besier, Gerhard/Seiwert, Hubert (Hg.): Religion – Staat – Gesellschaft. Zeitschrift für Glaubensformen und Weltanschauungen, Berlin 2004.

Besier, Gerhard (Hg.): Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Göttingen 2004.

Vollnhals, Clemens/Haase, Norbert (Hg.): Hans Corbat, „Unserer Entwicklung steht er feindselig gegenüber“. Erlebnisse in kommunistischen Lagern und Gefängnissen in Berlin, Torgau und Bautzen 1946–1956, Dresden 2004.

Vollnhals, Clemens/Haase, Norbert (Hg.): Kassiber aus Bautzen. Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945–1950. Bearbeitet von

Cornelia Liebold, Jörg Morre und Gerhard Sälter, Dresden 2004.

Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bau-soldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989, Göttingen 2004.

3. Artikel in Sammelband/Zeitschrift

Backes, Uwe: Organisationen 2003. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2004, S. 118–132.

Backes, Uwe: Editorial. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2004, S. 7–10.

Backes, Uwe: Politische Extremismen in Deutschland – Wechselwirkungen, Interaktionen, Gefährdungspotentiale im Vergleich. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 1, S. 77–107.

Backes, Uwe: Les multiples facettes d’une catégorie d’analyse. In: Blaise, Pierre/Moreau, Patrick (Hg.): Extrême droite et national-populisme en Europe de l’Ouest. Analyse par pays et approches transversales, Brüssel 2004, S. 445–465.

Backes, Uwe: Staatsformen im 19. Jahrhundert. In: Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Staatsformen. Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart. Ein Handbuch, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 187–222.

Backes, Uwe: Volksaufstände in kommunistischen Diktaturen – Reflexionen im Anschluß an die kontroversen Ansichten Hannah-Arendts und Carl J. Friedrichs. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004) Heft 1, S. 222–231.

Backes, Uwe: Ist ein Ende der Mobilisationsschwäche deutscher Rechtsparteien in Sicht? In: Zehetmair, Hans (Hg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 198–212.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Dokumentation 2003. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2004, S. 133–143.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremismen im Vergleich. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden 2004, S. 13–30.

Barkleit, Gerhard: Arrangement mit der Macht – der Erfinder, Wissenschaftler und Unternehmer Manfred von Ardenne. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Das war die DDR, Münster 2004, S. 54–72.

Besier, Gerhard: Martin Dibelius – an internationally renowned German New Testament scholar under National Socialism. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004), S. 412–422.

Besier, Gerhard: Kościół ewangelicki Unii Staropruskiej, ekumenizm i protestanci w zachodniej Polsce. In: Besier,

Gerhard(Hg.): Od nacjonalistycznych konfrontacji do porozumienia europejskiego. Rola Kościołów w dziejowej drodze Niemiec i Polski w XIX i XX wieku, Wałbrzych 2004, S. 40–82.

Besier, Gerhard: „The First of our Liberties ... a Lustre to our Country.“ Zum Verständnis der Religionsfreiheit in den Vereinigten Staaten von Amerika. In: Religionsfreiheit und Konformismus. Über Minderheiten und die Macht der Mehrheit, Münster 2004, S. 27–48.

Besier, Gerhard: Polityka religijna Niemieckiej Republika Demokratycznej protestantyzm na Wschodzie i Zachodzie i Kościół Rzymskokatolicki. In: Theologische Fakultät der Schlesischen Universität Katowice (Hg.): Śląskie Studia Historyczno-Theologiczne, Katowice 2004, S. 4–21.

Besier, Gerhard: American Liaison Officers to Churches in Germany and Eastern Europe in the 1970s and 1980s. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004), S. 245–253.

Besier, Gerhard: Religion and Politics in Dictatorships and Democracies – From the Enlightenment to the Present. In: Religion – Staat – Gesellschaft, 5 (2004), S. 113–125.

Besier, Gerhard: Vorurteile und Feindbilder. In: Religionsfreiheit und Konformismus. Über Minderheiten und die Macht der Mehrheit, Münster 2004, S. 261–271.

Besier, Gerhard: Represje wobec duchowienstwa w NRD. In: Myszor, Jerzy/Dziurok, Adam (Hg.): Represje wobec duchowienstwa kościołów chrześcijańskich w okresie stalinowskim w krajach byłego bloku wschodniego, Katowice 2004, S. 78–82.

Besier, Gerhard: Albert Böhrer (1908–1990). Heidelberger Theologiestudent, Religiöser Sozialist und deutscher Emigrant. In: von Mengersen, Oliver u. a. (Hg.): Personen – Soziale Bewegungen – Parteien. Beiträge zur Neuesten Geschichte. FS Hartmut Soell, Heidelberg 2004, S. 79–122.

Besier, Gerhard: „Berufsständische Ordnung“ und autoritäre Diktaturen. Zur politischen Umsetzung einer „klassenfreien“ katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. In: Aufklärung und Kritik. Zeitschrift für freies Denken und humanistische Philosophie (Sonderheft 9/2004: Festschrift Deschner), S. 255–271.

Fritze, Lothar: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Totalitarismusforschung? In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 229–264.

Lindemann, Gerhard: Rzesza Niemiecka a mniejszość polska. In: Besier, Gerhard (Hg.): Od nacjonalistycznych konfrontacji do porozumienia europejskiego. Rola Kościołów w dziejowej drodze Niemiec i Polski w XIX i XX wieku, Wałbrzych 2004, S. 11–39.

Lindemann, Gerhard: Theological Research about Judaism in Different Political Contexts: The Example of Karl Georg Kuhn. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004) S. 331–338.

Reinhardt, Arnd; Barisic, Thomas: Linksextremismus im Internet. In: Bundesministerium des Inneren (Hg.): Extremismus in Deutschland, Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahmen, Berlin 2004, S. 222–252.

Schmeitzner, Mike: Sowjetische Militärtribunale in der SBZ/DDR 1945–1950. Deutsche vor Gericht. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Leipzig (Hg.): Verfolgung unter Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Dokumentation (Bautzen-Forum), Leipzig 2004, S. 94–107.

Schmeitzner, Mike: Ein deutscher Tschekist der ersten Stunde: Sepp Gutsche und der Aufbau der Sicherheitsapparate in der SBZ/DDR. In: Heiner Timmermann (Hg.): Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, 2004, S. 167–197.

Schmeitzner, Mike: Sowjetische Militärtribunale in der SBZ/DDR. Deutsche vor Gericht (Kurzfassung). In: Freiheit und Recht. Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur, (2004) Heft 3, S. 25–29.

Schmeitzner, Mike: Wenn Kommunisten träumen: Hans Bentzien und der 17. Juni 1953 – Geschichtsbetrachtungen eines DDR-Ministers. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 15 (2004), S. 114–124.

Schmeitzner, Mike: „Deutsche Wacht“ und „Tintenjuden“. Antisemiten und Sozialdemokraten im Kampf um die politische Vorherrschaft in Dresden 1893–1903. In: Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, 22 (2004) 79, S. 36–44.

Schmeitzner, Mike: Vom Besatzungsregime zur SED-Diktatur: Das Land Sachsen 1945–1952. In: Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (Hg.): Aspekte der DDR-Geschichte, Schwalbach/Taunus 2004, S. 5–12.

Schmidt, Carsten: Dresden im Ersten Weltkrieg. In: Dresdner Hefte, (2004) Heft 80, S. 64–73.

Schmidt, Carsten: Politische Polizei im Freistaat Sachsen. Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums Leipzig 1923–1933/34. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 74/75 (2004), S. 323–348.

Stokłosa, Katarzyna: Identidad regional vs. Identidad nacional: dos regiones fronterizas de Europa Oriental durante el siglo XX. In: Universidad de Santiago de Compostela (Hg.): Memoria e identidades, Santiago de Compostela 2004, S. 850–863.

Stokłosa, Katarzyna: Laboratorien der Einigung. Grenzregionen am EU-East-End. In: Osteuropa, 54 (2004) Heft 5–6, S. 496–506.

Tallafuss, Petra/Hoffmann, Cathrin: Mobbing im Interesse der cura animarum? Hintergründe zum Zusam-

menbruch der Seelsorgebewegung DGBTS. In: Religion – Staat – Gesellschaft, 5 (2004) Heft 1, S. 5–31.

Weil, Francesca: Unter besonderer Aufsicht der Staatssicherheit? Untersuchungen zu inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR aus der Reihe der Ärzteschaft. In: Deutsches Ärzteblatt, (2004) Heft 48, S. 3245–3252.

Weil, Francesca: Landräte im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation. Der Kreis Annaberg im „Dritten Reich“ in der SBZ und in der DDR (1933–1961). In: Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich: Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, 2. Auflage Bonn 2004, S. 117–149.

Weil, Francesca: Unter besonderer Aufsicht der Staatssicherheit? Untersuchungen zu inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR aus der Reihe der Ärzteschaft, Teil 2. In: Deutsches Ärzteblatt, (2004) Heft 50, S. 3405–3408.

Widera, Thomas: Bausoldaten in der DDR an der Wende von gesellschaftlicher Verweigerung zum politischen Protest. In: Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964–1989, Göttingen 2004, S. 151–216.

Widera, Thomas: Die Dresdner Stadtverwaltung als Herrschaftsinstrument der KPD/SED 1945–1949. In: Stadtmuseum Dresden (Hg.): Dresdner Geschichtsbuch 10, Altenburg 2004, S. 177–200.

Widera, Thomas: Die DDR-Bausoldaten im Herrschaftssystem der SED. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Das war die DDR, Münster 2004, S. 219–237.

Widera, Thomas: Die evangelischen Kirchen in der DDR und die Bausoldatenanordnung von 1964. In: Horch und Guck, (2004) Heft 45, S. 55–60.

4. Rezension

Backes, Uwe: Rezension von: Peter H. Merkl/Leonard Weinberg (Hg.), Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century, London/Portland 2003; George Michael, Confronting Right-Wing Extremism and Terrorism in the USA, New York/London 2003. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 16 (2004), S. 406–406.

Backes, Uwe: Rezension von: Freedom House (Hg.), Freedom in the World 2004. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 277–280.

Fritze, Lothar: Rezension von: Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 15 (2004), S. 295–297.

Fritze, Lothar: Rezension von: Georg Meggle (Hg.): Terror & der Krieg gegen ihn. Öffentliche Reflexionen, Paderborn 2003. In: Dialektik, 2004, Heft 1, S. 161–165.

Fritze, Lothar: Rezension von: Tzvetan Todorov: Die verhinderte Weltmacht. Reflexionen eines Europäers, München 2003. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 288–290.

Hamelrath, Edward: Rezension von: Caldwell, Peter C.: „Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the GDR“. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 270–274.

Lindemann, Gerhard: Rezension von: Greschat, Martin/Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953, Stuttgart 2003. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004) Heft 1, S. 289–292.

Lindemann, Gerhard: Rezension von: Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961, Stuttgart 2003. In: Kirchliche Zeitgeschichte, 17 (2004) Heft 1, S. 281–289.

Lindemann, Gerhard: Rezension von: Osten-Sacken, Peter von der (Hg.): Das mißbrauchte Evangelium. Studien zu Theologie und Praxis der Thüringer Deutschen Christen (Studien zu Kirche und Israel, 20), Berlin 2002. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 1, S. 137–139.

Lindemann, Gerhard: Rezension von: Hildebrand, Klaus (Hg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München 2003. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 1, S. 129–134.

Richter, Michael: Rezension von: Links, Christoph/Nitsche, Sybille/Taffelt, Antje: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90, Berlin 2004. In: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>, gedruckt in: Historische Literatur, 2004.

Richter, Michael: Rezension von: Bönninger, Stefan (Hg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 267–270.

Schmeitzner, Mike: Rezension von: Thomas Adam: Arbeitermilieu und Arbeiterbewegung in Leipzig 1871–1933, Köln 1999. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 2003/04, Heft 74/75, S. 540–543.

Schmeitzner, Mike: Rezension von: Andreas Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 2003/04, Heft 74/75, S. 544–546.

Schmeitzner, Mike: Rezension von: Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik, Düsseldorf 2001. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 2003/04, Heft 74/75, S. 548–550.

Schmeitzner, Mike: Rezension von: Detlef Brunner: Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation, 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000. In: Neues Archiv für sächsische Geschichte, 2003/04, Heft 74/75, S. 546–548.

Stokłosa, Katarzyna: Rezension von: Paweł Spiewak (Hg.): Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte, Frankfurt a. M. 2003. In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004) Heft 2, S. 285–288.

Stokłosa, Katarzyna: Rezension von: Agnès Bensussan / Dorota Dakowska / Nicolas Beaupré (Hg.): Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989. In: H-Soz-U-Kult, 2004.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Thomas Kaufmann/Harry Oelke (Hg.), Evangelische Kirchenhistoriker im „Dritten Reich“, Gütersloh 2002. In: Theologische Literaturzeitung, 129 (2004) Heft 1, S. 55–57.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Klaus Bästlein, Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden 2002. In: Das Historisch-Politische Buch, 52 (2004) Heft 1, S. 68.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Klaus Schroeder, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn 2003. In: sehepunkte, 4 (2004) Heft 7/8, Internetjournal: <http://www.sehepunkte.historicum.net/2004/07/5689.html> (6.4.2005).

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Wolfhart Beck, Westfälische Protestanten auf dem Weg in die Moderne. Die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Lübbecke zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Paderborn 2002. In: Zeitschrift für Kirchengeschichte, 2004.

Vollnhals, Clemens: Rezension von: Thomas A. Seidel, Im Übergang der Diktaturen. Eine Untersuchung zur kirchlichen Neuordnung in Thüringen 1945–1951, Stuttgart 2003. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.2004.

5. Zeitungsartikel

Backes, Uwe: „Wenn die Angst siegt, haben wir verloren“. In: Sächsische Zeitung vom 21.3.2004.

Richter, Michael: Der wahre Tag der Wende. Der Anfang vom Ende: 15 Jahre nach dem 9.10.1989 (Interview). In: Die Tageszeitung vom 9.10.2004.

Richter, Michael: Dresdner Post-Demokratie im Herbst 1989. In: Dresdner Neueste Nachrichten vom 18.10.2004.

Stokłosa, Katarzyna: Wer darf wie erinnern? In: Sächsische Zeitung vom 27.7.2004.

7.4 Vorträge

apl. Prof. Dr. Uwe Backes

07.05.2004, Amsterdam, Konferenz im Duitsland Institut der Universität Amsterdam, *wiss. Vortrag*: Links- und rechtsextreme Gewalt im vereinten Deutschland – Wechselwirkungen und Interaktionen

02.06.2004, Prag, Promotionskolleg der Hanns-Seidel-Stiftung, *wiss. Vortrag*: Zur Geschichte des Extremismuskonzepts

26.06.2004, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften, *Vortrag politische Bildung*: Was heißt Totalitarismus?

31.07.2004, Cadenabbia/Italien, Workshop „Wähler und Parteien: eine (un)heimliche Allianz – Strategien und Zukunftsoptionen“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, *wiss. Vortrag*: Erfolgsbedingungen extremistischer Parteien in Deutschland

29.09.2004, Paris, Konferenz „Les logiques totalitaires en Europe au Xxe siècle“ des GEODE und des CHEVS in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte, München, *wiss. Vortrag*: Logiques extrémistes et mouvements totalitaires

01.10.2004, Würzburg, 29. Tagung des Veldensteiner Kreises zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie, in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte der Friedrich-Ebert-Stiftung, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*

08.10.2004, Washington D.C., German Studies Association, Twenty-Eighth Annual Conference, *wiss. Vortrag*: Vom Marxismus zum Antitotalitarismus: Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal

09.11.2004, Dresden, Extremismus-Tagung des Hannah-Arendt-Instituts in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, *wiss. Vortrag*: Politischer Extremismus: Begriffshistorische und begrifflich-systematische Grundlagen

11.11.2004, Meißen, Konferenz „Linke Totalitarismuskritik. Erklärungsmodelle und Strategien – Eine deutsche Bilanz“ des Hannah-Arendt-Instituts in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, *wiss. Vortrag*: Sozialdemokratische Totalitarismusforscher und ihre intellektuelle Biographie: Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal

Dr. Gerhard Barkleit

08.10.2004, Washington D.C., Jahrestagung der German Studies Association, *wiss. Vortrag*: Paradigmenwechsel und Innovationsblockaden – Manfred von

Ardenne, ein genialer Seiteneinsteiger in die Krebsforschung

09.11.2004, Dresden, Forschungsseminar Technikgeschichte der TU Dresden, *wiss. Vortrag*: Spionage und Technologietransfer: Der sowjetische Weg zur Atombombe

14.12.2004, Freiberg, Kolloquium der Chemischen Institute der TU Bergakademie Freiberg, *wiss. Vortrag*: Wissenschaftler in drei Diktaturen. Manfred von Ardenne und die Verantwortung des Wissenschaftlers

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

16.02.2004, Dresden, Staatskanzlei, *wiss. Vortrag*: Religion and Politics in Dictatorships and Democracies – From the Enlightenment to the Present

17.02.2004, Bad Oynhausen, Evangelische Bildungsstätte, *wiss. Vortrag*: Prophetisches Amt der Kirche?

17.04.2004, Quedlinburg, Stiftskirche St. Servatii, *wiss. Vortrag*: Die Quedlinburger Stiftskirche als Weihestätte der SS

10.05.2004, Dresden, SMD, *wiss. Vortrag*: Religionsfreiheit in den USA und in Europa

22.05.2004, Hamburg, Katholische Akademie, *wiss. Vortrag*: Ökumene in Deutschland – Ängste und Herausforderungen

25.06.2004, Dresden, Dresdner Lange Nacht der Wissenschaften, *wiss. Vortrag*: Wer war Hannah Arendt?

21.08.2004, Tartu, Estland, Tagung, *wiss. Vortrag*: Communication between Eastern and Western Europe During the Cold War

05.09.2004, Torgau, Landesausstellung im Torgauer Schloss, *wiss. Vortrag*: Glaube und Macht in den Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts

11.09.2004, Leutesdorf, *wiss. Vortrag*: Die Barmer Theologische Erklärung und der Widerstand

22.09.2004, Krefeld, Tagung des Studieninstituts Niederrhein, *wiss. Vortrag*: Vorurteile und Feindbilder in der deutschen Gesellschaft

29.09.2004, Weingarten, Studententagung des Geschichtsvereins der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, *wiss. Vortrag*: Die Haltung des Protestantismus zum Krieg in den 1930er, 40er und 50er Jahren

01.10.2004, Dresden, Tagung des Hannah-Arendt-Instituts, *wiss. Vortrag*: „Berufsständische Ordnung“ und autoritäre Diktaturen. Zur politischen Umsetzung einer „klassenfreien“ katholischen Gesellschaftsordnung in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts

10.10.2004, Washington D. C., Tagung der German Studies Association, *wiss. Vortrag*: Martin Dibelius: An In-

ternationally Renowned German New Testament Scholar During National Socialism

05.11.2004, Berlin, Internationaler Kongress im Roten Rathaus „Der Kommunismus und seine Folgen“, *wiss. Vortrag*: Deutschland und Osteuropa nach 1989. Transformationsprozess und postkommunistische Parteien

08.11.2004, Bonn, Universitätsclub Bonn, *wiss. Vortrag*: Die Bedrohungen der Offenen Gesellschaft

10.11.2004, Meißen, Tagung des Hannah-Arendt-Instituts, *wiss. Vortrag*: No longer a „German patriot“? Eduard Heimann an der New School for Social Research

PD Dr. Lothar Fritze

06.10.2004, Washington D. C., GSA-Tagung, *wiss. Vortrag*: Glaube und Gewissheit. Über Arthur Koestlers Bekehrung zum Kommunismus

Edward Hamelrath

14.06.2004, Dresden, Vortrag für Studierende von der University of Virginia im Deutschen Militärischen Museum, *wiss. Vortrag*: Das politische System der DDR 1961 – 1989

Tina Kwiatkowski

13.01.2004, Augsburg, Kolloquium am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, *wiss. Vortrag*: Forschungsprojekt „Verfolgte Schüler“. Aktueller Stand

14.01.2004, Chemnitz, Hauptseminar TU Chemnitz, *wiss. Vortrag*: Forschungsprojekt „Verfolgte Schüler“. Aktueller Stand

PD Dr. Gerhard Lindemann

14.07.2004, Universität Heidelberg, Theologische Fakultät, Habilitationskolloquium, *wiss. Vortrag*: Die Sicht des Krieges bei Bernhard von Clairvaux

17.09.2004, Hermannsburg, Die Hermannsburger Mission im „Dritten Reich“, *wiss. Vortrag*: Volkskirche im Nationalsozialismus: Der Weg der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

10.10.2004, Washington D. C., German Studies Association: Annual Convention, *wiss. Vortrag*: Theological Research about Judaism in Different Political Contexts: The Example of Karl Georg Kuhn

Dr. Michael Richter

- 10.03.2004, Dresden, Hannah-Arendt-Seminar, *wiss. Vortrag*: Die friedliche Revolution in Sachsen. Methodische Probleme
- 24.08.2004, Dresden, Vortrag vor Marineoffizieren aus Rostock in der Gedenkstätte Münchner Platz, *Vortrag politische Bildung*: Die friedliche Revolution in der DDR
- 03.10.2004, Meißen, Festvortrag zum Tag der deutschen Einheit am Sächsischen Landesgymnasium St. Afra, *Vortrag politische Bildung*: Die Wiedervereinigung – ein Beispiel für eine friedliche Revolution
- 09.11.2004, Chemnitz, Seminar: Friedliche Revolution Prof. Jesse, *wiss. Vortrag*: Der 8. Oktober 1989 in Dresden
- 24.11.2004, Dresden, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung: Die Jahre 1989/90 im Osten Deutschlands: Rückblick und Ausblick, *Vortrag politische Bildung*: Der Charakter des Umbruchs: Wende oder Revolution?

Dr. Mike Schmeitzner

- 28.01.2004, Wilsdruff, Buchvorstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Geschichte der Sozialdemokratie in der Möbelstadt Wilsdruff“, *Vortrag politische Bildung*: Sachsen zwischen Königreich und Diktatur
- 29.01.2004, Dresden, Sitzung des Wissenschaftlichen Beirates des Hannah-Arendt-Instituts, *wiss. Vortrag*: Totalitarismustheorien der deutschen Linken
- 03.02.2004, Halberstadt, Historisch-Politischer Abend des SPD-Parteivorstandes, *Vortrag politische Bildung*: Widerstand und Neubeginn: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen 1933 und 1949
- 04.02.2004, Bautzen, Buchvorstellung des Hannah-Arendt-Instituts mit der Gedenkstätte Bautzen, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*, Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955
- 23.03.2004, Halberstadt, Historisch-Politischer Abend des SPD-Parteivorstandes, *Vortrag politische Bildung*: Widerstand und Neubeginn: Die deutsche Sozialdemokratie 1933–1949
- 30.03.2004, Sachsenhausen, Buchvorstellung der Gedenkstätte Sachsenhausen, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*, Sowjetische Militärtribunale, Band 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955
- 13.05.2004, Dresden, Sachverständigenanhörung des Sächsischen Landtages zum Thema Gedenkstattengesetz, *wiss. Vortrag*: Die Arbeit der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten im Lichte des 2003 verabschiedeten Gedenkstattengesetzes

- 14.05.2004, Bautzen, XV. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR“, *Vortrag politische Bildung*: Sowjetische Militärtribunale in der SBZ/DDR 1945–1950. Deutsche vor Gericht
- 15.05.2004, Chemnitz, Vortragsabend der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der BStU Chemnitz, *Vortrag politische Bildung*: Diktaturdurchsetzung in Sachsen 1945–1952
- 27.05.2004, Dresden, Filmpremiere mit Podiumsdiskussion in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung: Friedrich Kellmer. Odyssee eines Lebens, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*, Einführungsvortrag: Friedrich Kellmer: Ein Dresdner Schicksal
- 14.06.2004, Dresden, Vortragsveranstaltung im Militärmuseum mit amerikanischen Studenten der University of Virginia (USA), *Vortrag politische Bildung*: Die Sowjetunion und das politische System der SBZ/DDR 1945–1961
- 24.08.2004, Dresden, Vortrag vor Offizieren des Marineamtes Rostock in der Gedenkstätte Münchner Platz, *Vortrag politische Bildung*: Das Handwerkszeug des Historikers und die Arbeit des Hannah-Arendt-Instituts
- 26.08.2004, Dresden, Projekttag mit Schülern des Gymnasiums Dippoldiswalde im Hannah-Arendt-Institut, *Vortrag politische Bildung*: Die Revolution von 1918/19 in Sachsen
- 08.10.2004, Washington D.C., 28. Tagung der GSA, Vortrag im Rahmen des HAIT-Panel „Glaubensgewissheit und Kritik: Totalitarismustheoretiker der deutschen Linken“, *wiss. Vortrag*: Roter und brauner Faschismus? Die rätekommunistische Totalitarismustheorie Otto Rühles
- 21.10.2004, Bautzen, Lehrerfortbildung im Regionalschulamt Bautzen, *Vortrag politische Bildung*: Internierungslager in der SBZ/DDR
- 10.11.2004, Meißen, Fachtagung des Hannah-Arendt-Instituts mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kurt-Schumacher-Gesellschaft: „Linke Totalitarismuskritik. Erklärungsmodelle – Eine deutsche Bilanz“, *wiss. Vortrag*: Roter und brauner Faschismus? Die rätekommunistische Totalitarismustheorie Otto Rühles
- 10.11.2004, Meißen, Fachtagung des Hannah-Arendt-Instituts mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kurt-Schumacher-Gesellschaft: „Linke Totalitarismuskritik. Erklärungsmodelle und Strategien – Eine deutsche Bilanz“, *wiss. Vortrag*: Die deutsche Linke und die totalitäre Herausforderung
- 11.11.2004, Meißen, Fachtagung des Hannah-Arendt-Instituts mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kurt-Schumacher-Gesellschaft: „Linke Totalitarismuskritik. Erklärungsmodelle und Strategien – Eine deutsche Bilanz“, *wiss. Vortrag*: Der Totalitarismusbegriff Kurt

Schumachers. Politische Intention und praktische Wirksamkeit

Dr. Katarzyna Stokłosa

02.05.2004, Pécs (Ungarn), Konferenz der Polnisch-Ungarischen Historikerkommission, *wiss. Vortrag*: Die Ostpolitik Polens und deren Umsetzung in den drei östlichen Grenzregionen

05.05.2004, Landtag Brandenburg, Die Zukunft Europas, *Teilnahme an Podiumsdiskussion*, Bildungsvielfalt und Kulturaustausch – Hoffnung oder Illusion?

02.06.2004, Dresden, Podiumsdiskussion, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*, Vertreibung gemeinsam erinnern? Anstoß zu einer gesamteuropäischen Diskussion

25.06.2004, Dresden, Lange Nacht der Wissenschaften, *wiss. Vortrag*: Diktaturaufarbeitung in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens und Tschechiens

22.09.2004, Santiago de Compostela, VII Kongress der Zeitgeschichte, *wiss. Vortrag*: Identidad regional vs. Identidad nacional: dos regiones fronterizas de Europa Oriental durante el siglo XX (Regionale und nationale Identität: Zwei Grenzregionen in Ostmitteleuropa im XX Jahrhundert)

21.10.2004, Łagów Lubuski, Konferenz: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in soziologischer Perspektive V, *wiss. Vortrag*: Tożsamość regionalna a tożsamość narodowa – rozwój tożsamości w ukraińsko-słowackim regionie granicznym (Regionale und nationale Identität – Die Entwicklung der Identitäten in der slowakisch-ukrainischen Grenzregion)

30.10.2004, Lübeck, Konferenz: Wiedergewonnene Geschichte. Zur Aneignung von Vergangenheit in den Zwischenräumen Mitteleuropas (19.–20. Jahrhundert), *wiss. Vortrag*: Identitäten in Bewegung – Vergleich der deutsch-polnischen und der ukrainisch-slowakischen Grenzregion

11.11.2004, Görlitz, Ost-West-Kolleg Görlitz, *wiss. Vortrag*: Gibt es eine grenzüberschreitende Identität in der deutsch-polnischen Grenzregion? – eine Untersuchung der geteilten Städte Guben/Gubin

13.11.2004, Dresden, Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Hannah-Arendt-Instituts, *wiss. Vortrag*: Historisches Gedächtnis in Polen und Spanien – eine vergleichende Perspektive der Diktaturaufarbeitung

Dr. Clemens Vollnhals M.A.

12.01.2004, Schloß Wendgräben, Konrad-Adenauer-Stiftung, *Vortrag politische Bildung*: Die Politik der Alliierten bei der Entnazifizierung

25.02.2004, *Interview* mit Leipziger Volkszeitung und Dresdner Neueste Nachrichten zum 20. Juli 1944

26.04.2004, Dresden, Hannah-Arendt-Institut und Deutsche Verlags-Anstalt, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*, Moderation der Buchvorstellung von Richard J. Evans „Das Dritte Reich“

18.05.2004, *Interview* mit ORF zur Entnazifizierung in Deutschland und Österreich

16.09.2004, *Interview* mit Leipziger Volkszeitung und Dresdner Neueste Nachrichten zum Film „Der Untergang“

07.10.2004, Dresden, Hannah-Arendt-Institut, *Einführung/Moderation/Tagungsleitung*, Moderation des Vortrages von Prof. Dr. Xose-Manuel Nunez „Die Diktatur vergessen, um die Nation zu retten“

11.11.2004, Meißen, Tagung des Hannah-Arendt-Instituts und der Kurt-Schumacher-Gesellschaft, *wiss. Vortrag*: Ein kommunistischer Renegat schreibt Theoriegeschichte: Franz Borkenau

Dr. Francesca Weil

19.03.2004, Universität Leipzig, Tagung Diktaturvergleich, *wiss. Vortrag*: Kreis- und Kommunalstrukturen im Landkreis Annaberg 1939 bis 1961 im Vergleich

23.09.2004, Leipzig, Konrad-Adenauer-Stiftung, *Vortrag politische Bildung*: Praktische Erfahrungen beim Führen und Auswerten von Zeitzeugeninterviews

05.11.2004, Otzenhausen, DDR-Forschertagung, *wiss. Vortrag*: Inoffizielle Mitarbeiter des MfS der DDR innerhalb der Ärzteschaft 1950–1989/90

8. Technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Sekretariat



Hannelore Georgi



Haushalt

Ingeborg Gäbler

EDV und Publishing



Walter Heidenreich



Christine Lehmann

Bibliothek



Claudia Kegel



Gabriele Schmidt

9. Bibliothek

Die Bibliothek des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek. Vorrangig werden die Informationsbedürfnisse der Mitarbeiter des Hauses bedient, sie steht aber auch Studierenden und anderen Interessierten ab dem 18. Lebensjahr als Präsenzbibliothek zur wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Bibliotheksbestand in Freihandaufstellung umfasst derzeit ca. 37.800 Bände, 149 laufende Zeitschriftentitel sowie zahlreiche Nachschlagewerke in gedruckter und elektronischer Form.

Die Sammelschwerpunkte der Bibliothek orientieren sich an den Forschungsgebieten des Instituts. Vorrangig findet man Literatur zur Geschichte ab 1918, insbesondere zu den Themen:

- Geschichte der NS-Diktatur
- Geschichte des italienischen Faschismus
- Geschichte der Sowjetunion
- Geschichte der SBZ/DDR
- Geschichte des deutschen Wiedervereinigungsprozesses 1989 ff.
- Politischer Extremismus.

Der Bestand der Bibliothek ist über diverse elektronische Kataloge über das Internet abrufbar. Die Monographien sind sowohl über den Online-Katalog auf der Homepage des Instituts (<http://www.tu-dresden.de/hait/bibliot.htm>) als auch über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund abrufbar (<http://www.bsz-bw.de/CGI/cgi-bin/opacform.cgi>). Ebenfalls auf der Bibliothekshomepage existiert ein Link zum elektronischen Zeitschriftenbestandsverzeichnis und zum aktuellen Neuerwerbungsverzeichnis. Hier erhält man Auskunft über die im vergangenen Monat erworbenen Bände, wobei die Erfassung ein bis zu drei Jahren zurückliegendes Erscheinungsdatum berücksichtigt. Alle Kataloge und Bestandsverzeichnisse werden ständig auf den neuesten Stand gebracht.

Die Bibliothek befindet sich im Tillichbau der Technischen Universität Dresden, Helmholtzstraße 6. Im Semester ist sie von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr, am Mittwoch 9.00 bis 19.00 Uhr geöffnet. In der vorlesungsfreien Zeit sind die Bestände von Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr zugänglich.

10. EDV und Internet

Die EDV des Instituts hat die Aufgabe, den Mitarbeitern zeitgemäße Computerarbeitsplätze mit Internetrecherche-Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dafür sind die Computer im Kernbereich Tillichbau vernetzt, und das Netz ist über eine Firewall an das Campusnetz der Technischen Universität Dresden angeschlossen. Das Institut ist Mitnutzer des Deutschen Wissenschaftsnetzes (Win) über die Technische Universität. Die Bibliothek des Instituts ist in das Netz integriert.

Netzwerk

Das Netzwerk des Instituts wurde in den vergangenen Jahren auf Sternverkabelung mit zentralen GBit-Glasfaserverbindungen und 100 Mbit-Anbindungen der Arbeitsstationen ausgebaut und erhielt 2003 zwei neue Server für Datendienste sowie Internet- und Mail-Dienste. Als Netzbetriebssystem wurde Windows 2000 eingeführt. Im Jahr 2004 wurde die Außenstelle Schumannstraße mit einer Glasfaserverbindung an das Campusnetz der TU Dresden und damit an das Internet angeschlossen.

Retrival-Datenbanksystem Faust 5

Nachdem im Jahr 2003 zur Verwaltung von Dokumenten auf das System Faust 5 der Firma Land-Software umgestellt wurde, ermöglicht die Anschaffung eines Faust-iServers 2004 die Präsentation von Faust-Datenbanken im Internet über den institutseigenen Webserver. Das neue System wurde 2004 für ein Archiv aller Beiträge der neuen Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ im Internet genutzt.

HAIT Homepage

2004 wurde damit begonnen, das Layout der institutseigenen Webseiten zu überarbeiten. Dabei wird gleichzeitig auf eine Trennung der Pflege von Inhalt und Layout der Webseiten geachtet. Über die Seiten werden Veranstaltungen des Instituts sowie Neuerscheinungen angekündigt. Es wird ein Überblick über die Mitarbeiter, Forschungsprojekte, Publikationen und Lehrveranstaltungen gegeben. Der Bibliothekskatalog sowie der Zeitschriftenbestand sind online recherchierbar. Für die Zeitschrift „Totalitarismus und Demokratie“ wurden separate Seiten neu erstellt.

11. Gremien

Leitung:

Direktor:

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier

Stellvertretende Direktoren:

apl. Prof. Dr. Uwe Backes; Dr. Clemens Vollnhals

Kuratorium:

Vorsitzende:

Friederike de Haas, MdL (vom Sächsischen Landtag bestimmte Abgeordnete)

Stellvertretende Vorsitzende:

Ministerialrätin Dr. Eva Wiese (Vertreterin des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst)

Mitglieder:

Michael Beleites (vom Sächsischen Landtag benannt)
 Prof. Dr. Wolfgang Marcus (von der Mitgliederversammlung gewählter Sachverständiger)
 Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter (von der Mitgliederversammlung gewähltes Mitglied des Vereins)
 Prof. Dr. Gilbert Merlio (Vertreter des Wissenschaftlichen Beirates)

Alfred Post (Vertreter der Technischen Universität Dresden)

Wissenschaftlicher Beirat:

Vorsitzender:

Prof. Dr. Gilbert Merlio

Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Andreas Wirsching

Mitglieder:

Prof. Dr. Helmut Altrichter; Prof. Dr. Günther Heydemann; Prof. Dr. Eckhard Jesse; Prof. Dr. Monika Medick-Krakau; Prof. Dr. Horst Möller; Prof. Dr. Miklos Tomka

Mitglieder des Vereins:

Michael Beleites; Dr. Uwe Grüning; Prof. Dr. Manfred Heinemann; Dr. Günter Kröber; Dr. Wolf-Dieter Legall; Prof. Dr. Wolfgang Marcus; Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter; Prof. Dr. Werner J. Patzelt; Dr. Matthias Rößler, MdL; Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst (vertreten durch Ministerialrätin Dr. Eva Wiese)

12. Personal und Finanzen

Wissenschaftliche Mitarbeiter	Technische Mitarbeiter	Wiss./Stud. Hilfskräfte	Stipendiaten	Praktikanten
Backes, Uwe	Gäbler, Ingeborg	Schmidt, Carsten (TU)	Hamelrath, Edward	Hauck, Pirmin
Barkleit, Gerhard	Georgi, Hannelore	Tallafuss, Petra (TU)	Kwiatkowski, Tina	Körber, Christian
Besier, Gerhard	Heidenreich, Walter	Borrmann, Antje	Lainault, Anne	Kühn, Nicole
Fritze, Lothar	Kegel, Claudia	Buchwald, Adrienne	Reinhardt, Arnd	Lehmann, Franco
Kutyłowski, Andrzej Jan	Lehmann, Christine	Krause, Kai	Schmidt, Hans Jörg	Meißner, Michael
Lindemann, Gerhard	Schmidt, Gabriele	Langhammer, Saskia	Teplý, Martin	Schramm, Martin
Piombo, Grazia F.		Richter, Franziska	Weil, Francesca	Werner, Michael
Richter, Michael		Schmidt, Manuel		
Schmeitzner, Mike		Steglich, Henrik		
Stokłosa, Katarzyna		Sturm, Constanze		
Vollnhals, Clemens		Süß, David		
Widera, Thomas				

Das Haushaltsvolumen des Instituts betrug 2004 rund 1,35 Mio. €, ca. 80 Prozent dieser Summe entfielen auf Zuwendungen des Freistaates Sachsen, ca. 19 Prozent auf Drittmittel.



Totalitarismus und Demokratie/ Totalitarianism and Democracy

Zeitschrift für internationale Diktatur und Freiheitsforschung /
An International Journal for the Study of Dictatorship and Liberty

erscheint 2x im Jahr, je Heft etwa 180 Seiten, kartoniert

**50% Nachlass
im 1. Abojahr!**

Jahresbezugspreis € 49,00 D
Jahresbezugspreis für Studierende € 39,00 D Probeabonnement
für ein Jahr € 24,50 D Probeabonnement für Studierende € 19,50
D Einzelheftpreis € 29,90 D
ISSN 1612-9008

Totalitarismus und Demokratie / Totalitarianism and Democracy (TD) ist eine neue Zeitschrift, die sich als internationale Drehscheibe der vergleichenden, historischen wie gegenwartsorientierten Erforschung nichtdemokratischer Systeme und Bewegungen versteht. Ausgehend von den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollen Entstehungsbedingungen, Funktionsweisen und Auswirkungen autokratischer Systeme im europäischen und außereuropäischen Raum vergleichend analysiert werden. Darüber hinaus sind historisch-politische, sozialpsychologische und kulturelle Konstellationen, Bedingungen und Dispositionen zu ergründen, die Geist und Wirklichkeit freiheitlichdemokratischer Gesellschaften fördern.

Die Zeitschrift versteht sich als ein Forum interdisziplinären Austauschs zwischen Historikern, Politikwissenschaftlern, Soziologen, Psychologen, Pädagogen, Religionswissenschaftlern und Philosophen.

Herausgegeben von Gerhard Besier.

Beirat: Michael Burleigh (London) / Stéphane Courtois (Paris) / Emilio Gentile (Rom) / Eckhard Jesse (Chemnitz) / Peter Graf Kielmansegg (Mannheim) / Juan J. Linz (Yale) / Werner J. Patzelt (Dresden) / Kurt Salamun (Graz) / Hans-Peter Schwarz (München).

V&R
Vandenhoeck
& Ruprecht

Weitere Informationen:

Vandenhoeck & Ruprecht, Geschichte
37070 Göttingen
<http://www.v-r.de>
info@v-r.de

1. Jahrgang 2004, Heft 1

Herausforderungen der Demokratie

Hans-Peter Schwarz: Charismatische (Ver-)Führer
Patrick Moreau: Die kommunistischen und postkommunistischen Parteien Westeuropas: Ein unaufhaltsamer Niedergang?

Leonid Luks: Eurasien aus neototalitärer Sicht – Zur Renaissance einer Ideologie im heutigen Russland

Uwe Backes: Organisierte Extremismen im vereinten

Deutschland – Gefahrenpotentiale im Vergleich

Hans-Gerd Jaschke: Die Zukunft der „streitbaren Demokratie“

1. Jahrgang 2004, Heft 2: **Totalitarismus – Konzepte, Denkformen, Herrschaftspraktiken**

Jürgen Gebhardt: Was heißt totalitär?

Wolfgang Merkel: Totalitäre Regimes

Hermann Lübbe: Tugendterror – Höhere Moral als Quelle politischer Gewalt

Klemens von Klemperer: Zur Frage eines ästhetischen Faschismus

Lothar Fritze: Was heißt und zu welchem Ende betreibt man Totalitarismusforschung?

2. Jahrgang 2005, Heft 1

Weltanschauungsdiktaturen im Vergleich

Detlef Schmiechen-Ackermann: Möglichkeiten und Grenzen des Diktaturenvergleichs

Eckhard Jesse: Das Dritte Reich und die DDR – Zwei „deutsche“ Diktaturen?

Gilbert Merlio: Widerstand, Opposition und Resistenz im Nationalsozialismus und in der DDR – Überlegungen zur Begrifflichkeit in vergleichender Absicht

Mike Schmeitzner: Totale Herrschaft durch Kader? – Parteischulung und Kaderpolitik von NSDAP und KPD/SED

Lothar Fritze: Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung – Strukturelle Parallelen und inhaltliche Unterschiede

Boris Orlov: Erfahrungen mit dem totalitären Regime in der ehemaligen Sowjetunion

Jerzy Maćków / Margarete Wiest: Dimensionen autoritärer Systeme in Osteuropa